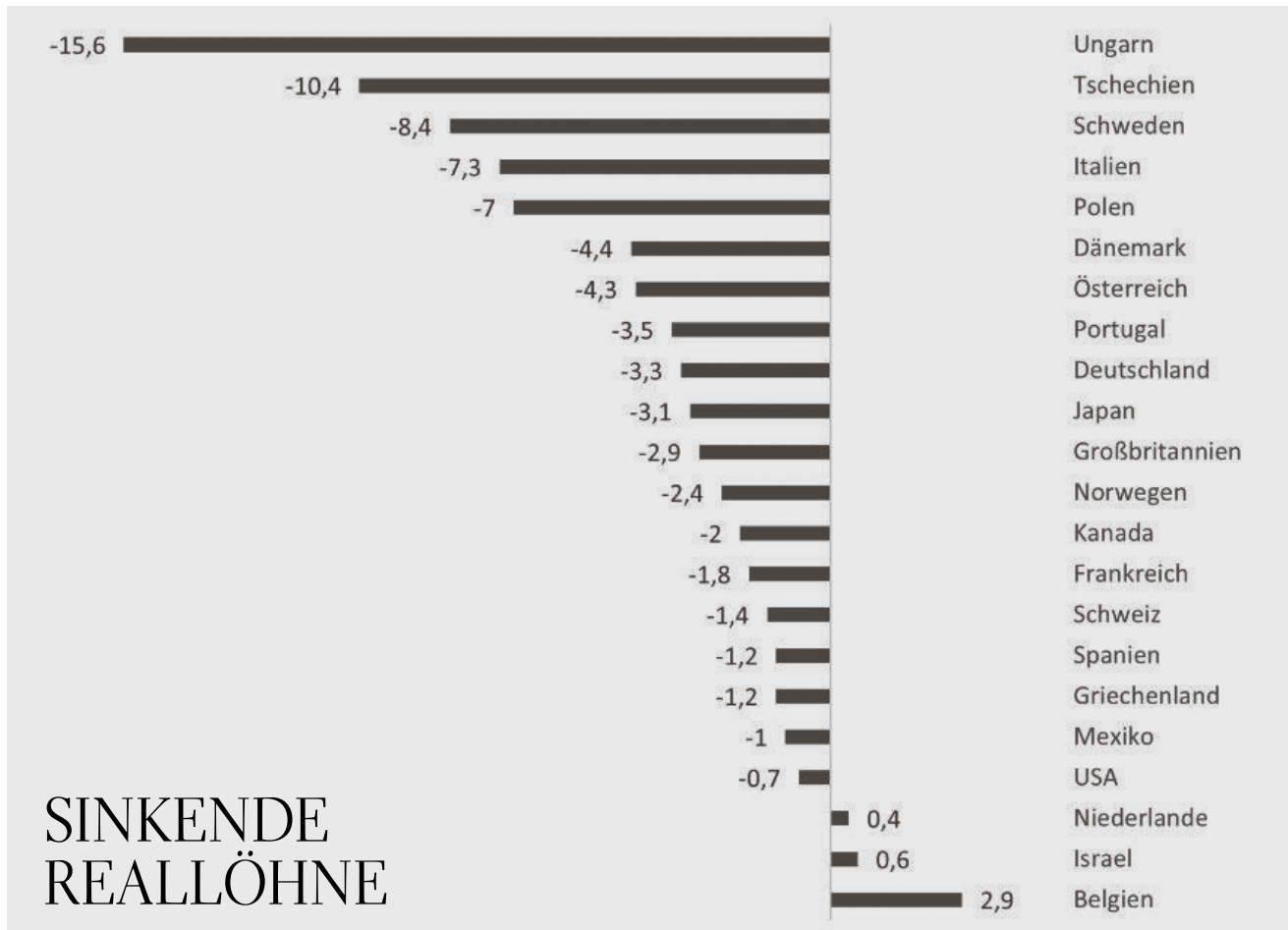


die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION



LÖHNE, PREISE UND PROFITE

INHALT

<i>AfD</i> Gegen Rechts hilft nur Links, Thies Gleiss	3
<i>Dossier Oktober 1923</i> OKTOBER 1923, Ein Dossier mit 2 Beiträgen	6
<i>Faschismustheorie</i> Globaler Postfaschismus und der Krieg in der Ukraine, Gespräch zwischen Ilja Budraitskis und Enzo Traverso	19
<i>Ökonomie</i> Der Kapitalismus am Anschlag, Interview mit Eric Toussaint	26
<i>Ökonomie</i> Zum Verhältnis von Lebenshaltungskosten und Profiten, Michael Roberts	29
<i>Ökonomie</i> Asset-Management-Unternehmen, Interview mit Brett Christophers	32
<i>Nato</i> NATO auf Expansionskurs, Galia Trépère	37
<i>Ukraine</i> Von Lissabon nach Krywyj Rih, Interview mit Jurij Samoil	41
Keine Streubomben – auch nicht für die Ukraine, Fred Leplat	44
<i>Frankreich</i> 413 Milliarden für die militaristische Flucht nach vorn, Interview mit Claude Serfati	46
Der autoritäre Staat auf dem Vormarsch, Interview mit Mathieu Rigouste	52
<i>Brasilien</i> Ein Schuss vor den Bug der Klassenkollaboration, Nationales Sekretariat der MES	55
<i>Palestina</i> Dschenin – das Bemühen um Widerstandsfähigkeit, Abdaljawad Omar	58
<i>Nachruf</i> Nachruf auf Esteban Volkov (1926–2023), Büro der Vierten Internationale	61
Ángel Hugo Blanco Galdós ¡Presente!, Büro der Vierten Internationale	63
<i>letzte Seite</i> Betriebsräte im Visier, H. N.	66

IMPRESSUM

die internationale wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss*innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (BFS/MPS, Schweiz).

die internationale erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor*innen wieder.

Redaktion:
Wilfried Dubois, Jochen Herzog,
Björn Mertens, Paul Michel, Heinrich
Neuhaus, Jakob Schäfer, Michael Weis
(V.i.S.d.P.)

Abonnements:

- Einzelpreis: EUR 5,-
CHF 6,-
- Jahresabo: EUR 25,-
- Doppelabo (je 2 Hefte): EUR 35,-
- Solidarabo: ab EUR 40,-
- Sozialabo: EUR 15,-
- Probeabo (3 Hefte): EUR 10,-
- Auslandsabo: EUR 40,-

www.intersoz.org

Verlag, Verwaltung & Vertrieb:
die internationale
c/o ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln
Vertrieb:
internationale-vertrieb@intersoz.org

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

Kontaktadressen:

- Deutschland:
ISO,
iso@intersoz.org,
<https://intersoz.org/>
- Österreich:
SOAL, Sozialistische Alternative,
office@soal.at,
<https://soal.at/>
- Schweiz:
BFS/MPS, info@bfs-zh.ch,
<https://sozialismus.ch/>

GEGEN RECHTS HILFT NUR LINKS

Die radikal rechte „Alternative für Deutschland“ (AfD) erlebt gegenwärtig bei den Wahlumfragen ein Allzeithoch, sowohl in den Ost- als auch in den West-Bundesländern.

■ Thies Gleiss

Die folgende Tabelle fasst die neuesten Werte zusammen. Stimmungen sind bekanntlich noch nicht Stimmen bei den Wahlen, aber die jüngsten Wahlen in Berlin und mit Besonderheit Bremen, wo die AfD nicht antreten durfte, dafür aber die gleichgesinnte Partei „Bür-

ger in Wut“ kandidierte, zeigen, dass die AfD gegenwärtig ihr Umfragepotential auch sehr stark in Wahlergebnisse umwandeln kann. Der während der Corona-Pandemie entstandene Rückgang der Nichtwahlteilnahme, der überproportional die AfD traf und den bürgerlichen Parteien

ÜBERSICHT DER UMFRAGEWERTE ZU BUNDES- UND LANDTAGSWAHLEN

Parlament	Stand	aktuelle Umfrage	letzte Wahl	Vergleich	Position
Europawahl	31.07.23	23,0%	11,0%	+12	2
Bundestag	31.07.23	20,0 %	10,3 %	+9,7	2
BaWü	24.07.23	20,1%	9,7%	+10,4	3
Bayern	31.07.23	14,5%	10,2%	+4,3	3
Berlin	05.,04.23	9,0%	9,1%	-0,1	5
Brandenbg.	04.07.23	28,0%	23,5%	+4,5	1
Bremen	26.05.23	n.a.	6,1%	n.a.	n.a.
Hamburg	26.10.22	5,0%	5,3%	-0,3	4
Hessen	23.07.23	20,0%	13,1%	+6,9	2
MeckPomm	06.07.23	29,0%	16,7%	+12,3	1
Niedersachs.	12.07.23	14,0%	11,0%	+3	3
NRW	18.06.23	14,2%	5,4%	+8,8	4
Rhein.-Pfalz	20.07.23	16,0%	8,3%	+7,7	3
Saarland	23.03.23	10,0%	5,7%	+4,3	3
Sachsen	12.06.23	32,5%	27,5%	+5,0	1
Sachsen-Anh.	27.06.23	29,0%	20,8%	+8,2	2
Schlesw.-Hol.	27.04.23	7,5%	4,4%	+3,1	5
Thüringen	13.07.23	32,9%	23,4%	+9,5	1

CDU, SPD, FDP und GRÜNE ein kurzes Hoch bei der Wahlteilnahme bescherte, hat sich wieder umgedreht: Die Wahlteilnahme sinkt auf 60 und weniger Prozent und die AfD gehört zu den Kräften, die am wenigsten darunter leiden, sondern ihr Potenzial gut mobilisieren können.

Die Mitgliederentwicklung der AfD spiegelt ebenfalls das Auf und Ab: Bei ihrer Gründung 2013 waren es gut 17 000 Mitglieder. Deren Zahl wuchs bis 2019 auf 35 000. In der Corona-Pandemie sank die Zahl auf unter 30 000 und ist jetzt wieder auf über 33 000 gestiegen.

Wenig erfolgreich ist die AfD bisher beim Aufbau von der Partei vorgelagerten Organisationen in der Jugend, bei den Frauen und vor allem in eigenen Betriebsstrukturen, die bei Betriebsratswahlen antreten, aber entsprechende Zielsetzungen gibt es.

Die AfD lebt zu großen Teilen von staatlichen Geldern. Neben den 12 Millionen Euro Wahlkampfkostenerstattung hat z. B. die „Rheinische Post“ errechnet, dass sie für eine Legislaturperiode gut 400 Millionen Euro in Form von Diäten und Gehältern für Abgeordnete, Fraktionen und deren Beschäftigte in den Ländern und im Bund einstreicht. Dazu kommen Gelder für die AfD-nahe politische Desiderius-Erasmus-Stiftung.

Die AfD ist mittlerweile aber auch Spitzenreiterin aller Parteien bei den privaten Spenden. Zum Europaparteitag Ende Juli in Magdeburg wurde eine Summe von 10 Millionen Euro Spendeneinnahmen im Haushalt der Partei angegeben. Im Jahr 2023 hat die Partei eine gute Viertelmillion Euro geschenkt bekommen. Dazu wurden ihr Goldbestände in Millionenhöhe überschrieben.

Stramm rechts

Zehn Jahre Parteientwicklung haben aus der AfD eine stramm rechte, nationalistische und rassistische Partei geformt. Alle Kräfte, die eine offene wirtschaftsliberale rechtskonservative Partei haben wollten, sind ausgetreten oder verdrängt worden. Die Hauptstreitigkeiten in der AfD gehen nicht mehr über inhaltlich-programmatische Fragen, sondern nur noch über Posten und Personen, höchstens über tagespolitische Taktiken. Die offiziell aufgelöste, faschistische Strömung „Der Flügel“ um den Thüringer AfD-Vorsitzenden Höcke existiert ungebrochen weiter und beherrscht den gesamten Bundesverband. Über ihn werden auch die Reste der in Deutschland operierenden neo-nazistischen Kräfte (militante Stiefelnazis ebenso wie Hitler-Nostalgie-Gruppen) rechts außerhalb der AfD umgarnt, eingebunden und in die AfD-Politik integriert.

Die tragenden ideologischen Elemente der AfD sind die Propaganda (in Wort und oft in Tat in Form von rassistischen Verbrechen) gegen Nichtdeutsche, vor allem Geflüchtete; der Kampf gegen die Liberalisierung der Gesellschaft seit den späten 60er Jahren („links-grün-versifft 68er“); Nationalismus und „Deutschland zuerst“-Politik; Ablehnung der Europäischen Union und Forderung nach einem „Europa der Vaterländer“ einschließlich Aufbau der „Festung Europa“; für Bundeswehr, Wehrpflicht und Aufrüstung, aber gegen Geld für die Kriege anderer Nationen; Kritik und Teilnahme an Boykottaktionen gegen zentrale politische Maßnahmen der Regierung in der Gesundheitspolitik (Corona-Pandemie-Maßnahmen), Klimaschutz und Bildungspolitik.

Auf ihrem jüngsten Europa-Parteitag hat sich die AfD mehrheitlich gegen einen Austritt aus der EU, gegen eine Rückkehr zur DM und für den Beitritt in die Fraktionsgemeinschaft der rechten Parteien im Europaparlament ausgesprochen.

In der aktuellen Debatte über die Ukraine-Unterstützung gehört die Mehrheit der AfD zu den Gegner*innen von Waffenlieferungen und Sanktionen, gleichzeitig werden Kontakte zu russischen rechtsradikalen Gruppen gesucht.

Bei der letzten Bundestagswahl hat die AfD diese ideologischen Versatzstücke ziemlich populär mit der Wahlkampf-Losung „Deutschland – aber normal“ zusammengefasst.

Politik mit der Angst

Wie bei anderen rechten Parteien vor und neben ihr ist der zentrale Ansatzpunkt der AfD die Politik mit einer unspezifischen Angst. Sie spricht damit nicht die von der kapitalistischen Realpolitik schon real Betroffenen an – die gehören überwiegend zum großen Block der Nichtwähler*innen –, sondern die Mittel- und unteren Schichten, die Angst vor Absturz und Verschlechterung ihrer ökonomischen Lage haben, diesen Absturz aber noch nicht real erlebt haben. Ihnen werden zwei Narrative präsentiert: Erstens sei die Ursache für diese Absturzgefahr eine unkontrollierte Zuwanderung. Es wird als Alternative zu linken Theorien des Widerspruchs zwischen Unten und Oben das Bild eines verschärften Gegensatzes zwischen Drinnen und Draußen gemalt. Die alles überragende politische Maßnahme dagegen sei die Verhinderung weiterer Zuwanderung und Koppelung aller sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen an ein rassistisches Abstammungsrecht.

Die zweite Erzählung bezieht sich auf die Durchsetzung dieser Politik mit Hilfe eines autoritären Staates, der den „gesunden Volkswillen“ vollstrecken soll.

Diese politischen Ideen finden sich bei FDP, CDU/CSU und Teilen der konservativen SPD auch. Die AfD spielt die klassische Rolle faschistischer Gruppierungen, die Unentschlossenheit und Inkonsequenz der anderen (der „Altparteien“) Parteien anzuprangern und das auszusprechen und zu fordern, was „eigentlich alle Vernünftigen“ wollen. Ideologischer Hauptgegner der AfD sind deshalb die GRÜNEN (die Linken sowieso, aber die sitzen im anderen Lager), deren Anspruch, die kapitalistische Gesellschaft zu modernisieren und für die Herausforderungen der Gegenwart fit zu machen, ihnen am meisten im Wege steht.

Nach acht Jahren fast ununterbrochener Wahlerfolge stockte der Höhenflug der AfD in der Zeit der Coronapandemie. Der Hauptgrund dafür ist, dass es eine Situation nicht der unbestimmten, sondern der konkreten Angst der Bevölkerung vor gesundheitlichen Schäden gab. In einer solchen Lage werden Wahlen von den Parteien, und auch von den Regierungen und ihren Chefs, der politischen Exekutive gewonnen. Die Macher:innen waren gefragt. Das trieb die Quote der Wahlteilnahme nach oben und brachte die Mobilisierung der AfD ins Stocken. Mit dem neuen Großthema Russenkrieg, Aufrüstung und Nato-Dominanz haben sich diese Verhältnisse wieder zugunsten der AfD verändert.

Protestwahl oder was?

Es ist müßig, heute noch darüber zu spekulieren, ob die große Zustimmung für die AfD Ausdruck von Protestwahlverhalten oder eines festsitzenden rechtsradikalen Massenbewusstseins ist. Tatsache ist, dass die gesellschaftlichen Mittelschichten ökonomisch und politisch immer mehr erodieren und dass in diesen Milieus sowohl das in Deutschland seit Langem vorhandene rechte Bewusstsein als auch tagespolitisches Protestverhalten mobilisiert wird. Es ist leider der Erfolg der AfD, diese gemeinsame Mobilisierung hinzubekommen.

Die mit der „Proteststimmen-Theorie“ in der Regel verbundene Vorstellung, die Stimmen für die AfD wären nur vorübergehend und könnten mit einer anderen Sozialpolitik „zurückgeholt“ werden, ist deshalb ein Trugschluss. Eine andere Sozialpolitik kann nur ein Teil einer umfassenden linken Alternative sein.

Für die bürgerlichen Parteien bedeutet dies, sie werden immer mehr unter Druck geraten, mit der AfD in exe-

kutiver Verantwortung und Koalitionsprojekten zusammenzuarbeiten. Auf kommunaler Ebene geschieht dies schon länger. Das wird die kommenden Wahlkämpfe in Deutschland prägen. Sowohl Übernahme konkreter AfD-Positionen, insbesondere in der Flüchtlings- und Migrationspolitik, als auch ideologische Offensiven mit mehr oder weniger offenen Zusammenarbeits-Versprechen werden zunehmen.

Politik der Hoffnung

Für die Partei DIE LINKE und für die Linke allgemein bedeutet der massive Aufschwung der Rechten eine große, existenzielle Herausforderung. Ihnen muss klar sein, dass nur ein umfassendes Angebot einer linken Politik der Hoffnung und des Vertrauens auf die eigenen Kräfte die Politik mit der Angst zurückdrängen kann.

Dabei muss die Linke die zentralen Themen der AfD eigenständig aufgreifen in eine linke Gesamtpolitik integrieren: Verteidigung der Arbeitsplätze und Einkommen, höhere Ausgaben für alle Bereiche der Daseinsvorsorge, Umverteilung von Oben nach Unten. Nicht der Abbau der Demokratie, sondern deren Ausweitung muss das Programm der Linken werden.

Es wird dabei partielle Gemeinsamkeiten in der Kritik geben – an der Europäischen Union, an der aktuellen Kriegs- und Rüstungspolitik und bei anderen Themen, aber es darf keine Gemeinsamkeiten in der Aktion oder in gemeinsamen politischen Initiativen geben.

Zu keinem Zeitpunkt dürfen die viel gewichtigeren Nicht-Gemeinsamkeiten verschwiegen werden: Internationalismus statt rassistischer Nationalismus; Solidarität statt Ausgrenzung, offene Grenzen statt Festung Europa, Klimarettung statt Leugnung der Klimakatastrophe und vieles mehr.

Unsere Mobilisierung besteht aus Kämpfen der Selbstermächtigung und Selbstorganisation statt Konkurrenzkämpfe innerhalb der Unterklassen. Wir stehen für umfassende Demokratie und Selbstbestimmung statt Hoffen auf einen starken Staat.

Gegen Rechts hilft nur Links – das muss die zentrale Parole einer breiten Palette von Aktionen gegen die AfD und ihr Umfeld werden. Das ist das moderne Gesicht einer Einheitsfrontpolitik, mit der auch die Wahlerfolge linker Parteien wieder zunehmen werden.

Köln, 01.08.2023





OKTOBER 1923

Mit einem Beitrag zur RUHRBESETZUNG 1923 haben wir die erste Nummer des Jahres 2023 unserer Zeitschrift eröffnet. Ein kleines Dossier, bestehend aus zwei Beiträgen zum „Deutschen Oktober“, soll die Betrachtung des „Schicksalsjahres 1923“ vorläufig abrunden.

Der „Deutsche Oktober“ endete bekanntlich in einem „Fiasko“. Die Darstellungen der Ereignisse in den beiden Beiträgen stehen kaum kontrovers zueinander. Aber in dem Urteil über deren Ausgang sind sie diametral entgegengesetzt: eine Katastrophe epochalen Ausmaßes als Ergebnis der von der Komintern und der KPD-Führung verspielten Chance, eine tatsächlich bestehende revolutionäre Situation zu nutzen (Pierre Frank) bzw. die Rettung vor der vernichtenden Niederlage durch die Reichswehr dank der noch rechtzeitigen Absage des für den 9. November geplanten Generalstreiks, der das Fanal für den bewaffneten Aufstand hatte werden sollen (Erich Wollenberg).

Ein Dossier mit 2 Beiträgen

Hat es 1923 in Deutschland eine revolutionäre Situation gegeben?

SEITE 7

Der Hamburger Aufstand und die Thälmann-Legende

SEITE 14

HAT ES 1923 IN DEUTSCHLAND EINE REVOLUTIO- NÄRE SITUATION GEGEBEN?

Der hier abgedruckte Text von **Pierre Frank** ist seiner zweibändigen „Geschichte der Kommunistischen Internationale“ (Frankfurt: isp-Verlag, 1981; Bd I, S. 292–302) entnommen. Die Rechtschreibung haben wir – soweit es nicht Zitate aus historischen Texten betrifft – der neuen Schreibweise angepasst.

Die meisten Historiker stellen fest, dass die revolutionäre Welle – nachdem sie während des Krieges 1917 im zaristischen Russland stürmisch aufgetaucht und der Kapitalismus an seinem schwächsten Kettenglied gebrochen war – sich ab 1918 in Mitteleuropa, vor allem in Deutschland, ausbreitete. Die revolutionären Entwicklungen der damaligen Zeit in den kolonialen und halbkolonialen Ländern waren, wenn auch nicht unbedeutend, so doch sehr begrenzt, vor allem im Vergleich mit denen, die auf den Zweiten Weltkrieg folgten. Der Unruheherd der sozialistischen Weltrevolution lag damals in Deutschland; folglich standen die Probleme der deutschen Revolution im Zentrum der Debatten aller Kongresse der KI [Kommunistischen Internationale], bis einschließlich ihres fünften. Jeder Kongress der Internationale fiel in gewissem Sinne mit einer Etappe der deutschen Revolution zusammen. Der I. Kongress folgte auf den Spartakus-Aufstand und die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Der II. trug zum Entstehen einer deutschen kommunistischen Massenpartei durch den Beitritt einer Mehrheitsfraktion der USPD bei. Der III. Kongress, weitgehend der „Märzaktion“ gewidmet, verurteilte eine durch Ungeduld einer Tendenz innerhalb der KI hervorgerufene ultralinke Taktik und stimmte der Einheitsfronttaktik zu; der IV.

nahm durch die Behandlung der Frage der Arbeiterregierung diese wieder auf. Bis dahin waren die Kongresse der KI, auf denen Lenin und Trotzki den ersten Platz einnahmen, die Stätte offener und lebhafter Debatten, um eine eindeutige Richtung festzulegen. Die Fortschritte bei den Gedankengängen der KI von einem Kongress zum andern sind erkenntlich; die Fehler werden, manchmal nur mühsam, korrigiert. Dann traten die Ereignisse vom Oktober 1923 in Deutschland ein und die Dinge änderten sich. Der V. Kongress nahm eine Analyse der Ereignisse von 1923 und der Perspektiven für Europa vor, die sich sehr schnell als falsch herausstellte; es sollte jedoch in der Folgezeit nicht die geringste Selbstkritik geben.

Führer einer revolutionären Partei können keine revolutionäre Situation herbeischaffen; sie können sie nur, wenn sie vorhanden ist, benutzen, um sie zu einem siegreichen Ende zu bringen, oder die Gelegenheit verpassen. Die Geschichte der Kämpfe, in denen die Arbeiterklasse in Europa sich gegen das kapitalistische Regime erhoben hat, lässt das Vorhandensein zyklischer Abläufe erkennen – Perioden revolutionären Aufschwungs und Perioden des Abschwungs. Die größten Marxisten haben nicht gezögert, Vergleiche – die natürlich nur in den gegebenen Grenzen gültig sind – zwischen diesen Erscheinungen und bestimmten Naturerscheinungen anzustellen. Es scheint, dass die Arbeiterklasse jahrelang Energie ansammelt; danach kommt es zum Freiwerden dieser Energie im Laufe von Perioden, wo gewaltige Demonstrationen, riesige Streiks stattfinden, wo ein Wille zum Kampf in der gesamten Klasse sichtbar wird, auch in Schichten, die bis dahin nur sehr wenig Kampfbereitschaft bei den Tagesforderungen gezeigt hatten. Auch wenn diese Zyklen nur wenig untersucht worden sind, ist ihr Vorhandensein nichtsdestoweniger gewiss. Man ist in Europa dem Zyklus begegnet, der dem Ersten Weltkrieg entstammte, man hat einen anderen – begrenzteren und schwächeren – von 1935 bis 1937 beobachtet, einen, der auf den Zweiten Weltkrieg folgte (von 1943 bis 1948) und schließlich jenen, der spektakulär mit dem Mai 1968 in Frankreich begonnen hat. Innerhalb ein und derselben Aufschwungsperiode kann es eine oder mehrere revolutionäre Krisen und Situationen geben, solange die in den Massen gespeicherte Energie nicht durch Niederlagen vernichtet oder in ausweglosen Kämpfen verschwendet worden ist.

Niemand bestreitet die Existenz der revolutionären Welle, die in Russland 1917 begann und sich über Mittel- und Osteuropa ausbreitete. Was ist mit dieser Welle geschehen, wie hat sie sich erschöpft und wann ist sie

verschwunden? Nach der schweren anfänglichen Erschütterung von 1919 und den ersten Monaten von 1920 hatte sich die Bourgeoisie, die überrumpelt worden war, wieder gefasst, aber sie hatte keineswegs die Arbeiterklasse in allen Ländern Mittel- und Osteuropas besiegt, vor allem nicht in Deutschland. Unbestreitbar blieb die kapitalistische Gesellschaft noch sehr anfällig, und das Jahr 1923 war ein ausgesprochenes Krisenjahr. Aber nach dem Oktober 1923 durchlebte der europäische Kapitalismus mehrere Jahre wirtschaftlicher Konjunktur und politischer Stabilität. Insbesondere der deutsche Kapitalismus wies eine eindrucksvolle Wiederbelebung auf. Vor dem Auftreten der Krise 1929 gingen die Massenkämpfe in Europa nicht mehr über den Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft hinaus, die demokratischen und pazifistischen Illusionen wurden gestärkt. Hätte es 1923 keine revolutionäre Situation gegeben, wäre das Zurückweichen von Chemnitz nur von relativer Bedeutung gewesen, später hätten sich andere revolutionäre Situationen ergeben (wie es der V. Kongress voraussah). Wenn man sich jedoch einer revolutionären Situation gegenüber befunden und sie verpasst hatte, konnte das nur verhängnisvoll sein: Eine revolutionäre Partei versäumt nicht ungestraft eine Gelegenheit und kann den Folgen eines derartigen Versagens nicht entgehen; hinterher gar eine Vogel-Strauß-Politik betreiben, kann die Lage nur verschlimmern. Das passierte der KPD.

Die KI nahm niemals wieder eine echte Diskussion über das Jahr 1923 auf. Das taten nur entweder zu verschiedenen Zeitpunkten aus der KI ausgeschlossene Oppositionelle oder Historiker. So meint E.H. Carr, das „deutsche Fiasko“ (wie er es sehr treffend nennt) sei, seiner Meinung nach, nicht so sehr wegen der Politik der KI und der KPD unvermeidbar gewesen, sondern wegen der bestehenden militärischen Kräfteverhältnisse, vor allem wegen des Missverhältnisses zwischen den Truppen der Reichswehr und den proletarischen Hundertschaften. Dieses Missverhältnis bestand; stellt man die Frage jedoch so, dann sieht man sie nur unter einem Gesichtspunkt, nämlich dem „technischen“, unter dem die Arbeiterklasse ganz allgemein im Verhältnis zur Bourgeoisie stark benachteiligt ist. Man kann an die Grundfrage nicht besser herangehen, als wenn man die am stärksten ausgearbeiteten und entgegengesetzten Standpunkte untersucht – auf der einen Seite den Trotzki in den Jahren, die auf die Ereignisse folgten, auf der anderen den von Thalheimer im Jahre 1931. Der erstere – in einem Text vom Dezember 1923 – begann dort mit einem allgemeinen Überblick über die Beziehungen der deutschen Führung zu den Massen und mit dem Gang der Ereignisse seit 1918. Er schrieb:

„Wenn die kommunistische Partei plötzlich das Tempo ihrer Arbeit geändert und die fünf oder sechs Monate genutzt hätte, die ihr die Geschichte zur direkten politischen, organisatorischen und technischen Vorbereitung auf die Machtübernahme gewährte, so hätte der Ablauf der Ereignisse ein ganz anderer sein können als derjenige, den wir im November 1923 erlebt haben.

Aber die deutsche Partei war in die neue kurze Periode dieser Krise, vielleicht ohnegleichen in der Weltgeschichte, mit den Maßnahmen der vorhergehenden zweijährigen Periode der Propaganda zur Gewinnung des Einflusses unter den Massen hereingegangen. Damals bedurfte es einer neuen Orientierung, eines neuen Tones, einer neuen Art und Weise, an die Massen heranzugehen, einer neuen Interpretation und Anwendung der Einheitsfrontpolitik, neuer organisatorischer Methoden der Vorbereitung, mit einem Wort einer plötzlichen und unvermittelten taktischen Wendung. Das Proletariat musste eine revolutionäre Partei an der Arbeit sehen, die direkt zur Eroberung der Macht marschierte [...] Wenn die Partei, ohne Widerstand zu leisten, ausnehmend günstige Stellungen verlassen hat, so liegt der Hauptgrund darin, daß sie es nie verstanden hat, im Beginn der neuen Phase (Mai bis Juli 1923) sich von dem Automatismus der vorherigen Politik, die auf Jahre berechnet war, loszulösen und in der Agitation, in der Aktion, in der Organisation und in der Technik direkt die Frage der Machtergreifung zu stellen.“¹

Ungefähr ein Jahr später kam Trotzki in seiner Schrift 1917: Die Lehren der Revolution (Berlin 1925) auf 1923 zurück und betonte die außerordentliche Rolle, die die Führung im Zeitpunkt einer revolutionären Krise spielt. Er unterstrich gleichfalls zwei Punkte, auf die wir später eingehen werden: die Frage der bewaffneten Kräfte der Bourgeoisie und die Frage der Organe der Arbeiterschaft, die zur Machtübernahme geeignet sind. Schließlich führte Trotzki in seinem Brief an den VI. Kongress der KI (1928) das weiter aus, was er im Neuen Kurs und den Lehren der Revolution geschrieben hatte, und stellte die Führung der KI, die Führung der KPD und die Schlussfolgerungen des V. Kongresses über die Weltsituation in Frage. Er nahm die oben entwickelte Argumentation wieder auf. Er betonte, dass es zwischen den beiden Fraktionen, in die die deutsche Führung gespalten war, keine Unterschiede bei ihrem Auftreten gab:

„Nicht allein die Rechten, sondern auch die Linken, trotzdem sie sich sehr scharf bekämpft haben, betrachteten vor dem September-Oktober 1923 den Prozess der revolutionären Entwicklung ziemlich fatalistisch.“²

In einer solchen Situation, fügte er hinzu, genügen manch-

mal wenige Tage, dass eine revolutionäre Situation kehrtmacht und für lange Jahre verschwindet:

„Gerade hier entsteht auch die Gefahr, daß die Politik der Parteiführung und der Partei überhaupt dem Auftreten der Klasse und den Bedürfnissen der Situation nicht entspricht. Bei einem verhältnismäßig ruhigen Gang des politischen Lebens kann ein solcher Widerspruch, wenn auch mit Verlust, so doch ohne Katastrophe, ausgeglichen werden. Zur Zeit einer heftigen Krise aber fehlt es gerade an der Zeit, um diesen Widerspruch zu beseitigen und die Front sozusagen unter Feuer auszugleichen. Die Perioden der höchsten Verschärfung einer revolutionären Krise sind ihrer Natur nach stets nur kurz. Dieser Widerspruch zwischen einer revolutionären Führung (Schwankungen, abwartende Haltung trotz des Ansturms der Bourgeoisie) und der objektiven Situation kann im Laufe einiger Wochen und sogar Tage zu einer Katastrophe und zu einem Verlust des in jahrelanger Arbeit Vorbereiteten führen.“³

Thalheimer, der damals zusammen mit Brandler der maßgebende Führer der KPD und ihr anerkanntester Theoretiker war, wurde – genau wie Brandler – nach dem Kongress von Frankfurt aus der Führung entfernt und später aus der KI ausgeschlossen, nachdem er mit der stalinistischen Führung der KI in Streit geraten war. 1931 führte er – weiterhin mit Brandler – eine die Kommunistische Partei (Opposition) genannte Organisation, eine Opposition von rechts gegen die Führung der KPD, die mit Stalin Übereinstimmung zu erzielen hoffte (dessen Innenpolitik sie bis 1937 guthieß). Andere Gruppen und Einzelpersonen waren aus der KPD und der KI ausgeschlossen worden, insbesondere die ehemaligen Führer der Linken Maslow und Ruth Fischer, und der Ultralinke Scholem. Unter den Kommunisten, die sich der stalinistischen Politik der „dritten Periode“ widersetzen, stand die Frage des Oktober 1923 immer wieder auf der Tagesordnung. Die von Brandler und Thalheimer an der ultralinken Politik der „dritten Periode“ geübte Kritik wurde von vielen, wenn nicht allen Oppositionellen geteilt. Diese jedoch meldeten gegenüber den Positionen Brandlers und Thalheimers in Bezug auf ihre Politik im Jahre 1923 Vorbehalte, ja noch viel mehr an. Deshalb sah sich Thalheimer gezwungen, eine Rechtfertigung oder eine Erklärung für diese Politik vorzubringen und schrieb zu diesem Thema eine Broschüre: 1923: Eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923, Berlin 1931, Reprint Bremen o.J.

Obwohl sie verfasst wurde, nachdem Trotzki seine Positionen einige Jahre zuvor dargelegt hatte, antwortete

Thalheimer nicht direkt auf seinen Hauptkritiker, sondern richtete seine Argumentation gegen die damalige Politik der KPD und der KI, das heißt gegen eine ultralinke Politik und behauptete, sie sei die Fortführung der von der „Linken“ in der KPD von 1923 verteidigte Politik gewesen. Darin lag ein Stück Wahrheit. Aber die Irrtümer Maslows und Ruth Fischers im Jahre 1923 und die ultralinke Politik der „dritten Periode“ konnten nicht eine Analyse der Situation von 1923 ersetzen, noch eine Rechtfertigung für die damals von der deutschen Führung eingeschlagene Politik sein. Aus den Fehlern der einen (Maslow usw.) ergab sich nicht notwendigerweise die Richtigkeit der Politik der anderen (Brandler usw.). In keinem Augenblick hatte Trotzki die deutsche „Linke“ von 1923 verteidigt, und er verteidigte nicht die Politik der „dritten Periode“. Thalheimer behauptete ebenfalls, der Oktober 1923 wäre eine „Legende“ gewesen, die aufgebracht wurde, um zur Ablenkung von der russischen Frage, von den Differenzen, die innerhalb der bolschewistischen Partei bestanden, zu dienen. Wie wir gezeigt haben, stimmt es, dass Sinowjew zuerst die Aktivität der KPD, bis und einschließlich Chemnitz, gutgeheißen hatte, und dass er seine Position im Zusammenhang mit dem internen Kampf in der bolschewistischen Partei geändert hatte. Mit Fug und Recht rief Thalheimer diese Tatsachen Maslow und Ruth Fischer ins Gedächtnis zurück: Auf dem V. Kongress waren beide fanatische Anhänger Sinowjews gewesen. Aber Trotzki ging bei seiner Einschätzung der deutschen Führung im Jahre 1923 keineswegs von solchen Überlegungen aus.

Lassen wir also diese Nebenbemerkungen Thalheimers und wenden wir uns der eigentlichen Argumentation seiner Broschüre zu. Gleich anfangs behauptet er, der Faschismus wäre dank der korrekten Politik der Parteiführung geschlagen, der Sieg der KPD jedoch verhindert worden, in erster Linie wegen der Zugeständnisse der Bourgeoisie, in zweiter Linie wegen der von der Führung nach dem August 1923 begangenen Fehler, die beizeiten durch ihr Blasen zum Rückzug korrigiert wurden.

„Im Jahre 1923 wurde der Sieg des Kommunismus in erster Linie verhindert durch rechtzeitig gemachte Zugeständnisse der Bourgeoisie und erst in zweiter Linie durch Fehler der Partei und ihrer Führung. Aber die Kommunistische Partei, wenn sie auch nicht imstande war, selbst zu siegen, so war sie doch imstande, den Sieg des Faschismus zu verhindern. Sie vermochte dies kraft der im Ganzen richtigen Politik, die sie bis in den August 1923 betrieben, und der rechtzeitigen und entschlossenen Korrektur der eigenen

Fehler, die sie mit dem Rückzug im Oktober vornahm.“
(A.a.O., S. 4).

Das bedeutete in Wirklichkeit, dass es – für Thalheimer – verkehrt war, im August den Kurs auf Machteroberung gesteuert zu haben, denn es gab da keine revolutionäre Situation. Um das zu beweisen, griff Thalheimer zu einem Text Bucharins, wo dieser in einer Polemik mit den Lehren der Revolution Trotzki die Unterschiede zwischen der Situation Russlands 1917 und Deutschlands 1923 darlegte: Im Unterschied zu Russland gab es in Deutschland keine bewaffneten Soldaten, die Frieden wünschten, es fehlte eine so zündende Parole wie die des Friedens. Noch gab es eine Bodenfrage, eine Nationalitätenfrage. Die Reichswehr, eine Klassenarmee, ließ im Gegensatz zu dem, was man damals gesagt hatte, keine Anzeichen einer Zersetzung erkennen. Die Arbeiterklasse war infolge der Spaltung Deutschlands durch die Ruhrbesetzung in zwei Teile gespalten:

„Kann man die objektive Lage im Jahre 1923 in Deutschland gleichsetzen der objektiven Lage im Jahre 1917 in Russland, in dem Sinne, dass objektiv die Situation für die Revolution gleich vorbereitet war? Wenn man den Hauptfaktoren, den Triebkräften der Oktoberrevolution von 1917 in Russland die Tatsachen gegenüberstellt, wie sie 1923 in Deutschland bestanden, so ergeben sich grundlegende Unterschiede. Welches waren die Hauptfaktoren, die 1917 in Russland die Oktoberrevolution begünstigten? Zuerst die Kriegsfrage [...]

Zweitens: die Landfrage [...]

Dann die Arbeiter. Im Jahre 1917 war in Russland der Zustand eingetreten, daß die Lebensmittelversorgung der Städte versagte [...]. Aus dieser Lage heraus [...] erwuchs in der [...] Arbeiterschaft der Gedanke [...] der 'Arbeiterkontrolle der Produktion' [...]

Eine weitere Triebkraft der Oktoberrevolution war die nationale Frage [...]. Das Bild der Triebkräfte der Revolution in Deutschland im Jahre 1923, wenn man es im Einzelnen durchsieht, ist ein ganz anderes [...]. man hatte keinen wirklichen blutigen Krieg [...]. Der Ruhrkrieg war nur in Worten ein Krieg [...]. Weiter die Frage der internationalen Situation 1923 [...] England und Amerika griffen zugunsten der Bourgeoisie in Deutschland und gegen die proletarische Revolution ein [...]. Die wichtigste wirtschaftliche Triebkraft der Revolution, der Hauptkrisenfaktor im Jahre 1923, war die Inflation [...]. Dieser wirtschaftliche Krisenfaktor wurde aber in Deutschland von der Bourgeoisie selbst liquidiert [...]. Durch diese Zugeständnisse in der Frage der Inflation und in der Frage des Ruhrkampfes

wurde die Arbeiterklasse in Deutschland gespalten [...]

Dann die Frage der bewaffneten Kräfte [...] Wir hatten keine allgemeine Wehrpflicht in Deutschland, sondern die Reichswehr [...], eine im reaktionären Sinne auserlesene Klassenarmee [...]

Man sieht [...], daß all die entscheidenden Faktoren, die 1917 [...] zur Gewinnung der Mehrheit der Bevölkerung führten, in Deutschland nicht vorhanden waren.“ (A.a.O., S. 15 bis 18).

Er fügte auch hinzu, dass es keine Arbeiterräte gab, dass die Betriebsräte sie nicht ersetzen konnten und bestand darauf, dass die bis zum Cuno-Streik geführte Politik richtig gewesen sei:

„Die Partei visierte auf den Machtkampf. Und sie bereitete ihn richtig vor durch der Sachlage entsprechender Teilloösungen, Übergangslösungen und Teilkämpfe [...]

So entwickelten sich die Dinge bis zum Cuno-Streik.

Dieser war der Höhepunkt der Massenbewegung im Jahre 1923 [...]“ (A.a.O., S. 19–20)

Der von der KI ausgearbeitete Plan war, sagte er, ein auf „Spekulation gegründeter Plan“ (S. 21), der noch dazu Brandler aufgezwungen wurde, und „der Grundfehler der Partei nach dem Cuno-Streik“ war der, dass sie „sich auf technisch-organisatorische Vorbereitungen“ dieses Plans „beschränkte“ (S. 24). Bevor man sich mit zwei anderen Punkten Thalheimers befasst, muss man hervorheben, dass es sich dabei im Wesentlichen um Argumente handelt, die die Frage nicht beantworten, ob es damals eine revolutionäre Situation gab. Der Vergleich mit den verschiedenen Faktoren in Russland im Jahre 1917 ist ein typischer Fall von Scholastik: Niemand kann annehmen, dass das Charakteristische an der Situation Russlands von 1917 sich bei anderen revolutionären Situationen, von Land und Zeit unabhängig, wiederfinden müsste. Es wäre ebenfalls kindisch zu meinen, ein Land müsse notwendigerweise in einer revolutionären Situation ein beträchtliches Maß an Einheitlichkeit aufweisen: die Spaltung Deutschlands infolge der Ruhrbesetzung war damals eine Ursache der revolutionären Situation, und kein Hindernis. Das Nichtvorhandensein von Räten (Sowjets) und das alleinige Vorhandensein von Betriebsräten stellten keinen Faktor dar, der den Charakter der Situation entscheidend veränderte. Wer – wie Thalheimer – sich auf das Russland von 1917 berief, sollte wissen, dass Lenin zu einem bestimmten Zeitpunkt die Losung „Alle Macht den Räten“ fallenließ und die Eroberung der Macht mittels der Fabrikräte ins Auge fasste. In einer revolutionären Situation kann eine Führung durch die Umstände der Situation gezwungen

sein, zum Zweck der Machtergreifung zu anderen Organisationen als den Räten (zu Fabrikräten, Milizen, Gewerkschaften [...]) ihre Zuflucht zu nehmen; etwas anderes ist es, später durch die Räte die Etablierung der Diktatur des Proletariats zu sichern. Wenn schließlich, nach den Worten von Thalheimer, die KPD-Führung sich im Wesentlichen auf eine „technisch-organisatorische“ Vorbereitung zum Nachteil der politischen Vorbereitung beschränkte, so liegt darin keine Verneinung des revolutionären Charakters der Situation, sondern eine kennzeichnende Haltung der Führung in dieser Situation. Die Reichswehr, das lässt sich nicht leugnen, befand sich nicht im Zustand der zaristischen Armee des Jahres 1917; aber im Gegensatz zu dem, was Thalheimer behauptet, hatte man auf manche Anzeichen politischer Zersetzung in ihrer Mitte aufmerksam gemacht; im Übrigen ist es außerordentlich selten, dass sich eine Armee zersetzt, bevor die Massen durch ihre Erhebung zeigen, dass sie bereit sind, die Verteidigung von Soldaten zu übernehmen, die es wagen, die Militärhierarchie in Frage zu stellen.

Das Hauptargument Thalheimers besteht darin, der Höhepunkt des Massenaufschwungs wäre zur Zeit des Generalstreiks gewesen, der die Cuno-Regierung wegfegte. In dieser Frage stimmt er mit dem sozialdemokratischen Historiker J. Braunthal, mit dem Verfasser der Geschichte der Sowjetunion E.H. Carr und anderen überein. Thalheimer versichert auch, dass die KPD nicht die Mehrheit der Arbeiterklasse errungen hatte:

„Es ist nicht gelungen, im Laufe des Jahres 1923 durch die Taktik der Einheitsfront die Mehrheit des deutschen Arbeiter für den Kampf um die Macht zu erobern. Aber eines ist richtig: ohne die Erfolge, die man durch die Taktik der Einheitsfront erzielt hat, hätte im Jahre 1923 die Frage der Machteroberung überhaupt nicht gestellt werden können [...] Nur durch die kolossalen Fortschritte, die wir durch diese Taktik gemacht hatten, konnte diese Frage überhaupt gestellt werden [...]“ (A.a.O. S. 9–10).

Hinsichtlich des „Höhepunktes“ der Massenbewegung betrachtet unserer Auffassung nach Thalheimer, wie alle Historiker, die seinen Standpunkt in dieser Beziehung teilen, die Ereignisse in einer statischen Art und Weise, die völlig von den Wandlungen absieht, die eine wirklich auf den Kampf um die Macht ausgerichtete Politik beigetragen hätte. Aus der Tatsache, dass die vom Generalstreik überraschte deutsche Führung nicht sogleich aus ihm auf den revolutionären Charakter der Situation geschlossen und nichts politisch Nennenswertes unternommen hatte, um die Krise auf eine höhere Ebene zu bringen, kann man

nicht schlüssig folgern, dass der August 1923 der „Höhepunkt“ gewesen und danach die Bewegung abgeebbt ist. Das Versagen der KPD-Führung hatte unvermeidliche Folgen, vor allem Konsequenzen für die Stimmung und Neigung der Arbeiter, zur Aktion überzugehen. Das gleiche gilt in Bezug auf die Einheitsfront. Thalheimer setzt in erster Linie auseinander, dass diese in Chemnitz verwirklicht worden ist, dass aber die Arbeiter in den Kampf um die Macht nicht eingetreten sind:

„Am Abend zuvor (der Chemnitzer Konferenz) hatte die Zentrale einstimmig den Beschluß gefaßt, daß aufgrund der Nachrichten über den Einmarsch der Reichswehr die Lösung (sic) des Generalstreiks, der den bewaffneten Kampf einschloß, herausgegeben werden sollte. Man entschied dann aber, daß man noch den Verlauf der Konferenz abwarten wollte, um die wirkliche Stimmung kennen zu lernen. Auf dieser Konferenz stellte der Genosse Brandler in Übereinstimmung mit der Zentrale die Forderung, die Konferenz solle die Losung des Generalstreiks als Kampflo- sung gegen den Einmarsch der Reichswehr herausge- ben. Wäre dort eine wirkliche revolutionäre Stimmung gewesen, die bereit war zum Machtkampf, dann war klar, dass die Versammlung diese Losung begeistert aufnehmen musste und daß aus dem Generalstreik der bewaffnete Kampf um die Macht sich hätte entwickeln müssen. Die Wirkung aber war ganz anders. Brandlers Vorschlag fiel in der Versammlung glatt zu Boden. Die Versammlung nahm den Antrag eisig auf. Dann passierte folgendes: Der linke SPD-Minister Graupe trat auf und erklärte, falls die Kommunisten nicht darauf verzichteten, die Frage des Generalstreiks in dieser Versammlung zu stellen, dann würde er mit seinen sieben Leuten die Versammlung verlassen. In einer wirklich revolutionären, kampfbereiten Ver- sammlung hätte ein Sturm der Empörung die Flaumacher weggefegt. Aber das Gegenteil geschah. Die Versammlung beschloss daraufhin, auf den unmittelbaren Aufruf zum Generalstreik zu verzichten und stattdessen eine kleine Kommission zu ernennen, die darüber befinden sollte. Es war dies ein Begräbnis dritter Klasse. [...] Das bedeutete, [...] daß die Arbeiterschaft gespalten war, daß gar keine Rede davon sein konnte, daß etwa die Mehrheit der sächsischen Arbeiterschaft in diesem Moment bereit war, um die Macht zu kämpfen [...]“ (A.a.O., S. 26–27).

Im Moment, wo Thalheimer diese Zeilen schrieb, das heißt während des Aufstiegs der Nazis in Deutschland, verteidigte seine Organisation, genau wie Trotzki, die Notwendigkeit, gegen die steigende Hitler-Gefahr die

Einheitsfront SPD-KPD aufzustellen. Wenn es jedoch zwischen Trotzki und der rechten Opposition von Brandler-Thalheimer Übereinstimmung über die unbedingte Notwendigkeit der Einheitsfront gab, so waren sie sich doch über die allgemeine Auffassung von dieser Einheitsfront völlig uneinig. Damals so wie im Jahre 1923 hoben Brandler und Thalheimer die Einheitsfront in die Position einer Strategie, die man bis zur Machteroberung fortsetzen müsse – ohne im Übrigen zu präzisieren, ob sie diesen Gipfelpunkt des Klassenkampfes miteinschließe. Für Trotzki war die Einheitsfront eine Taktik, die vor allem zur Mobilisierung breiter Massen bestimmt war, um sie zur Aktion zu bringen. Nachdem dies erreicht ist, musste die revolutionäre Partei – in Einheitsfront mit den reformistischen Organisationen oder ohne sie – die Massen in jeder möglichen Weise auf die Machteroberung in Bewegung setzen. Müsste die revolutionäre Partei die Zustimmung der mit ihr durch bestimmte Massenmobilisierungen verbundenen reformistischen Partei abwarten, über die festgelegten Abmachungen hinaus zu gehen, so bestünde die große Wahrscheinlichkeit, dass sie Gelegenheiten, weiter zu gehen, vorüberstreichen ließe, vor allem aber, den Kampf um die Machteroberung zu unternehmen.

Thalheimer trennt die Chemnitzer Konferenz von dem ab, was die Zentrale vor ihrem Zusammentreten getan hatte; tatsächlich hatte sie sich für die entscheidende Lösung entschlossen – und es in Wirklichkeit doch nicht getan: Sie durfte solange nicht ausgegeben werden, bis die Stimmung der Massen auf dieser Konferenz in Erfahrung gebracht wurde.

Man denkt unwillkürlich an Lenin in den Tagen, die dem Oktoberaufstand vorangingen, wie er befürchtete, die Entscheidung hänge von dem Zusammentreten des Allrussischen Sowjetkongresses ab, von den möglichen, um nicht zu sagen unvermeidlichen Machenschaften in einer großen Versammlung bei einer Frage wie der des bewaffneten Kampfes um die Macht. Dieses Zögern, ja sogar Ablehnung, waren innerhalb der Parteiführung vorhanden. Er hielt es für notwendig, die Aktion vor Eröffnung des Kongresses zu beginnen, um ihn in die Aktion hineinzuziehen. Wäre er wie Brandler vorgegangen, hätte es nicht einen russischen Graupe, sondern mehrere gegeben, die gedroht hätten, sich vom Kongress zurückzuziehen; es gab im Übrigen mehr als einen, der den Kongress verließ, als der Aufstand in vollem Gange war.

Die KPD hatte im Jahre 1923, vor und nach dem Cuno-Streik, nach Thalheimers eigenen Worten „kolossale Fortschritte“ gemacht. Wir hatten weiter oben über eine

Erklärung Walchers berichtet, nach der die KPD auf dem besten Wege war, die Mehrheit in den Gewerkschaften zu erobern⁴. Eine solche Erklärung bedarf einiger Anmerkungen. Die Gewerkschaften weisen sehr charakteristische Züge auf: an der Basis sind sie in die Arbeiterklasse eingebettet und streben sogar an, sich mit ihr in bestimmten Ländern, so zum Beispiel im Großbritannien unserer Tage, fast völlig zu identifizieren. Andererseits jedoch haben die Gewerkschaften einen enormen Apparat, der sich wie eine Pyramide auf dieser Basis erhebt. Auf dem Produktionssektor stellen die Gewerkschaften mehr oder weniger die Arbeiterklasse selbst dar; je mehr man sich aber dem Gipfel nähert, umso mehr tendiert dieser Apparat dahin, sich mit dem Staatsapparat zu verquicken, sich in ihn – formell oder informell – zu integrieren. Der Gewerkschaftsapparat hat ein sehr großes Beharrungsvermögen, an der Spitze ist er fast unabsetzbar. Sagt man, wie Walcher, dass die revolutionäre Partei auf dem besten Wege war, die Führung der Gewerkschaften zu erobern, und stellt man in Abrede oder ignoriert zur gleichen Zeit, dass die Frage der Staatsmacht eben dadurch in einem derart industrialisierten Lande wie Deutschland auf die Tagesordnung gestellt wurde, dann hat man die Situation wirklich nicht erfasst. Gleichgültig, ob sich die Sozialdemokratie dem gefügt hätte oder nicht, die organisatorische Übereinkunft aufrechtzuerhalten: die Einheitsfronttaktik hätte der KPD dazu dienen müssen, die bereits erzielten Fortschritte zu einem Weitergehen auszunützen. Man musste vorwärtsschreiten, wollte man nicht gezwungen werden, den Rückzug anzutreten. Die Kräfteverhältnisse sind in keiner Weise statische Größen, die sich wie Waren auf der Waage ausgleichen; sie ergeben sich aus der Dynamik des Kampfes. Keine Führung vermag von sich aus, ein Kräfteverhältnis zustandezubringen, das vorher nicht latent, potentiell bestanden hätte. Aber der Kampf verwandelt ein solches potentielles Kräfteverhältnis zugunsten dessen, der Initiativen zu ergreifen weiß, der zu handeln wagt. Man braucht nicht lange über das nachzusinnen, was Clausewitz geschrieben hat: Was für den Krieg gilt, stimmt auch für den Klassenkampf, besonders wenn er seinem höchsten Niveau zustrebt. Als Lenin und Trotzki wahrnehmen mussten, dass die Anfangsperspektiven der KI verschwunden waren, hatten sie – als hervorragende Strategen und Taktiker des Klassenkampfes – die Einheitsfront nicht ausgearbeitet, um allein Vereinbarungen zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Organisationen ins Auge zu fassen. Für sie konnte die Einheitsfront einen defensiven oder offensiven Charakter annehmen, sie machten aus ihr kein Ding an sich: Die Ein-

heitsfront konnte nur eine Taktik sein, die für bestimmte Situationen taugte, um über sie hinauszukommen.

Ohne es zu wollen, spricht Thalheimer in seiner Broschüre die schärfste Verurteilung über die Führung aus, deren qualifiziertester Theoretiker er war, und über die Unschlüssigkeit, die für die Politik der KI im Jahre 1923 bezeichnend war. Hierzu schreibt er:

„Bei diesem Aktionsplan stellte sich leider heraus, daß nicht nur wir Aktionspläne machten, sondern auch der Gegner. Und er machte nicht nur Aktionspläne, er handelte. Und es stellte sich weiter heraus, daß, nachdem der Aktionsplan fertig war und die Genossen herüberkamen, um ihn durchzuführen, sich die Situation, auf der der Aktionsplan spekulativ aufgebaut war, vollständig geändert hatte, in ihr Gegenteil verkehrt hatte. Die Bourgeoisie hatte die Initiative ergriffen [...] Der Bourgeoisie war klar, daß, wenn sie nicht aktiv eingreifen würde durch Zugeständnisse an die Arbeiterschaft und Kompromisse mit dem französischen Kapitalismus, wirkliche Revolutionsgefahr für sie herannahen [...]“ (A.a.O., S. 22).

Das ganze statische, erstarrte Denken der deutschen Führung im Jahre 1923 zeigt sich in diesen acht Jahre nach den Ereignissen geschriebenen Zeilen. Damit es zu einer wirklich revolutionären Situation nach dem Cuno-Streik gekommen wäre, hätte die deutsche Bourgeoisie passiv bleiben müssen! Während diese aber zur Aktion überging, legte die KPD-Führung Proben ihrer Passivität ab. Es gab, so scheint es, einen „Plan“, einen „Aktionsplan“, der keine Vorsorge für die Reaktionen des Klassenfeindes traf. Es gab eine „Führung“, die angesichts der vom Feind ergriffenen Initiativen einen Beweis ihres Unvermögens lieferte, indem sie darauf wartete, das Zeichen für den Rückzug zu geben. Es fällt schwer, zu glauben, dass Thalheimer zutiefst von dem überzeugt war, was er in seiner Broschüre schrieb. Sie scheint uns vielmehr als ein Versuch, die Qualen seines revolutionären Gewissens über das Versagen im Jahre 1923 loszuwerden.⁵

Zweitens sah die Situation im Deutschland von 1923 nicht wie die in Russland im Jahre 1917 aus, obwohl man nicht denken soll, dass die Machtübernahme durch die Bolschewiki ein leichtes Unternehmen gewesen ist. Es ist nicht sicher, ob in Deutschland im Jahre 1923 die sozialistische Revolution gesiegt hätte, da es niemals für den Erfolg eine Garantie gibt; unbestreitbar jedoch gab es eine revolutionäre Situation. Die Mehrheit der Arbeiterklasse ging mit der KPD oder auf dem Weg zu ihr. Die Kleinbourgeoisie war in einem verzweifelten Zustand und wandte sich dem zu, der Entschlossenheit und Festigkeit

bewies. Woran es fehlte, war gerade die revolutionäre Führung, die Führung nicht im allgemeinen Sinne – eine revolutionäre Partei war vorhanden –, sondern in dem bestimmten Sinne der Parteiführung. Diese Führung war mit Blindheit über die Situation geschlagen und hat im entscheidenden Moment Unentschlossenheit bewiesen. Diese Schwäche der Führung hatte katastrophale Folgen. Die im Aufstieg begriffene Bürokratie in der Sowjetunion wurde sogleich durch den Rückgang der Revolution in Deutschland gestärkt; dadurch konnte sie einen unmittelbaren Erfolg auf Kosten der Kräfte erzielen, die innerhalb der bolschewistischen Partei die Hoffnung auf die Weltrevolution nicht aufgeben hatten. In der KI sollten die Rückwirkungen dieser Schwäche groß sein, denn es gab zu jener Zeit keine nationalen Führungen mit genügender politischer Reife.

1 Trotzki, *Der Neue Kurs*, Berlin 1924, Kapitel V, „Tradition und revolutionäre Politik“ (Kopenhagener Übersetzung 1934, S. 24)

2 Trotzki, *Die Internationale Revolution und die Kommunistische Internationale*, Berlin 1929, S. 88

3 A.a.O., S. 92

4 S. das frühere Kapitel „Die Radikalisierung der arbeitenden Massen“.

5 I. Deutscher beschäftigte sich stark mit der Frage der Situation Deutschlands im Jahre 1923, als er die Biographie Trotzki's schrieb. Er befragte Brandler in einem Interview, als er ihn nach dem Kriege traf. Wir zitieren hier aus einer Anmerkung vom Februar 1948 nach einem Treffen mit Brandler: „Auf die Frage, ob er heute die Situation von 1923 als revolutionär bezeichnen würde, gibt Brandler keine eindeutige Antwort. Aus der Art, wie er die Abläufe beschreibt, gewinnt man den Eindruck, dass seine Antwort im Ganzen positiv sein würde. Doch er zieht keine endgültigen Schlüsse [...]“ (Siehe *Die Internationale* Nr. 14/15, März 1979, ISP-Verlag Frankfurt (M), S. 221).

Trotz seiner großen Qualitäten als kämpferischer Revolutionär, die ihn zu einen der besten Kader der deutschen Arbeiterbewegung dieses Jahrhunderts machten, hat sich Brandler niemals von seinem Versagen von 1923 erholt.



DER HAMBURGER AUFSTAND UND DIE THÄLMANN- LEGENDE

Erich Wollenberg

Über die Auslösung des Hamburger Aufstandes Oktober 1923 schreibt der „Spiegel“ (Nr. 19/1964):

„Die deutsche KP-Führung (beschloß) auf einen Wink von Moskau zum Generalstreik und zum bewaffneten Aufstand aufzurufen. Die Proklamation sollte eine Betriebsrätekonferenz (in Chemnitz) verkünden ... Doch die sozialdemokratischen Delegierten verweigerten ... ihre Zustimmung. Allein wollten die Kommunisten den Aufstand nun nicht wagen. Sie beschloßen, die Revolution zu vertagen. Nur in Hamburg gingen die Gewehre los. Noch während in Chemnitz verhandelt wurde, war der Delegierte Ernst Thälmann aus dem Beratungszimmer gestürzt und hatte die Kuriere, die auf dem Korridor mit den Aufstandsbefehlen warteten, angeschrien: ‚Haut ab!‘

Fahrt los! Geht in Ordnung!‘ Dem damaligen KP-Chef Brandler gelang es, die Kuriere am Chemnitzer Bahnhof abzufangen – bis auf einen, der bereits nach Hamburg unterwegs war.“

Diese Darstellung der Auslösung des Hamburger Aufstandes als Tragikomödie der Irrungen basiert auf einer Legende, die wohl als Latrinenparole kleiner Apparatschiki entstanden ist und im Verlauf von Jahrzehnten nicht nur von den Historoiden subjektiv frasierter Memoiren-Romane kolportiert wurde, sondern auch ihren Weg in die Werke seriöser Historiker gefunden hat.

Neben dieser nicht-kommunistischen Version gibt es noch die offiziell-kommunistische „heroische Legende“. Danach war Ernst Thälmann überhaupt nicht in Chemnitz, sondern hat in Hamburg entgegen der „Sabotage des Verräters Brandler“ den Befehl zum Aufstand gegeben und persönlich die Kämpfe geführt, bis sie „von den Verrätern im ZK abgewürgt wurden.“

Wenn ich im folgenden den Hamburger Aufstand darstelle, wie er wirklich stattgefunden hat, muß ich über meine Person für den Normalleser von 1964 vorausschicken: 1923 gehörte ich zum Führergremium der militär-politischen Hierarchie der KPD. Ich war einer der sechs „Oberleiter“, die den bewaffneten

Aufstand in Deutschland vorbereiten und durchführen sollten. 1924, in Moskau, war ich Mitglied einer unter Leitung des Generals Unschlicht, stellvertretender Volkskommissar für Heer und Marine (Kriegsminister) gebildeten Kommission, deren Aufgabe es war, die Militärarbeit der KPD im Jahre 1923 zu untersuchen und die Lehren für spätere Revolutionskämpfe zu ziehen. Der Hamburger Aufstand war begreiflicherweise ein Kernstück unseres Aufgabengebietes. [...]

Die Ruhrbesetzung im Januar 1923, provoziert durch die rechtsbürgerliche Regierung Cuno, hatte den totalen Zusammenbruch der deutschen Währung, Massenarbeitslosigkeit, Hunger und Not in fast unvorstellbarem Ausmaße zur Folge gehabt. Der am 11. August von der Berliner Betriebsrätekonferenz proklamierte Generalstreik löste auch für die Zentrale der KPD völlig unerwartete machtvolle Bewegung aus, die bereits am folgenden Tag die Regierung Cuno zum Rücktritt zwang und zur Bildung einer Regierung der „Großen Koalition“ (Deutsche Volkspartei, katholisches Zentrum, Demokraten und SPD) unter Reichskanzler Gustav Stresemann (Deutsche Volkspartei) führte.

Jetzt war man in Moskau davon überzeugt, daß in Deutschland mit Riesenschritten die revolutionäre Krise heranreife. Heinrich Brandler, der Vorsitzende der KPD, beurteilte die Lage weniger optimistisch, er fügte sich aber schließlich dem Beschluß des „Generalstabes der Weltrevolution“, den Kurs auf die Eroberung der Macht, die Deutsche Räterepublik zu nehmen.

Unter Leitung von Bürgerkriegsspezialisten der Komintern und Kommandeuren der Roten Armee im Generalsrang wurde der Militär-Politische (MP) Apparat parallel zur politischen Organisation der KPD und, bis auf Querverbindungen an der Spitze, unabhängig von ihr geschaffen. Als MP-Reichsleiter wurde Sowjetgeneral Rose eingesetzt, ein deutschstämmiger Metallarbeiter aus den baltischen Provinzen des alten Zarenreiches. Im Weltkrieg hatte Rose es bis zum ordensgeschmückten Wachtmeister gebracht. In den Reihen der Roten Armee war er als draufgängerischer Truppenführer im Range eines Korpskommandeurs mit 2 Orden der „Roten Fahne“ und mit einem ihm persönlich von Trotzki verliehenen Ehrensäbel ausgezeichnet worden. Der Deckname Roses im Militär-Apparat war „Helmut“, nach seiner Verhaftung und in dem gegen ihn geführten Prozeß ist er als „Skobolewski“ und „General Gorew“ bekannt geworden. [...] Auf einer Art Generalstabssitzung, die Mitte September in Kassel stattfand, legte General Rose folgende „Richtlinien für die Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes“ vor:

- Die in den Betrieben und von Arbeitslosen gebildeten Proletarischen Hundertschaften sind die Basis der kommunistischen Kampforganisation;
- Den Einheiten der Armee und Polizei (Kompanien der Reichswehr und Hundertschaften der kasernierten Polizei = Schupo) ist die doppelte Anzahl von Proletarischen Hundertschaften entgegen zu stellen;
- Die Bildung der Proletarischen Hundertschaften ist bis zum 15. Oktober spätestens zum Abschluß zu bringen.

Bei diesen Proletarischen Hundertschaften hatte es sich um folgendes gehandelt: Auf Belegschaftsversammlungen und in Massenmeetings der Arbeitslosen wurde – meist auf Initiative von Kommunisten – die Bildung proletarischer Hundertschaften beschlossen. Freiwillige trugen sich in besonderen Listen ein oder traten sofort zusammen, wählten Hundertschaftsführer und die Zehnerführer. Vielfach existierten diese Hundertschaften nur auf dem Papier, bestenfalls erschöpfte sich ihre Tätigkeit in Versammlungsschutz und gelegentlichen Aufmärschen. Der legale Massencharakter dieser Bewegung machte jede Bewaffnung a priori unmöglich.

Von allen MP-Oberleitern hatten nur Zaisser und ich aktiv und in militärischer Funktion an Bürgerkriegskämpfen teilgenommen: Zaisser als „Roter General an der Ruhr“ (1919/20/21), ich als Abschnittskommandeur der bayerischen Roten Armee während der Münchner Räterepublik (1919) und als Leiter des Maiaufstandes in Bochum/Ruhr (1923). Unter Hinweis auf unsere Erfahrungen lehnten wir die „Richtlinien“ ab, die bedeuteten, „die schwer bewaffneten Formationen der Reichswehr und der Schupo mit papiernen Resolutionen bekämpfen zu wollen.“

Unsere Einwände machten auf „Helmut“ – Rose – keinen Eindruck. Er berief sich darauf, daß Trotzki seine „Richtlinien“ voll und ganz gebilligt habe. 1924 hat mir Trotzki in Moskau an Hand der Akten des Generalstabes der Roten Armee bewiesen, daß er die Entgegennahme der „Richtlinien“ mit der Begründung verweigerte, „sie berühren überhaupt nicht die wirklichen Probleme der Vorbereitung und Durchführung des bewaffneten Aufstandes.“

Ab Mitte Oktober befand sich der Militär-Apparat der KPD „in höchster Alarmstufe“. In Sachsen (10. Oktober) und in Thüringen (17. Oktober) waren Arbeiterregierungen (Koalition SPD-Linke und KPD) gebildet worden, auf parlamentarischer Mehrheitsbasis, also durchaus noch „im Rahmen der Weimarer Verfassung“. Am 16. Okto-

ber entzog der Reichswehrgeneral Müller der sächsischen Regierung (Ministerpräsident Zeigner, SPD) das Verfügungsrecht über die Landpolizei, worauf der kommunistische Finanzminister Paul Böttcher in einer öffentlichen Kundgebung zur Bewaffnung der Proletarischen Hundertschaften aufrief. Es handelte sich im Grunde nur um einen platonischen Appell, denn die Regierung, der Heinrich Brandler als Chef der Staatskanzlei angehörte, unternahm nichts zur Bewaffnung der Arbeiterschaft.[...]

Darauf erklärte der Reichspräsident Friedrich Ebert (SPD) [...] die sächsische Arbeiterregierung für abgesetzt, und General Müller erhielt den Befehl, in Sachsen einzurücken. Noch am Abend desselben Tages (Sonnabend, den 20. Oktober) trat das Führergremium der KPD zusammen. Nach einem Referat von Heinrich Brandler wurde beschlossen, auf der für Sonntag, den 21. Oktober nach Chemnitz einberufenen Konferenz sächsischer Arbeiterorganisationen (die berühmte „Chemnitzer Konferenz“) die Losung des Generalstreiks herauszugeben. Angesichts der provokatorischen Aktion der Reichswehr rechnete man damit, daß die „Chemnitzer Konferenz“ mit großer Mehrheit, wenn nicht gar einstimmig, den Generalstreik proklamieren würde, der – ähnlich wie im Cuno-Streik – in ganz Deutschland eine gewaltige Massenbewegung auslösen müßte. Der Sieg der proletarischen Revolution schien in greifbare Nähe gerückt zu sein.

In den Nachmittagsstunden des 21. Oktober trat die Konferenz zusammen, an der rund 400 Delegierte sächsischer Arbeiterorganisationen teilnahmen. [...]

Auf der Tagesordnung der Konferenz, die längst vor der akuten Zuspitzung der Krise einberufen war, standen soziale Fragen: Notlage der Lebensmittelversorgung, Geldentwertung, Elend der Erwerbslosen. Als die kommunistischen Delegierten die Proklamierung des Generalstreiks forderten, erklärte der SPD-Minister Graupe, daß eine solche Beschlußfassung nicht zu den Aufgaben der Konferenz gehöre. Nach einer erregten Debatte wurde der Generalstreik mit großer Mehrheit abgelehnt. Damit war eine neue Situation geschaffen.

Von Vertretern der kommunistischen Linken ist post festum darauf hingewiesen worden, daß die Chemnitzer Konferenz in ihrer ganzen Zusammensetzung durchaus nicht die wahre Stimmung der Volksmassen widerspiegelte. Aber auch in Hamburg, wo es am 20. Oktober auf der Deutschen Werft zum Streik gekommen war, waren alle Apelle der Werftarbeiter an die Betriebe der Wasserkante, sich der Streikbewegung anzuschließen, erfolglos

geblieben, wenn man von ein paar tausend Bauarbeitern der Hansestadt absieht.

Sonntag, den 21. Oktober tagte gleichzeitig mit der Chemnitzer Konferenz eine „interparteiliche Werftarbeiterkonferenz der Wasserkante“, auf der Hugo Urbahns, der politische Sekretär des Bezirk „Wasserkante“ der KPD und auch Ernst Thälmann, der ihm untergeordnete Sekretär der Hamburger KP-Stadtleitung, eine Resolution zur Annahme brachten, in der an die Chemnitzer Konferenz der Appell gerichtet wurde, den Generalstreik in Deutschland zu proklamieren. Erst in den Mittagsstunden des 21. Oktober trat Hugo Urbahns mit einer Delegation der streikenden Werftarbeiter von Hamburg aus die Reise nach Chemnitz an. Als er dort eintraf, hatte die Chemnitzer Konferenz die Proklamierung des Generalstreiks bereits verworfen.

Ernst Thälmann aber war in Hamburg bei seinen Werftarbeitern geblieben. Er hat die Hansastadt weder am 21. Oktober, noch unmittelbar vorher oder nachher verlassen. Schon aus diesem simplen aber wohl einleuchtenden Grund konnte der in Hamburg bei seinen Hafearbeitern agitierende Teddy nicht in Chemnitz aus dem Beratungszimmer gestürzt sein und die „Kuriere, die auf dem Korridor mit den Aufstandsbefehlen in der Tasche herumstanden“ (wie sich doch der kleine Moritz die konspirative Arbeit einer revolutionären Partei am Vorabend des bewaffneten Aufstandes vorstellt! Schriftliche Aufstandsbefehle – oh-la-la!), angeschrien haben: „Haut ab! Geht in Ordnung!“

Warum sind also die Gewehre in Hamburg losgegangen? Unmittelbar nach dem Abschluß der Chemnitzer Konferenz, die wie das Hornberger Schießen ausgegangen war, trat die Zentrale der KPD zusammen, um das Fazit aus der neuen Situation zu ziehen. Sollte die Partei von sich aus den Generalstreik proklamieren und das Risiko eines Mißerfolges auf sich nehmen? Das wäre tragbar gewesen, wenn es bei Streikbewegungen hätte bleiben können. Aber für den MP-Apparat war folgende „Sprachregelung“ getroffen: GENERALSTREIK = GENERALAUFSTAND!

Die Proklamierung des Generalstreiks durch die Zentrale der KPD mußte zur Folge haben, daß in ganz Deutschland „die Gewehre losgingen“. Und sie wären anders losgegangen, als in Hamburg und der Wasserkante, wo MP-Oberleiter Albert Schreiner gemäß den famosen „Richtlinien“ nichts anderes getan hatte, als fleißig papierne Resolutionen über die Bildung von Proletarischen Hundertschaften zu sammeln. Wir kommen noch darauf zurück.

Nach endlosen Debatten, die sich bis tief in die Nacht hinzogen (21./22. Oktober) wurde schließlich folgender

„Kriegsplan“ ausgetüftelt: In irgendeiner Stadt wird ein „spontaner Aufstand“ angekurbelt. Löst er in größeren Teilen Deutschlands eine echte spontane Massenbewegung aus, die als Gradmesser der revolutionären Krise zu bewerten ist, dann könnte die KPD, ohne sich von den Massen zu isolieren, die Losung des Generalstreiks ausgeben und damit in ganz Deutschland den bewaffneten Aufstand mit dem Ziel der Machteroberung entfesseln. Sollte aber die lokale bewaffnete Aktion nicht der zündende Funke sein, der das Faß der aufgespeicherten Volksempörung zur Explosion bringt, dann konnte die Partei sich ohne wesentliche Einbuße aus der Affäre ziehen und hätte Zeit gewonnen, sich besser und gründlicher auf die revolutionäre Situation vorzubereiten.[...]

Nachdem der Plan im Prinzip festlag, mußte noch entschieden werden, welche örtliche MP-Organisation die Rolle des vorführenden Degens übernehmen sollte. Da fiel der Name Kiel. Der Kriegshafen an der Ostsee hatte im November 1918 das Signal zur Revolution gegeben. Warum nicht auch 1923?

Herrmann Remmele, führendes Mitglied der Zentrale und Verbindungsmann zum MP-Apparat, wurde nach Kiel geschickt, um der dortigen MP-Leitung den Befehl zu überbringen, am 23. Oktober den „spontanen Aufstand“ zu starten.

Mitten in der Nacht (21./22. 10.) wurde Brandler durch ein Ferngespräch aus Prag (oder war es Karlsbad?) geweckt. Der Anrufende war Karl Radek, soeben aus Moskau mit neuen Instruktionen eingetroffen. Brandler informierte ihn über die Ablehnung der Proklamierung des Generalstreiks durch die „Chemnitzer Konferenz“. Radek: „Nichts unternehmen! Meine Ankunft abwarten!“

Ein Kurier wurde nach Kiel geschickt, um Remmele zu informieren. Außerdem setzte sich Brandler am frühen Morgen mit der Kieler Stadtleitung der KPD in Verbindung. Aber von Remmele keine Spur. So nahm man schließlich an, daß Remmele auf der Fahrt nach Kiel trotz seiner Immunität als Reichstagsabgeordneter verhaftet oder gar von Rechtsextremisten verschleppt worden sei.

Da schlug am nächsten Morgen (23.10.) die Meldung von Straßenkämpfen in Hamburg bei den Mitgliedern der Zentrale wie eine Bombe ein. Zunächst glaubte man, daß es im Zusammenhang mit dem Werftarbeiterstreik zu bewaffneten Zusammenstößen größeren Ausmaßes mit der Polizei gekommen sei, daß es sich also um einen spontanen Ausbruch von Kampfaktionen handele, wie sie bereits in kleinerem Umfang beim Einsatz der Polizei gegen die Streikenden hier und da aufgeflackert waren. Dann aber

tauchte Remmele in Chemnitz auf und berichtete über seine Mission. Er kam aus Hamburg ...

Remmele hatte entgegen seiner ursprünglichen Absicht, erst mit dem Frühzug Chemnitz zu verlassen, bereits unmittelbar nach der Zentralsitzung einen Nachtzug nach Berlin erwischt, wo er seit einiger Zeit seinen ständigen Wohnsitz hatte.

Am nächsten Morgen (22.10.), gut ausgeschlafen und mit klarem Kopf, entschloß er sich, nach Hamburg zu fahren, da sich dort die MP-Oberleitung Nord-West befand, von der die Kieler Stadtleitung des MP-Apparates laut hierarchischem Prinzip den Befehl und die näheren Instruktionen zum Losschlagen erhalten mußte.

In der MP-Oberleitung schüttelte man über den Beschluß der Zentrale den Kopf. Das Kiel von 1923 war nicht mehr das Kiel von 1918, in dem es zehntausende kriegsmüde und rebellische Matrosen gegeben hatte, die sich nicht 5 Minuten vor Beendigung des verlorenen Krieges in einer völlig sinnlosen Seeschlacht gegen eine vielfache Übermacht ad majorem gloriam der kaiserlichen Admiralität opfern wollten. Jetzt hatte die KPD in Kiel nur eine ziemlich schwache Ortsgruppe, der MP-Apparat befand sich im embryonalen Zustand.

Was tun? Die Zeit drängt! Neue Instruktionen konnten nicht mehr eingeholt werden. In den nächsten 24 Stunden mußten die Gewehre in Kiel oder sonstwo losgehen.

„Oder sonstwo? Warum denn nicht in Hamburg?!“ – Den Vorschlag machte Stern, der sowjetische Militärberater Schreiners. Stern, ehemaliger Fähnrich der k.u.k. Armee, war als österreichischer Kriegsgefangener in Rußland nach der Oktoberrevolution in die Rote Armee eingetreten, hatte an vielen Bürgerkriegsfronten gekämpft und stand jetzt im Rang eines Brigadegenerals. Im spanischen Bürgerkrieg ist er als „General Kleber“ berühmt geworden.

Gegen den Vorschlag Sterns ließ sich logischerweise kaum etwas einwenden. Kiel war ja nur eine Verlegenheitslösung gewesen, entscheidend war nicht, wo, sondern daß „mit dem Degen vorgefühlt wurde.“ Schreiner willigte zögernd ein, und Remmele gab im Namen des ZK grünes Licht für den „spontanen Aufstand“ in Hamburg. Damit war seine Mission beendet. Als er in den frühen Morgenstunden den Zug nach Chemnitz bestieg, hatte die Knallerei bereits begonnen.

Der infolge einer Kette von Irrungen und Wirrungen entfachte Aufstand in Hamburg konnte nicht mehr ungeschehen gemacht werden. Brandler und Radek waren der Ansicht, daß man die nächsten 24 Stunden abwarten

müsse, um das Ergebnis der „Degenprobe“ übersehen zu können. [...] Für den Fall, daß die Hamburger Aktion in den übrigen Gebieten Deutschlands Massenstreiks und andere Sympathiekundgebungen größeren Ausmaßes auslösen sollten, falls es sich also herausstellte, daß außer den objektiven Gegebenheiten einer gesamtnationalen Krise auch die subjektiven Voraussetzungen für den Kampf um die Macht herangereift waren, würde die Zentrale von sich aus den Generalstreik proklamieren und damit dem MP-Apparat das Signal zum Generalaufstand geben.

Aber nichts rührte sich im Reich. Selbst in Hamburg war es nicht gelungen, die bereits bestehende Streikbewegung der Werft- und Bauarbeiter auf andere Betriebe auszudehnen, obwohl Thälmann sich verzweifelnde Mühe gab.

Auf Drängen Thälmanns wurde die Entscheidung über den Abbruch des Kampfes um einen Tag herausgeschoben. Aber als auch am 25. Oktober alles ruhig blieb, wurde der Beschluß einstimmig gefaßt. Nun mußte der Kontakt mit den Kämpfenden hergestellt werden, das Aufstandsgebiet war von einem dichten Polizeikordon abgeriegelt. Thälmann weigerte sich, den Auftrag zu übernehmen: „Das geht doch nicht! Ich habe ihnen gesagt, ihr sollt kämpfen, und jetzt: Rin in die Kartoffeln! Raus aus die Kartoffeln! Nein, da mach ich nicht mit.“

Diese undankbare und gefährliche Mission übernahm dann Hugo Urbahns. In den Morgenstunden des 26. Oktober räumten die letzten Aufständischen die Barrikaden.

Aufgrund meiner Tätigkeit als Mitglied der unter Leitung von General Unschlicht in Moskau gebildeten Untersuchungskommission über den Hamburger Aufstand möchte ich zusammenfassend feststellen:

1. Der Aufstand war von der MP-Leitung schlecht, um nicht zu sagen überhaupt nicht ernsthaft vorbereitet worden. Schreiner hatte sich mit bürokratischer Sturheit an die „Richtlinien“ des MP-Reichsleiters „Helmut“ Rose gehalten. Auf seinem Schreibtisch häuften sich die Resolutionen über die Bildung der Proletarischen Hundertschaften. Darin hatte sich die Tätigkeit der MP-Oberleitung Nord-West erschöpft. So kam es, daß „am Vorabend des Aufstandes nicht mehr als 19 (neunzehn!) Gewehre und 27 (siebenundzwanzig!) Pistolen vorhanden waren, von denen die Hälfte wegen unsachmäßiger Lagerung usw. unbrauchbar waren.“ (Feststellung der Unschlicht-Kommission, auszugsweise in Nr. 2/1926 der militär-politischen Monatsschrift der KPD, „Oktober“, veröffentlicht.)
2. Die Hundertschaften als solche, d. h. als Einheiten mit den von ihnen gewählten Hundertschafts- usw. -Führern

(sic), waren bei dem Aufstand überhaupt nicht in Erscheinung getreten. Einzelne Angehörige der Hundertschaften, darunter solche, die früher unter Leitung des kommunistischen Studenten Hans Kippenberger eine besondere Stoßgruppe gebildet hatten, die von der MP-Leitung wegen „Disziplinlosigkeit“ aufgelöst worden war, haben den Kampf geführt. Kippenberger, gegen den ein Parteiverfahren wegen „Gehorsamsverweigerung“ schwebte, wurde von seinen alten Kameraden aus dem Bett geholt, er war es, der den schlagartigen Überfall auf eine Reihe Polizeireviere in den Morgenstunden des 23. Oktober organisierte, wodurch einige hundert Gewehre mit der dazu gehörenden Munition in die Hände der Aufständischen fielen. Der Kampf der annähernd 300 Kommunisten wurde von Kippenberger, Kriegsleutnant 1914/18, mit großem Geschick geführt, seiner Umsicht ist es zu verdanken, daß auch der Rückzug fast verlustlos vonstatten ging und auch der größte Teil der Waffen und Munition geborgen werden konnte.

3. Der Aufstand in Hamburg, dem durch die Art seiner Auslösung und die Isolierung von den Massen alle charakteristischen Merkmale eines Putsches anhaften, hat bewiesen, daß Oktober 1923 keine revolutionäre Situation in Deutschland bestand, oder vielleicht keine mehr. Der Höhepunkt der Krise war mit dem Cuno-Streik erreicht und überschritten. Ob eine andere, eine aktivere Politik, als sie nach der Ruhrbesetzung von der kommunistischen Partei eingeschlagen wurde, zu anderen Ergebnissen hätte führen können, liegt auf einem anderen Blatt. Zweifellos hat Brandler die kommunistische Partei und mit ihr die gesamte deutsche Arbeiterschaft vor der Katastrophe einer vernichtenden und blutigen Niederlage bewahrt, als er sich nach dem Ausgang der Chemnitzer Konferenz geweigert hat, durch Proklamierung des Generalstreiks den Befehl zum bewaffneten Aufstand in ganz Deutschland zu geben.

Diese letztere These (Punkt 3) gehört nicht zu den Feststellungen der Unschlicht-Kommission, die sich nur mit der militärischen Seite des „mißglückten deutschen Oktober“ zu befassen hatte. Es handelt sich um eine Erkenntnis, die ich gewonnen habe, wobei ich hinzufügen möchte, daß mir diese selbstkritische Erkenntnis erst viel später gekommen ist ...

Und Thälmanns „wirkliche“ Rolle beim Hamburger Aufstand? Ich erwähnte schon, daß er am 21. Oktober nicht in Chemnitz war, daß es folglich eine Legende ist, wenn behauptet wird, der Aufstand sei ausgebrochen, weil

Teddy den Kurieren zugerufen habe: „Geht in Ordnung! Haut ab!“

Thälmann hatte als Sekretär der legalen politischen Parteiorganisation nichts mit der Tätigkeit des illegalen MP-Apparates zu tun. So trifft ihn keine Verantwortung für die sich über zwei Monate hinziehende Untätigkeit der MP-Oberleitung, die über fast unerschöpfliche Dollarbeträge zur Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes verfügte.[...]

Thälmann hat sich nie mit den fremden Federn eines Barrikadenkämpfers schmücken wollen. Er hat immer und überall betont, daß Hans (Kippenberger) und nur Hans der Organisator und Führer des Hamburger Aufstandes war.

Teddy schämte sich rot, wenn man ihn als Barrikadenkämpfer feierte. Einem kommunistischen Schriftsteller, der 1932 geschrieben hatte, daß Held Thälmann aufrecht im feindlichen Kugelregen an der Spitze seiner Mannen gegen Polizeistellungen anstürmte, hat Teddy plattdeutsch brüllend das Buch (buchstäblich) an den Kopf gefeuert.

1926, in Moskau, hatte ich Teddy gebeten, auf einer Versammlung meiner Rotarmisten zu sprechen. Er willigte ein: „Aber das sage ich Dir, wenn Du mich als Barrikadenheld feierst, dann hau' ich ab!“ – „Geht in Ordnung!“

Erich Wollenberg (1892-1973) schrieb diesen Text 1964. Er wurde aber erst 1973 in der Zeitschrift Schwarze Protokolle veröffentlicht.



GLOBALER POST-FASCHISMUS UND DER KRIEG IN DER UKRAINE

Den Aufschlag zu einer von После (Posle) angekündigten Serie „Faschismus der besonderen (wörtl.: außerordentlichen) Art“ macht das in diesem Beitrag dokumentierte Gespräch zwischen **Ilja Budraitskis*** und **Enzo Traverso****.

Ilja Budraitskis: Vor einigen Jahren haben Sie das Buch *The New Faces of Fascism* (Verso, 2019; auch auf Deutsch erschienen: *Die neuen Gesichter des Faschismus*, ISP-Verlag) geschrieben, in dem Sie den Postfaschismus als eine neue Bedrohung definierten, der dem klassischen Faschismus des zwanzigsten Jahrhunderts ähnelt und sich zugleich von ihm unterscheidet. Postfaschismus, wie Sie ihn beschreiben, erwächst aus dem grundlegend neuen Boden des neoliberalen Kapitalismus, in dem Arbeiterbewegungen und Formen der sozialen Solidarität angegriffen wurden. Sie betonen, dass der Postfaschismus aus der Post-Politik hervorgegangen ist, als Reaktion auf technokratische Regierungen, die die demokratische Legitimität ignorieren. Gleichzeitig beschränkt sich Ihre Analyse hauptsächlich auf die Europäische Union und die Vereinigten Staaten, wo der Faschismus aus der liberalen Demokratie hervorgegangen ist. Lässt sich dieser Ansatz auf die Transformation autoritärer Regime wie das in Russland ausweiten, insbesondere nach dem Beginn der Invasion in der Ukraine? In Russland präsentierte sich das Regime im ersten Jahrzehnt seines Bestehens Anfang der 2000er Jahre ebenfalls als technokratische post-politische Regierung. Es basierte auf einer Entpolitisierung der Massen und einem Mangel an politischer Beteiligung in der russischen Gesellschaft.

Enzo Traverso: Nun, es ist wichtig zu betonen, dass „Postfaschismus“ eine unkonventionelle analytische Kategorie ist. Es handelt sich nicht um ein kanonisches Konzept wie Liberalismus, Kommunismus oder Faschismus. Es handelt sich vielmehr um ein Übergangsphänomen, das sich noch nicht herauskristallisiert hat und dessen Wesen noch nicht klar definiert ist. Es kann sich in verschiedene Richtungen entwickeln. Der Ausgangspunkt dieser Definition ist jedoch, dass der Faschismus transhistorisch ist und über die historisch bedingte Erfahrung der 1930er Jahre hinausgeht. Faschismus ist eine Kategorie, mit der sich politische Erfahrungen, Machtssysteme und Regime, die nach der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen entstanden sind, definieren lässt. Es ist üblich, über den lateinamerikanischen Faschismus während der Militärdiktaturen der 1960er und 1970er Jahre zu sprechen.

Wenn wir also von Demokratie sprechen, sollten wir beachten, dass Deutschland, Italien, die Vereinigten Staaten und Argentinien zwar das Etikett der liberalen Demokratie tragen, dies aber nicht bedeutet, dass ihre institutionellen Systeme gleich sind. Es bedeutet auch nicht, dass sie mit der Demokratie des Perikles im antiken Athen übereinstimmen. Faschismus ist also ein Gattungsbegriff, der eine transhistorische Dimension hat. Sie haben Recht, wenn Sie sagen, dass sich mein Buch über den

Postfaschismus vor allem auf die Europäische Union, die Vereinigten Staaten und einige lateinamerikanische Länder konzentriert. Als ich es schrieb, war Bolsonaro in Brasilien noch nicht an die Macht gekommen. Ich habe jedoch auch geschrieben, dass der Postfaschismus als eine globale Kategorie betrachtet werden könnte, zu der auch autoritäre politische Regime wie Putins Russland oder Bolsonaros Brasilien gehören. Ich bin mir nicht sicher, ob diese Kategorie verwendet werden kann, um Xi Jinpings China zu definieren, einfach weil dieses Regime durch die kommunistische Revolution von 1949 geschaffen wurde (ich glaube auch nicht, dass wir Stalins Russland als „faschistisch“ bezeichnen können). Vielleicht kann diese Kategorie verwendet werden, um einige Tendenzen zu beschreiben, die Modis Indiens oder Erdogans Türkei prägen und berechtigte Sorgen hervorrufen. Ich schlage jedoch nicht vor, meine Analyse Westeuropas auf andere Kontinente und politische Systeme auszudehnen oder zu übertragen; ich würde vielmehr sagen, dass der westeuropäische Postfaschismus innerhalb einer globalen postfaschistischen Tendenz verortet werden kann, die Regime mit völlig unterschiedlichen historischen Verläufen und Vergangenheiten einschließt. Andernfalls wäre es eine sehr problematische Art und Weise, zum x-ten Mal ein eurozentrisches Paradigma des Faschismus zu schaffen, was nicht mein Ansatz ist.

Das Problem der Definition des Postfaschismus bleibt jedoch auch nach diesen Überlegungen bestehen. Der globale Postfaschismus ist eine heterogene Konstellation, in der wir gemeinsame Merkmale und Tendenzen finden können. Es handelt sich um Nationalismus, Autoritarismus und eine spezifische Idee der „nationalen Regeneration“. Innerhalb dieser Konstellation können diese Tendenzen in unterschiedlicher Kombination und in unterschiedlichem Ausmaß auftreten. So ist beispielsweise Putins Russland viel autoritärer als Melonis Italien. In Italien haben wir eine Regierungschefin, die sich stolz auf die faschistische Vergangenheit (ihre eigene und die ihres Landes) beruft, aber Italiens Andersdenkende werden nicht zensiert, verfolgt oder ins Gefängnis gesteckt wie in Russland. Es gibt keine Italiener, die im Exil leben, weil ihr Leben in Italien bedroht ist. Dies ist ein bedeutender qualitativer Unterschied. Ein weiterer wichtiger Unterschied ist das Verhältnis zur Gewalt. Wir sprechen über Russland, ein Land, das in einen Krieg verwickelt ist. Die Gewalt, die von dieser Variante des postfaschistischen Regimes ausgeht, ist nicht vergleichbar.

Es gibt eine Menge relevanter Unterschiede, die all diese Formen des Postfaschismus vom klassischen Faschismus unterscheiden. Ihre Ideologien und die Art und Weise,

wie sie die Massen mobilisieren, sind nicht dieselben ... Die utopische Dimension zum Beispiel, die den klassischen Faschismus kennzeichnet, ist im heutigen Faschismus, der sehr konservativ ist, völlig abwesend. Wir könnten noch weitere Spaltungen nennen.

Ilja Budraitskis: Ich würde gerne auf diese Merkmale des Postfaschismus eingehen. Wenn ich Sie nach der Lektüre des Buches und einiger Ihrer Interviews richtig verstehe, betonen Sie, dass der Postfaschismus aus der Krise der Demokratie entstand. Demokratie nicht als normativer Begriff, sondern als Wahlpolitik, um genau zu sein. Der Unterschied zwischen dem klassischen Faschismus und dem Postfaschismus ist, dass letzterer die Demokratie nicht in Frage stellt. Der klassische Faschismus hatte die Aufgabe, die Demokratie zu stürzen. Der Postfaschismus versucht immer noch, sich der Wahlmechanismen zu bedienen. Die Umwandlung in eine offen faschistische Diktatur soll durch legale Institutionen erfolgen. Mich interessiert vor allem dieses Moment des Übergangs. Sie schreiben in Ihrem Buch auch, dass der Postfaschismus als eine Phase neuer Qualität politischer Regime mit autoritären oder diktatorischen Zügen verstanden werden kann. Wie unterscheidet sich dieser Übergang Ihrer Meinung nach in den verschiedenen Regionen? Ich glaube, dass sich in Russland faschistische Tendenzen von oben herab entwickelt haben. Vor zwanzig Jahren wurden bereits Elemente des autoritären Regimes installiert und seither hat sich Russland in eine Art faschistische Diktatur verwandelt.

Enzo Traverso: Ein einfacher historischer Überblick zeigt, dass viele autoritäre Regime mit faschistischen Zügen ohne Massenbewegungen entstanden sind, sondern durch einen Militärputsch eingeführt wurden, zum Beispiel das Franco-Regime in Spanien oder lateinamerikanische Regime in den 1960er und 1970er Jahren. Im Gegensatz zu den kanonischen Beispielen des faschistischen Italiens und Nazideutschlands wurden sie nicht von einer Massenbewegung unterstützt. Sowohl Mussolini als auch Hitler wurden vom König (in der italienischen Monarchie) bzw. vom Präsidenten (in der Weimarer Republik) im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Befugnisse an die Macht gebracht. Ich glaube nicht, dass wir ein zwingendes oder normatives faschistisches Paradigma schaffen können. Es handelt sich um eine große Kategorie, die verschiedene Ideologien und Formen der Macht umfasst.

Ein enormer Unterschied zwischen dem Postfaschismus und dem klassischen Faschismus ist der riesige

Wandel, der im öffentlichen Raum stattgefunden hat. Zur Zeit des klassischen Faschismus hatten die charismatischen Führer einen fast physischen Kontakt mit ihrer Anhängerschaft. Faschistische Kundgebungen waren liturgische Momente, in denen diese emotionale Gemeinschaft zwischen dem Führer und seinen Anhängern gefeiert wurde. Heute ist diese Verbindung durch die Medien ersetzt worden, die eine völlig andere Art von charismatischer Führung hervorbringen, die gleichzeitig ausgedehnter und durchdringender, aber auch zerbrechlicher ist. Nichtsdestotrotz können wir die grundlegende Frage nicht umgehen: Was bedeutet Faschismus im einundzwanzigsten Jahrhundert? Alle Beobachter stehen ständig vor dieser Frage: Ist Trump/Putin/Bolsonaro/Le Pen/Meloni/Orban faschistisch? Allein die Tatsache, dass diese Frage gestellt wird, bedeutet für uns, dass es unmöglich ist, all diese Führer oder Regime zu analysieren, ohne sie mit dem klassischen Faschismus zu vergleichen. Einerseits sind sie nicht von vornherein faschistisch, andererseits können sie nicht definiert werden, ohne mit dem Faschismus verglichen zu werden. Sie sind irgendetwas zwischen Faschismus und Demokratie und pendeln je nach den wechselnden Umständen zwischen diesen beiden Polen hin und her.

Es gibt auch eine widersprüchliche Dynamik. Der russische Nationalismus durchläuft einen Prozess der Radikalisierung, der diese postfaschistischen Tendenzen verstärkt. In Westeuropa ist der italienische Fall emblematisch für die entgegengesetzte Tendenz. Bis vor kurzem war Georgia Meloni die einzige politische Führungspersonlichkeit, die sich im italienischen Parlament schamlos zu ihrer faschistischen Identität bekannte. Darin unterschied sie sich von anderen Rechtsextremen in Europa, wie z. B. Marine Le Pen, die die ideologischen und politischen Modelle ihres Vaters ausdrücklich aufgegeben hatte, indem sie den Namen ihrer Bewegung änderte („Rassemblement National“ anstelle von „Front National“). Marine Le Pen bekannte sich zur Demokratie und bekräftigte ihre Unterstützung für die Institutionen der französischen Republik, während Meloni die Errungenschaften von Mussolinis Italien feierte. Letztere gewann die Wahl – dank eines günstigen Wahlsystems und der Spaltung der linken Mitte – nicht wegen ihrer ideologischen Bezüge, sondern weil sie als einzige und kohärenteste Gegenspielerin von Mario Draghi auftrat, dem Chef einer von der Europäischen Union unterstützten Regierungskoalition.

Seit ihrem Amtsantritt hat Meloni jedoch die gleiche Politik wie ihr Vorgänger fortgesetzt und kritisiert die EU-Institutionen nicht mehr. Als Regierungschefin feierte

sie den Jahrestag der Befreiung, den Jahrestag des Sieges der Demokratie über den Faschismus, der am 25. April 1945 stattfand. Meloni erinnert mich an jene paradoxen Figuren, die in den 1920er Jahren in Deutschland als *Vernunftrepublikaner bezeichnet wurden*. Nach dem Zusammenbruch von Wilhelms Kaiserreich Ende 1918 hatten sie zwar die demokratischen Institutionen der Weimarer Republik aus Vernunft akzeptiert, aber ihr Herz schlug immer noch für das Kaiserreich. Die italienischen Postfaschisten sind ein ähnlicher Fall, ein Jahrhundert später. Sie wollen weder eine Diktatur errichten noch das Parlament auflösen, aber emotional und kulturell bleiben sie faschistisch. Ihr Faschismus erfordert viele Anpassungen an einen veränderten historischen Kontext.

Und dann ist da noch der Fall von Trump. Im Jahr 2016 war er eine beunruhigende und rätselhafte politische Neuerung. Während seiner Präsidentschaft und insbesondere am 6. Januar 2021 erlebten wir eine bedeutende politische Wende, die eine eindeutig faschistische Dynamik erkennen ließ. Heute bin ich mir nicht mehr sicher, ob die Republikanische Partei, die eine der Säulen des US-Establishments war, noch als ein Bestandteil der amerikanischen Demokratie bezeichnet werden kann. Sie ist eine politische Partei, in der sehr starke postfaschistische oder sogar neofaschistische Tendenzen hegemonial geworden sind, eine politische Partei, die den Rechtsstaat und das elementarste Prinzip der Demokratie in Frage stellt: den Wechsel der Macht durch Wahlen.

Ilja Budraitskis: Ich stelle die Hypothese auf, dass in Ländern mit Einschränkungen der politischen Macht durch oppositionelle politische Bewegungen oder verschiedene staatliche Institutionen, die Macht des Präsidenten oder des Premierministers so reduziert ist, dass der Übergang zu einem autoritären Staat komplizierter ist. In Russland hingegen haben alle politischen Institutionen ihre Unabhängigkeit verloren (kein Parlament, kein Gericht, keine ernsthafte politische Opposition), und es gibt keine Beschränkungen für die Handlungen des Präsidenten, des einzigen Souveräns. In Ländern wie den USA ist der Präsident in seiner unabhängigen Entscheidungsfindung und Politikgestaltung durch zahlreiche Hindernisse eingeschränkt, und die Entscheidungen des Präsidenten sind nicht uneingeschränkt maßgebend.

Enzo Traverso: Ich stimme mit Ihnen überein. Ich bin weit davon entfernt, die liberale Demokratie und die Marktgesellschaft zu idealisieren, aber es gibt zweifellos ei-

nen Unterschied zwischen den Vereinigten Staaten, wo die Demokratie seit zweieinhalb Jahrhunderten existiert und Russland, wo sie fast nie existiert hat. Wir müssen nicht de Tocqueville bemühen, um dies zu erklären. In Russland ist die Demokratie das Erbe einiger Jahre Glasnost und Perestroika am Ende der UdSSR sowie ein Nebenprodukt des Widerstands der Zivilgesellschaft gegen eine oligarchische Macht, die vor drei Jahrzehnten den Übergang zum Kapitalismus vollzogen hat.

Es bleibt jedoch eine Kluft zwischen der neuen radikalen Rechten und dem klassischen Faschismus, die ebenfalls berücksichtigt werden sollte: das Verhältnis des Postfaschismus zum Neoliberalismus, wie Sie zu Beginn unseres Gesprächs sagten. Mein Buch legt nahe, dass einer der Schlüssel zum Verständnis der postfaschistischen Welle in Westeuropa in ihrer Opposition zum Neoliberalismus liegt. Wie der Fall Meloni zeigt, handelt es sich dabei natürlich um eine sehr widersprüchliche Opposition. Sie gewinnen Wahlen, weil sie gegen den Neoliberalismus sind, aber wenn sie an die Macht kommen, wenden sie neoliberale Politik an. Italien ist ein gutes Beispiel dafür. Der Neoliberalismus wird in Westeuropa durch die Europäische Union, die Europäische Kommission, die Europäische Zentralbank usw. verkörpert. Diese Institutionen sind vertrauenswürdige Gesprächspartner der Finanzeliten, die auch mit Marine Le Pen, Giorgia Meloni oder Victor Orban einen Kompromiss finden können, ohne ihnen völlig zu vertrauen. Emmanuel Macron, Mario Draghi und Mark Rutte sind viel zuverlässigere und vertrauenswürdiger Führungspersönlichkeiten.

In den USA lag ein Schlüssel zum Verständnis der Wahl von Trump im Jahr 2016 in seiner Opposition zum Establishment. Hilary Clinton verkörperte das Establishment viel mehr als Trump, trotz der offensichtlichen Tatsache, dass ein mächtiger Teil des amerikanischen Kapitalismus die Republikanische Partei unterstützt. Nichtsdestotrotz gibt es eine offensichtliche Spannung zwischen Trump – manchmal auch eine Opposition – und den wichtigsten Elementen des Neoliberalismus. Man denke nur an das sehr schlechte Verhältnis zwischen Trump und den multinationalen Unternehmen in Kalifornien, den neuen Technologien und so weiter. Es gibt auch eine fast „ontologische“ oder konstitutive Diskrepanz zwischen dem Neoliberalismus, der über den globalen Markt funktioniert, und dem Postfaschismus, der zutiefst nationalistisch ist. Postfaschisten fordern staatliche Interventionen und protektionistische Tendenzen, die der Logik des Finanzkapitalismus widersprechen.

Ilja Budraitskis: Meine nächste Frage bezieht sich auf das, was Sie gerade über die neoliberale Transformation des heutigen Kapitalismus gesagt haben. Sie erwähnen in Ihrem Buch, dass einer der Unterschiede zwischen dem Postfaschismus und dem klassischen Faschismus das Fehlen eines Zukunftsprojekts ist. Während der klassische Faschismus ein modernistisches Projekt mit einer Vision einer anderen Gesellschaft war (im Gegensatz zu jeder emanzipatorischen sozialistischen Perspektive), hat der Postfaschismus kein konsistentes Projekt, sondern nur einen Blick ohne Horizont. Es gibt die Vorstellung, dass wir in eine schöne Vergangenheit zurückkehren müssen, ohne eine Vision für die Zukunft zu haben. Das erinnert mich an eines der Hauptmerkmale des Neoliberalismus. Es gibt keine Zukunft, keine Alternative. Der kapitalistische Realismus ist vorherrschend, wie Mark Fisher einmal feststellte. Ein weiteres Merkmal ist die zeitliche Erfahrung der postfaschistischen Führer. Leute wie Putin und Trump sind ältere Menschen. Der klassische Faschismus war vor allem eine Bewegung der Jugend. Glauben Sie, dass dieses Fehlen einer Zukunft und dieses rückblickende, nostalgische Element des Postfaschismus irgendwie mit dem neoliberalen Fehlen einer Zukunftsperspektive zusammenhängt?

Enzo Traverso: Sie weisen auf einige wichtige Punkte hin. Der klassische Faschismus besaß eine starke utopische Dimension. Er wollte eine Alternative sowohl zum Liberalismus als auch zum Kommunismus sein, er strebte jedoch sogar danach, eine neue Zivilisation zu sein, etwas, das mit einer anderen Auffassung der Existenz selbst zusammenhängt. Sie entwarfen sehr ehrgeizige Gesellschaftsentwürfe: den Mythos vom neuen Menschen, den Mythos vom „Tausendjährigen Reich“ und so weiter. Diese utopische Dimension war in der Tiefe der europäischen und internationalen Krise des Kapitalismus verwurzelt. Heute gibt es sie nicht mehr, weil der Kapitalismus in seiner neoliberalen Form als unüberwindbarer und unzerstörbarer Rahmen erscheint. Zwischen den beiden Weltkriegen gab es eine Alternative zum Kapitalismus, die durch die Russische Revolution geschaffen wurde, und der Kommunismus als utopisches Projekt konnte Millionen von Menschen mobilisieren. Das ist ein gewaltiger Unterschied. Die heutigen postfaschistischen Strömungen sind extrem konservativ. Sie wollen die traditionellen Werte retten. Sie wollen zur traditionellen Idee einer Nation zurückkehren, die als kulturelle, religiöse und ethnisch homogene Gemeinschaft verstanden wird. Sie wollen die christlichen Werte wieder-

herstellen, auf denen die Geschichte Europas aufgebaut wurde. Sie wollen die nationalen Gemeinschaften gegen die Invasion des Islams, die Einwanderung usw. verteidigen. Sie wollen die nationale Souveränität gegen den Globalismus schützen. Dies erinnert nicht an faschistische Utopien oder an Nazideutschland, sondern vielmehr an den deutschen *Kulturpessimismus* des ausgehenden neunzehnten Jahrhunderts.

Der Postfaschismus ist reaktionär und als solcher ist er eine Reaktion auf den Neoliberalismus, der nicht zu nationalen Grenzen und Souveränitäten zurückkehren will. Die neoliberale historische Zeitlichkeit ist „präsentistisch“, nicht reaktionär. Sie postuliert eine ewige Gegenwart, die sowohl die Vergangenheit als auch die Zukunft absorbiert: Unser Leben und unsere Gesellschaft müssen den Regeln der kapitalistischen Entwicklung entsprechen, gemäß einer Zeitlichkeit, die mit der Börse synchronisiert ist. Der allgemeine Rahmen des Kapitalismus ist unabänderlich. Der Kapitalismus ist hier „naturalisiert“, und dies ist wahrscheinlich die größte Errungenschaft des Neoliberalismus. Der Postfaschismus ist eine illusorische Alternative zum Neoliberalismus, so wie der Faschismus sich oft als „antikapitalistisch“ dargestellt hat; der Unterschied ist jedoch, dass die herrschenden Klassen heute nicht diese falsche Alternative wählen. Ihre Institutionen sind nicht so tief verunsichert, dass sie eine solche Alternative akzeptieren würden.

Das Gleiche gilt für seinen Expansionismus. Der italienische Faschismus wollte neue Kolonien erobern; Nazideutschland wollte ganz Kontinentaleuropa erobern. Der heutige Postfaschismus ist sehr fremdenfeindlich und rassistisch, aber seine Fremdenfeindlichkeit und sein Rassismus sind defensiv. Sie sagen: Wir müssen uns gegen die Bedrohung durch die „Invasion“ nicht-weißer und nicht-europäischer Einwanderer schützen. Wir werden Äthiopien nicht erobern, wir werden uns vor der äthiopischen Einwanderung schützen. Der Vergleich zwischen Putins Aggression in der Ukraine und den faschistischen oder nationalsozialistischen Eroberungen in Europa hinkt, weil Putins Expansionismus das Russische Reich in Mitteleuropa wiederherstellen will, indem er ein Land reintegriert, das der russische Nationalismus immer als seinen eigenen Lebensraum betrachtet hat, der kulturell zur russischen Geschichte gehört. Aber der Ukraine-Krieg, wenn wir einen kontrafaktischen Vergleich anstellen können, ist so, als ob der deutsche Einmarsch in Polen im September 1939 in zwei Wochen gestoppt worden wäre und die Wehrmacht die Besetzung Warschaws hätte aufgeben müssen. .

Ilja Budraitskis: Ich stimme zu, dass Hitler viel erfolgreicher war als Putin.

Enzo Traverso: Der Charakter der Expansion ist nicht derselbe. Die nationalsozialistische Aggression gegen Polen war imperialistisch und expansionistisch; die russische Aggression gegen die Ukraine ist revanchistisch und „defensiv“, insbesondere in Anbetracht des Ziels Kiews, der NATO beizutreten. Es gibt auch einige relevante demografische Unterschiede. In den 1930er Jahren hatte Nazi-Deutschland, ähnlich wie Russland heute, erhebliche Gebiets- und Bevölkerungsverluste erlitten, aber seine Bevölkerung wuchs dramatisch. In Italien wuchs die Bevölkerung trotz einer strukturellen Abwanderung, die die Wirtschaft des Landes schwächte. Wenn Putin heute eine illusorische nationalistische Antwort auf den Zusammenbruch von 1990 verkörpert, dann auch deshalb, weil sein defensiver Expansionismus nicht durch eine starke demographische Dynamik gestützt wird. Russland befindet sich im Niedergang und kämpft darum, seinen Status als Supermacht zu erhalten. Natürlich hat es einige Vorteile: Atomwaffen und so weiter. Aber wirtschaftlich und demographisch gesehen ist sein radikalierter Nationalismus defensiv.

Lassen Sie mich aber noch eine letzte Überlegung zum Neoliberalismus anstellen. Der Neoliberalismus ist nicht nur ein Bündel von wirtschaftspolitischen Maßnahmen: freier Markt, Deregulierung, globale Wirtschaft. Er ist auch ein anthropologisches Modell, eine Lebensweise. Es handelt sich um eine Philosophie und einen Lebensstil, der auf Wettbewerb, Individualismus und einer bestimmten Auffassung von menschlichen Beziehungen beruht. Im einundzwanzigsten Jahrhundert wurde dieses anthropologische Paradigma auf globaler Ebene durchgesetzt. Das bedeutet, dass alle postfaschistischen Bewegungen in diesem anthropologischen Hintergrund verwurzelt sind. Dies erklärt, warum es im Vergleich zum klassischen Faschismus so viele bedeutende Veränderungen gibt. Erstens haben wir starke postfaschistische Bewegungen, die von Frauen geführt werden. Das wäre in den 1930er Jahren unvorstellbar gewesen. Zweitens müssen die Bewegungen bestimmte Formen von Individualismus, individuellen Rechten und Freiheiten akzeptieren. Ihre Islamophobie beispielsweise wird manchmal als Verteidigung westlicher Werte gegen islamischen Obskurantismus formuliert. Auf diese Weise wendet sich der Postfaschismus zwar gegen den Neoliberalismus, ist aber gleichzeitig in dessen sozialer Struktur verwurzelt.

Ilja Budraitskis: Sie haben erwähnt, dass eines der wichtigsten Gefühle des Postfaschismus die Verteidigungslinie ist.

Tatsächlich wurde der gesamte von Russland angezettelte Krieg von der offiziellen Propaganda als Verteidigung nicht nur gegen die NATO, sondern auch gegen falsche Werte dargestellt, insbesondere gegen die Unterwanderung der LGBT- und Gender-Politik. In diesem Sinne kann man sagen, dass in dieser Art von Regime die Grenzen zwischen internationaler Politik und Innenpolitik verschwimmen. Wir können aber auch feststellen, dass die neoliberale Denkweise, von der Sie gerade gesprochen haben, alle Erklärungen der internationalen Situation dominiert. Natürlich beschäftigt sich Putin in seiner politischen Vorstellung sehr stark mit der Rolle Russlands in der globalen Arena. Dennoch erklären Putin und andere russische Beamte, dass die internationalen Beziehungen eine Art Markt sind, auf dem Wettbewerb herrscht, wo das gleiche Paradigma des Eigeninteresses die Position der Staaten bestimmt, wo die multipolare Welt, für die sie anstelle der amerikanischen Hegemonie werben, der wahre freie Markt gegen das Monopol ist. Sie sehen die Welt als ein Monopol der USA, das durch einen echten, ehrlichen und fairen Wettbewerb zwischen mehreren starken Akteuren herausgefordert werden sollte. Wie sehen Sie diese Beziehungen?

Enzo Traverso: Ich bin nicht gut gerüstet, um diese Frage zufriedenstellend zu beantworten. Natürlich verdient der hartnäckige und bewundernswerte Widerstand der Ukraine gegen die russische Invasion Unterstützung, sowohl politisch als auch militärisch. Ich bin nicht einverstanden mit den Strömungen der westlichen Linken, die die russische Aggression anprangern und sich gleichzeitig weigern, Waffen nach Kiew zu schicken. Das scheint mir eine heuchlerische Haltung zu sein. Der ukrainische Widerstand führt einen nationalen Befreiungskrieg, der stark pluralistisch und heterogen ist. Wie alle Widerstandsbewegungen in Europa während des Zweiten Weltkriegs umfasst er rechte und linke Strömungen, nationalistische und kosmopolitische Sensibilitäten, autoritäre und demokratische Tendenzen. Zwischen 1943 und 1945 versammelte der italienische Widerstand ein breites Spektrum an Kräften, von den Kommunisten (der hegemonialen Tendenz) über die Monarchisten (einer kleinen Minderheit) bis hin zu Sozialdemokraten, Liberalen und Katholiken. In Frankreich hatte der Widerstand zwei Seelen – de Gaulle und die Kommunisten –, daneben gab es auch kämpfende

Katholiken, Trotzlisten und eine Konstellation kleiner (aber sehr wirksamer) Organisationen antifaschistischer Einwanderer aus Mitteleuropa, Italien, Spanien, dem türkischen Armenien usw. Diese Vielfalt ist in einer nationalen Widerstandsbewegung unvermeidlich.

Dennoch bin ich recht pessimistisch, was den Ausgang dieses Konflikts angeht. Wenn Putin gewinnt, was unwahrscheinlich, aber nicht unmöglich ist (insbesondere im Falle einer Beteiligung Chinas auf seiner Seite), wird dies tragische Folgen nicht nur für Russland und die Ukraine, sondern auch auf globaler Ebene haben. Faschistische und autoritäre Tendenzen werden in Russland gestärkt werden; ebenso werden postfaschistische Tendenzen in Europa und weltweit zunehmen. Andererseits würde eine russische Niederlage, die wünschenswert ist, nicht nur die Bestätigung einer freien und unabhängigen Ukraine bedeuten, sondern sehr wahrscheinlich auch eine Ausweitung der NATO und der US-Hegemonie, was weit weniger attraktiv ist.

Der Ukraine-Krieg wird oft als eine Verflechtung von Konflikten dargestellt: eine russische Invasion, die eine nicht hinnehmbare Aggression darstellt; ein Selbstverteidigungskrieg der Ukraine, die unterstützt werden will; und eine indirekte militärische Intervention des Westens, die die USA in einen Stellvertreterkrieg der NATO umwandeln wollen. Vor zehn Jahren herrschte in der Ukraine ein Bürgerkrieg, der einige der Voraussetzungen für den gegenwärtigen Konflikt geschaffen hat. Dies ist eine sehr komplexe Situation, in der die Linke nuanciert vorgehen muss. Während wir in Russland gegen Putin und in der Ukraine gegen die russische Invasion kämpfen müssen, können wir in den USA und den EU-Ländern eine Ausweitung der NATO oder die Erhöhung unserer Militärbudgets nicht unterstützen.

Diese Situation ist nicht völlig neu. Während des Zweiten Weltkriegs kämpften die Widerstandsbewegungen und die alliierten Armeen gemeinsam gegen die Achsenmächte, aber ihre Annäherung war begrenzt, und sie verfolgten nicht dieselben Endziele. Dies wurde in Griechenland deutlich, wo der Zusammenbruch der deutschen Besatzung das Land in einen Bürgerkrieg stürzte, in dem die britische Armee half, den kommunistischen Widerstand zu unterdrücken. Tito und Eisenhower kämpften gemeinsam gegen Hitler, aber ihre Ziele waren nicht die gleichen. Heute befinden wir uns in diesem Strudel widersprüchlicher Tendenzen: Einerseits müssen wir den ukrainischen Widerstand unterstützen, ebenso wie die dissidenten Stimmen in Russland;

andererseits müssen wir in der Lage sein zu sagen, dass eine neoliberale Ordnung nicht die einzige Alternative zum Postfaschismus ist. Die Linke sollte in der Lage sein, mit den nicht-westlichen Ländern zu sprechen, die diese Invasion nicht verurteilt haben. Die westliche Linke sollte beweisen, dass es möglich ist, gegen die neoliberale Ordnung zu kämpfen, ohne Freunde Putins zu sein.

Ilja Budraitskis: Meine letzte Frage bezieht sich auf den Antifaschismus. Sie schreiben, dass der Antifaschismus als Tradition und Sichtweise in den letzten Jahren verloren gegangen ist, und Sie glauben, dass die Wiederherstellung der antifaschistischen Tradition die einzig richtige Antwort auf den Aufstieg des Faschismus sein könnte. Das bedeutet aber auch, dass die antifaschistische Tradition neu erfunden werden muss; sie kann nicht dieselbe Bewegung sein, die sie Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts war. Natürlich gibt es eine Menge Schwierigkeiten mit dieser Tradition. So wurde beispielsweise die russische Invasion in der Ukraine von der offiziellen russischen Propaganda ebenfalls als antifaschistisch (gegen die ukrainischen „Nazis“) bezeichnet. Natürlich wurde die Idee des Antifaschismus von verschiedenen Seiten abgewertet. Wie kann diese Neuerfindung des Antifaschismus aussehen?

Enzo Traverso: Auch hier ist es schwierig, diese Frage zu beantworten. Ich habe den Postfaschismus als ein globales Phänomen dargestellt, aber ich bin mir nicht sicher, ob wir von einem globalen Antifaschismus sprechen können. Das hängt von den jeweiligen Umständen ab. Natürlich können wir sagen, dass der Faschismus überall und zu jeder Zeit schlecht ist, aber der Antifaschismus hat nicht überall und zu jeder Zeit die gleiche Bedeutung und die gleichen politischen Möglichkeiten. Ich weiß nicht, wie Antifaschismus heute in Russland, Indien oder auf den Philippinen wahrgenommen werden kann. Verschiedene Länder haben unterschiedliche historische Entwicklungen und der Antifaschismus kann nicht überall auf die gleiche Weise verstanden und mobilisiert werden. In Westeuropa steht der Antifaschismus für eine spezifische historische Erinnerung. In Italien, Frankreich, Deutschland, Spanien oder Portugal, also in Ländern, die den Faschismus erlebt haben und ein gemeinsames kollektives Gedächtnis haben, ist es unmöglich, die Demokratie zu verteidigen, ohne sich auf ein antifaschistisches Erbe zu berufen. In Indien beispielsweise ist die Beziehung zwischen dem Kampf um die Unabhängigkeit und dem Antifaschismus viel komplexer. Während des Zweiten Weltkriegs bedeutete antifaschis-

tisch zu sein, dass man zumindest eine Zeit lang auf den Kampf für die Unabhängigkeit verzichtete. In Russland bedient sich Putin einer demagogischen Rhetorik, indem er den Einmarsch in die Ukraine als letzte Etappe des Großen Vaterländischen Krieges darstellt. Natürlich ist es für russische Demokraten und Dissidenten von entscheidender Bedeutung, diese verlogene Propaganda zu entmystifizieren und die wahre Bedeutung des Antifaschismus wiederherzustellen. In der Ukraine sind die Dinge komplizierter, denn der Kampf gegen die russische Unterdrückung ist älter als der Antifaschismus und war nicht immer antifaschistisch. Die Geschichte des ukrainischen Nationalismus enthält eine faschistische und rechtsgerichtete Komponente, die nicht vergessen werden darf. Gleichzeitig ist die Erinnerung an den Antifaschismus die eines antinazistischen Krieges – so episch und heroisch wie tragisch er auch war –, den die Ukrainer als Teil der UdSSR führten. Antifaschistisch zu sein bedeutet daher, sich auf eine Tradition zu berufen, die in der ukrainischen Geschichte nicht konsensfähig ist. Es bedeutet, eine bestimmte politische Identität innerhalb einer pluralistischen Widerstandsbewegung zu verteidigen. Die Dinge sind unglaublich kompliziert. Grosso modo könnte man sagen, dass Antifaschismus eine freie und unabhängige Ukraine bedeutet, die sich nicht gegen ein demokratisches Russland stellt, sondern mit ihm verbündet ist. Leider wird dies nicht morgen der Fall sein.

Deutsche Übersetzung des englischen Originals, veröffentlicht in *Posle* (<https://posle.media/language/en/global-post-fascism-and-the-war-in-ukraine/>), 18. Mai 2023.

* **Ilja Budraitskis** ist ein politischer und sozialer Theoretiker, der zuvor in Moskau lebte. Vor kurzem kam er als Gastwissenschaftler an die UC Berkeley. Derzeit ist er Mitglied des Redaktionsausschusses des *Moscow Art Magazine* und von *LeftEast*. Sein Buch *Dissidents among Dissidents* wurde mit dem Andrey-Belyi-Preis (2017) ausgezeichnet.

** **Enzo Traverso** lehrte fast zwanzig Jahre lang Politikwissenschaft in Frankreich. Seit 2013 ist er „Susan und Barton Winokur“-Professor für Geisteswissenschaften an der Cornell University. Zu seinen Veröffentlichungen, die alle in verschiedene Sprachen übersetzt wurden, gehören mehr als zehn selbst verfasste und herausgegebene Bücher, darunter *The Marxists and the Jewish Question*, *The Jews and Germany*, *Understanding the Nazi Genocide* und *The Origins of Nazi Violence*.

DER KAPITALISMUS AM ANSCHLAG

Das Komitee zur Streichung der illegitimen Schulden (CADTM) führte am 14. Juni das folgende Interview mit **Eric Toussaint**

CADTM: Befindet sich der Kapitalismus in der Krise?

Eric Toussaint: Ja, alle Warnsignale stehen auf Rot, als da wären: Ein außerordentlich starker wirtschaftlicher Abschwung (Stagnation in der Eurozone im letzten Quartal 2022 und im ersten Quartal 2023), ohne dass dadurch die Treibhausgasemissionen und die sonstigen Umweltschäden rückläufig wären; dramatische Auswirkungen der Umweltkrise, insbesondere in Hinblick auf das Klima; ein sehr starker Anstieg der öffentlichen und privaten Schulden; hohe Inflation und Kaufkraftverlust der unteren Einkommenschichten; zunehmende prekäre Beschäftigung; explosionsartige Zunahme der Ungleichheiten mit kolossalem Anstieg des Vermögens und der Einkommen des reichsten Prozents; Rückgang des Index der menschlichen Entwicklung, insbesondere der Lebenserwartung, in vielen Ländern einschließlich des Nordens; verschärfte Handelskriege; schwere weltweite Ernährungskrise; Kriege in Europa, auf der arabischen Halbinsel, im Osten der DR Kongo, im Sudan, am Horn von Afrika etc.; Zunahme autoritärer Regierungsformen (immer härtere Unterdrückung von Protesten, Ausschaltung der Legislative etc.); Angriffe auf grundlegende Menschenrechte wie das Recht auf Abtreibung; immer restriktivere und tödlichere Einwanderungspolitik; Wahlerfolge der extremen Rechten etc.

Der einzige sehr stark expandierende Wirtschaftssektor ist der Rüstungssektor. Es handelt sich um eine große Krise des globalisierten kapitalistischen Systems, die größte Krise seit denen der Jahre von 1914 bis 1945.

In welcher Phase der Krise befindet sich die Weltwirtschaft?

Es ist noch kein Licht in Sicht, vielmehr stehen weitere Verschärfungen bevor: Spekulationsblasen können jederzeit platzen und zu einer drastischen Verschlechterung der Wirtschaftslage führen; es kann zu noch schwereren Kriegshandlungen als heute kommen; Klima- und Umweltkatastrophen werden sich wahrscheinlich noch verschlimmern; Gesundheitskrisen sind noch lange nicht überwunden; Regierungen und Zentralbanken ergreifen keine relevanten Maßnahmen zur Überwindung der Krise, die den Menschen zugute kämen, im Gegenteil; die Konzentration der strategischen Produktionsmittel und des Finanzwesens in den Händen einer immer kleineren Zahl privater Großaktionäre hält weiter an, und zwar im Energiesektor, in der Rohstoffindustrie, im Handel mit Lebensmitteln und anderen Rohstoffen, in der Pharmaindustrie, im Bankensektor etc.

Was sind die Ursachen dafür?

Trotz der enormen Anhäufung von Reichtum durch das reichste Prozent, trotz der kolossalen Gewinne etlicher Konzerne, vor allem in den Bereichen Energie, Lebensmittel, Big Pharma, Schifffahrt, Rüstungsindustrie etc. steigt die Profitrate im Ganzen nicht stark genug, um das Großkapital wieder zu umfassenden produktiven Investitionen zu veranlassen.

Man darf nie aus den Augen verlieren, dass das Kapital nach der Maximierung der Profitrate strebt. Wenn ihm

dies nicht gelingt, konzentriert es sich vorwiegend auf die Spekulation. Dies ist Teil der inhärenten Widersprüche des kapitalistischen Systems.

Abgesehen von sehr großen Unternehmen, die außerordentliche Gewinne erzielen, indem sie Krisen wie die Pandemie-, Energie- oder Kriegskrise ausnutzen, steht die Masse der Unternehmen trotz verschärfter Ausbeutung und Prekarisierung der Arbeitskraft einer fallenden Profitrate und einer sinkenden Produktivität gegenüber.

Auch auf der Seite des Warenangebots gibt es ein Problem: Es kam zu Unterbrechungen der Lieferketten im Zusammenhang mit dem Lockdown während der Corona-Pandemie in den Jahren 2020/21 (in China gar bis einschließlich 2022). Die Halbleiterindustrie, deren Produktion auf wenige Länder konzentriert ist, hat Produktionsprobleme und kann die Nachfrage kaum befriedigen. Dieses Phänomen wird durch den Handels- und Technologiekrieg zwischen den USA und China verschärft (da Washington momentan immer aggressiver wird und versucht, die wirtschaftliche und kommerzielle Expansion Chinas einzudämmen).

Im Immobiliensektor ist das Angebot im Verhältnis zur zahlungsfähigen Nachfrage inzwischen zu groß. Erneut wurde gemessen an der Nachfrage zu viel in den Neubau von Immobilien investiert, gerade in den USA, Großbritannien und China. Besonders macht sich dies bei den Gewerbeimmobilien (Büros, Geschäfte etc.) bemerkbar. In den Jahren 2018 bis 2022 hat sich eine Spekulationsblase entwickelt und eine neue Immobilienkrise nach sich gezogen.

Die Politik der Regierungen und Zentralbanken, massive Liquiditätsspritzen und eine rasche Erhöhung der Schulden, haben neue Finanzblasen verursacht und/oder aufrechterhalten. Besonders deutlich zeigt sich das bei der Börsenkapitalisierung, auf dem Markt für Schuldtitel, im Immobiliensektor vieler Länder, auf dem Rohstoffmarkt und bei den Kryptowährungen. Der 180-Grad-Schwenk der Politik seit 2022 von Quantitative Easing (QE) zu Quantitative Tightening (QT, Straffung der umlaufenden Geldmengen) führt zu großer finanzieller Instabilität und insbesondere zu Bankenpleiten.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Entscheidung der Regierungen und Zentralbanken, die Zinssätze unter anderem zur Bekämpfung der Inflation zu erhöhen, zu Stagnation (oder sogar zu einer möglichen Rezession) und Finanzkrisen führt, ohne dass es dadurch gelingt, die Inflation wesentlich zu senken. Es ist möglich, dass die Finanzkrise, die bereits den Zusammenbruch mehrerer

Kryptowährungsunternehmen im Jahr 2022 und den Zusammenbruch von vier großen Banken in den USA und Europa im März 2023 verursacht hat, wieder hochkocht und es zu weiteren Bankenpleiten oder finanziellen Einbrüchen in anderen Bereichen wie den Börsen, dem Immobiliensektor, insbesondere dem gewerblichen, dem Anleihenmarkt etc. kommt.

Lässt sich von einer neuen Schuldenkrise des Südens sprechen?

Eine neue Schuldenkrise trifft eine ganze Reihe von Ländern des Südens, sei es in Asien (Sri Lanka, Pakistan, Bangladesch etc.), Subsahara-Afrika (Ghana, Sambia etc.), Nordafrika (Tunesien, Ägypten etc.), im Nahen Osten (Libanon etc.), in Lateinamerika (Argentinien) oder in der Karibik (Puerto Rico, Kuba etc.). Einige dieser Länder sind zahlungsunfähig oder haben, wie Sri Lanka, ihre Zahlungen bereits eingestellt. Weitere Zahlungsausfälle sind wahrscheinlich.

In der Regel wird eine Krise durch eine Reihe externer Schocks ausgelöst, die die Volkswirtschaften des Südens schwer treffen. Diese externen Schocks sind die Folge von Maßnahmen und Ereignissen, die aus dem Norden stammen:

1. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie, die im Norden (China, Europa, Nordamerika) begann und sich dann in den Süden ausbreitete, auf die Verschuldung liegen auf der Hand: Erhöhung der Staatsverschuldung, um die Bekämpfung der Pandemie zu finanzieren, und Rückgang der „harten“ Währungsreserven, die unerlässlich sind, um die Tilgung der Auslandsschulden zu tätigen, oder der drastische Einbruch des Tourismus in den Jahren 2020 bis 2022, von dem einige Länder, wie Sri Lanka und Kuba, wirtschaftlich abhängig geworden sind.

2. Die Auswirkungen des durch die russische Invasion in der Ukraine ausgelösten Krieges: Massiver Anstieg der Preise für Getreide und chemische Düngemittel, während eine ganze Reihe von Ländern des Südens zu Nettoimporteuren von Getreide wurden, da Organisationen wie die Weltbank und der IWF sowie die Regierungen des Nordens (mit Duldung der Regierungen der Länder des Südens) sie dazu drängten, die Produktion anderer Agrarprodukte voranzutreiben (tropische Früchte, Kaffee, Tee, Baumwolle, genmanipuliertes Soja als Viehfutter etc.). Durch diesen starken Preisanstieg für importiertes Getreide schrumpften die finanziellen Reserven zur Schuldenbedienung oder es mussten unhaltbare neue Schulden aufgenommen werden, um weiterhin importieren zu

können. Der Krieg in der Ukraine hat auch zu einem Anstieg der Brennstoffpreise geführt, und eine ganze Reihe von Ländern des Südens sind Brennstoffimporteure. Für Länder wie Ägypten, Sri Lanka und Tunesien, die sowohl Getreide als auch Brennstoffe importieren, ist die Schuldensituation unhaltbar geworden.

3. Dritter großer externer Schock: die Auswirkungen des Klimawandels und der Umweltkrise. Dies gilt insbesondere für Pakistan, das 2022 Opfer einer Flutkatastrophe wird.

4. Vierter großer externer Schock : Der Anstieg der Kosten für die Refinanzierung der Schulden, der durch die einseitige Entscheidung der US-Notenbank, der Europäischen Zentralbank und der Bank of England ausgelöst wurde, die Zinssätze ab 2022 deutlich zu erhöhen. Die Länder des Südens, die vor dem Jahr 2021 Kredite zu 3 bis 6 % Jahreszins aufgenommen haben, sind nun mit einem drastischen Anstieg der Zinsen konfrontiert, die für neue Kredite 9 bis 15 % betragen. Auch dies ist unhaltbar.

Der IWF soll sich gewandelt haben. Was ist davon zu halten?

Die Politik des IWF hat sich nicht geändert, ebenso wenig wie die der Weltbank. Sie sind genauso unheilvoll wie in der Vergangenheit. Und da viele Länder des Südens gerade erst IWF-Kredite in Anspruch genommen haben, müssen sie verstärkt neoliberale politische Maßnahmen gegen die Interessen der Bevölkerung umsetzen.

In diesem Zusammenhang ist es umso wichtiger, den Aufruf des CADTM zur Durchführung eines Gegengipfels in Marrakesch vom 12. bis 15. Oktober 2023 anlässlich der Jahrestagung des IWF und der Weltbank zu unterstützen.

Inwiefern sprichst du von dieser Krise als der schlimmsten seit 1945?

Nach 1945 gab es keine derart umfassende und facettenreiche Krise wie die aktuelle. Die Umweltkrise und ihre Auswirkungen auf das Klima haben ein bisher nicht gekanntes Ausmaß angenommen, wobei sie wohlgerneht das Ergebnis des seit zwei Jahrhunderten herrschenden Systems der kapitalistischen Produktionsweise sind. Innerhalb von zwei Jahrhunderten hat diese Produktionsweise das Leben auf dem Planeten tiefgreifend beeinträchtigt und verschlechtert, und wir sind an einem absolut kritischen Punkt angelangt. Hinzu kommt die Gesundheitskrise, die wir gerade erst überstanden haben, die jedoch stets wieder aufflackern kann. Diese Gesundheitskrise hat mehr als 7 Millionen Menschen das Leben gekostet. Ihr Ausmaß

hängt auch mit dem kapitalistischen System selbst zusammen. Außerdem ist das Atomwaffenarsenal im Vergleich zu 1945 gewachsen und das Ausmaß der internationalen Spannungen kann zu einem Holocaust führen. Auch nach anderen Kriterien ist die kapitalistische Krise tatsächlich die schwerste seit 1945, insbesondere weil die Wirtschaft schwächelt. Daneben erleben autoritäre und gewaltbereite Regierungsformen auf allen Kontinenten unterschiedlich starken Auftrieb. Der weltweite Anstieg rechtsextremer Kräfte ist der stärkste seit 1945. Menschenrechtsverletzungen häufen sich, insbesondere was Einwanderung und Recht auf Asyl anlangt. Angesichts dieser Entwicklungen dürfen wir nicht untätig bleiben, sondern müssen unsere Anstrengungen für eine echte Revolution zur Befreiung der Menschen deutlich verstärken.

Eric Toussaint ist Vorsitzender und Gründungsmitglied des Comité pour l'Annulation de la Dette du Tiers Monde (CDTAM) Belgien, Mitglied im Internationalen Rat des Weltsozialforums und im Internationalen Komitee der Vierten Internationale

Quelle: <https://www.cadtm.org/Plus-profonde-que-jamais-la-crise-du-capitalisme-a-bout-de-souffle>

Übersetzung: MiWe



ZUM VERHÄLTNIS VON LEBENSHALTUNGSKOSTEN UND PROFITEN

Der jüngste Beschäftigungsbericht¹ der OECD kann so manchen die Augen öffnen. Er beantwortet die Frage, ob Lohnsteigerungen für den Anstieg der Lebenshaltungskosten verantwortlich sind.

■ **Michael Roberts**

Wer diesen Bericht liest erkennt ganz leicht, dass die Gewinnsteigerungen den größten Beitrag zum Anstieg der Inflation geleistet haben. Zu den Löhnen stellt die OECD fest, dass die Reallöhne in der OECD im letzten Jahr um durchschnittlich 3,8 % gesunken sind. „Auf dem Arbeitsmarkt sind die Nominallöhne gestiegen, aber nicht so stark wie die Preissteigerungen, was zu einem Rückgang der Reallöhne in fast allen Branchen und OECD-Ländern geführt hat.“ (Grafik 1, nächste Seite)

Die Rückgänge sind in den einzelnen OECD-Ländern sehr unterschiedlich. Die größten Reallohnverluste gab es in Skandinavien und Osteuropa, wo die Energiepreise aufgrund ausbleibender Öl- und Gaslieferungen aus Russland am stärksten gestiegen sind. In den USA ist der Rückgang mit am niedrigsten. Dort sind zwar die Energiepreise auch gestiegen, aber nicht so stark. In Europa wurde von der Lieferung durch Pipelines aus Russland auf die viel teurere Lieferung von Flüssigerdgas (LNG) per Schiff umgestiegen. (Grafik 2 und 3, nächste Seite)

Die OECD-Studie zeigt detailliert, wie viel vom Anstieg der Inflationsraten seit Beginn der COVID-Pandemie bis heute auf Löhne und Gewinne zurückzuführen ist.

Den größten Gewinnanstieg während der Inflationsspirale gab es mit über 60 % in Ungarn, gefolgt von den

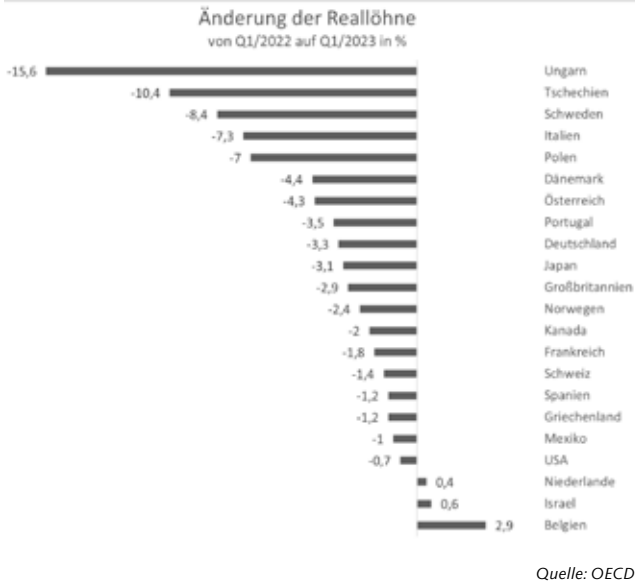
osteuropäischen Staaten mit über 30 %. In den USA waren die Lohn- und Gewinnsteigerungen je Produkteinheit mit jeweils 14 % etwa gleich hoch. Nur in Portugal war der Beitrag der Löhne zum Preisanstieg pro Produktionseinheit mit 18 % deutlich höher als der Anstieg der Gewinne (9 %).

Die OECD stimmt mit mir und manch anderen darin überein², dass der Inflationsschub vor allem durch steigende Rohstoff- und Energiepreise bewirkt wurde, die sich aus den Störungen der Lieferketten nach dem Ende der Pandemie ergaben und dann durch die russische Invasion in der Ukraine noch weiter angefacht wurden.

Die OECD drückt es so aus: „Der anfängliche Inflationsschub war in vielen OECD-Ländern weitgehend importiert und durch die Rohstoff- und Energiepreise bedingt. Im Laufe des Jahres 2022 verbreiterte sich jedoch die Inflation, weil die höheren Kosten verstärkt auf die Preise inländischer Waren und Dienstleistungen umgelegt wurden.“

Die Inflation wurde nicht durch Lohnerhöhungen verursacht, die in der ganzen Zeit nicht mit der Inflationsspirale Schritt hielten.³ Dazu die OECD: „Bisher gibt es keine Anzeichen für eine Preis-Lohn-Spirale. Das nominale Wachstum ist gestiegen, aber es gibt in allen Ländern

GRAFIK 1



keine eindeutigen Anzeichen für eine weitere signifikante Beschleunigung. Der Abstand zur Inflation scheint sich in den letzten Monaten vor allem aufgrund eines langsamen Rückgangs der Inflation zu verringern, aber die Erosion der Reallöhne ist in der überwiegenden Mehrheit der OECD-Länder noch nicht gestoppt.“

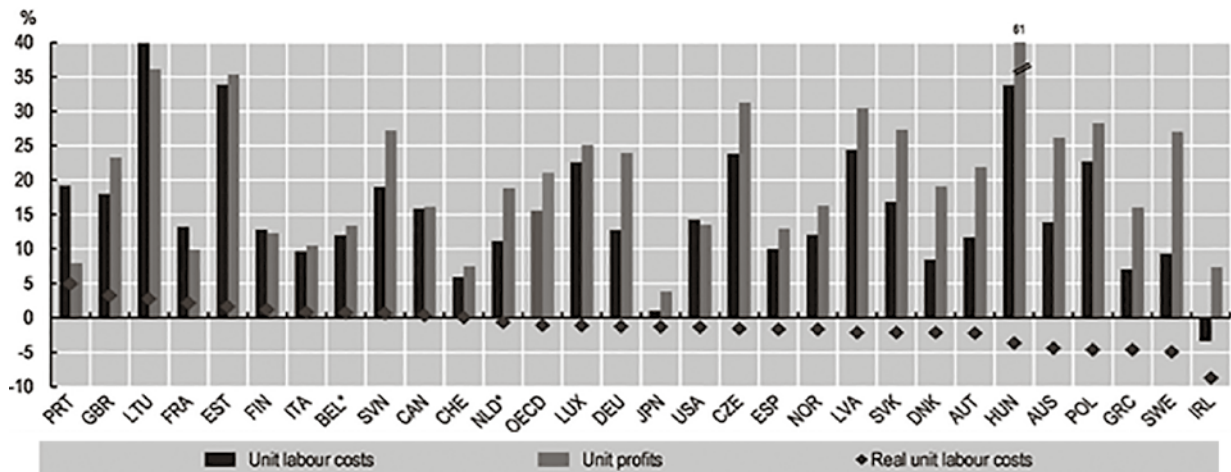
In der Tat waren Gewinnsteigerungen ein weitaus

größerer Faktor für den anhaltenden Preisanstieg. Die Schlussfolgerungen aus dem Bericht sind klar: Erstens sind die durchschnittlichen Reallöhne (d. h. unter Berücksichtigung der Inflation) in der gesamten entwickelten kapitalistischen Welt in den letzten drei Jahren gesunken – dies ist der größte und längste Rückgang seit mindestens 50 Jahren. Und zweitens haben in diesem Zeitraum vor allem die Gewinnsteigerungen pro Produkteinheit und nicht die Löhne zum Anstieg der Preise für Waren und Dienstleistungen beigetragen – vor allem in der Eurozone.

„In der Eurozone war der Beitrag der Gewinne besonders groß und machte den größten Teil des Anstiegs der Inlandspreise in der zweiten Hälfte des Jahres 2022 und im ersten Quartal 2023 aus.“ Zu den USA schreibt die OECD: „Angesichts der besonders angespannten Lage auf den Arbeitsmärkten haben die Löhne in den letzten Quartalen generell stärker zum Anstieg der Inlandspreise beigetragen als die Gewinne.“ Aber „der Beitrag der Gewinnspannen war in letzter Zeit viel größer als in den Jahren vor der Krise, erst in den letzten Quartalen ist er zurückgegangen.“

Daten aus Europa und Australien zeigen, dass sich die starke Steigerung der Gewinne im letzten Jahr nicht auf den Energiesektor beschränkte. Im Jahr 2022 und bis zum ersten Quartal 2023 stiegen in Europa die Gewinne je Einheit stärker als die Lohnstückkosten im verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe und im Finanzsektor und sie wuchsen genauso stark wie die Lohnstückkosten im

GRAFIK 2



<https://tinyurl.com/2uad8vmj>

Bereich „Übernachtungen, Ernährung und Verkehr“. In vergleichbarer Weise stiegen die Gewinne pro Produkt-einheit in verschiedenen Sektoren in Australien stärker als die Lohnstückkosten, darunter „Beherbergung und Nahrungsmittel“ oder etwa im verarbeitenden Gewerbe, im Handel und im Transportsektor.

Ist die Antwort auf den Rückgang der Inflationsraten also, dass die Unternehmen ihre Gewinnsteigerungen reduzieren sollten? Nun, vielleicht nicht, meint die OECD, denn „die Rentabilität die Unternehmen könnten kurzfristig durch einen Rückgang der Nachfrage aufgrund der Verschärfung der Geldpolitik und der Erosion der Kaufkraft in Mitleidenschaft gezogen werden. In diesem Zusammenhang könnten sich steigende Arbeitskosten eher in einem Rückgang der Arbeitsnachfrage und potenziellen Beschäftigungsverlusten niederschlagen. Alles in allem deuten die Daten zwar darauf hin, dass die Gewinne in mehreren Sektoren und Ländern einen gewissen Spielraum haben, um Lohnanpassungen aufzufangen, aber der konkrete Spielraum wird wahrscheinlich von Sektor zu Sektor und von Unternehmen zu Unternehmen unterschiedlich sein.“

Mit anderen Worten: Der Versuch, den Preisanstieg durch eine Begrenzung des Gewinnanstiegs einzudämmen und gleichzeitig den Beschäftigten die Möglichkeit zu geben, Lohnsteigerungen zu erzielen, könnte zu einem Einbruch führen, wenn die Firmen ihre Belegschaft reduzieren, um den Anstieg der Arbeitskosten zu stoppen. Das würde zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit führen. Ja,

genau in dieser Weise funktioniert ein gewinnorientiertes Produktionssystem.

Was ist also die Antwort auf ein Wirtschaftswachstum ohne steigende Inflation? Die OECD schreibt: „Langfristig können nachhaltige Reallohnzuwächse nur durch nachhaltiges Produktivitätswachstum gesichert werden.“ Die OECD-Länder müssen „die Chancen neuer technologischer Entwicklungen – etwa die künstliche Intelligenz – optimal nutzen.“ Bislang deutet allerdings nichts darauf hin, dass dies so laufen wird.⁴

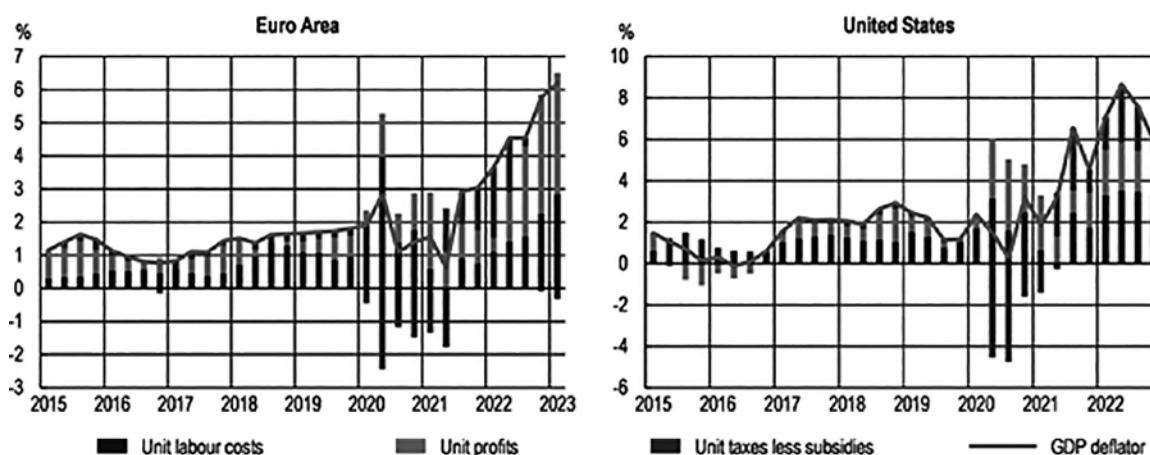
- 1 <https://www.oecd.org/employment-outlook/2023/>
- 2 Siehe auch Michael Roberts: <https://thenextrecession.wordpress.com/2023/04/27/inflation-causes-and-solutions/>
- 3 Siehe auch Michael Roberts: <https://thenextrecession.wordpress.com/2023/05/27/the-two-bs-on-inflation/>
- 4 Siehe dazu auch: Michael Roberts: From greedflation to stagflation and then slumpflation; <https://thenextrecession.wordpress.com/2023/07/05/from-greedflation-to-stagflation-and-then-slumpflation/>

Quelle: <https://www.oecd.org/employment-outlook/2023/>

Übersetzung: Jakob S.



GRAFIK 3



<https://tinyurl.com/45nurzc6>

ASSET-MANAGEMENT- UNTERNEHMEN

MACHT ÜBER WOHNUNGEN, KRANKENHÄUSER, WASSER UND VIELES MEHR

Quelle: *Truthout* (<https://truthout.org/articles/asset-management-firms-are-gaining-power-over-housing-hospitals-water-and-more/>). Die Übersetzung erfolgt mit freundlicher Genehmigung dieser Zeitschrift. Alle Rechte vorbehalten.

In diesem Exklusivinterview mit *Truthout* erläutert **Brett Christophers**, was Vermögensverwalter tun, wie sie darauf programmiert sind, Gewinne aggressiv zu maximieren, wie sie zunehmend „reale Vermögenswerte“ wie Wohnraum und Energieinfrastruktur erfassen und was wir dagegen tun könnten.

Derek Seidman: Obwohl Vermögensverwalter in unserer Gesellschaft eine enorme Macht haben, ist es für viele Menschen nicht offensichtlich, was sie sind, wie sie arbeiten und warum sie so mächtig sind. Können Sie uns einen kurzen Überblick geben?

Brett Christophers: Tatsächlich ist es ein ganz einfaches Geschäft. Vermögensverwalter sind Unternehmen, die im Auftrag anderer investieren. Sie sammeln Geld von Endanlegern, zu denen sowohl vermögende Privatpersonen als auch institutionelle Anleger wie Pensionskassen und Versicherungsgesellschaften gehören. Vermögensverwalter führen deren Investitionen durch, und die Investoren zahlen ihnen Gebühren für diese Dienstleistung.

Das ist im Wesentlichen das, was Vermögensverwalter tun: Sie investieren das Geld anderer Leute und erhalten dafür Gebühren. Sie können in viele verschiedene Dinge investieren, in Finanzanlagen wie Aktien und Anleihen oder in andere Vermögenswerte – wirklich alles.

Sie haben sich von *sehr* randständigen Akteuren in der Wirtschaft vor ein paar Jahrzehnten zu heute sehr bedeutenden Akteuren entwickelt. Die traditionelle Art, ihre Größe oder Bedeutung zu messen, ist die Größe des von

ihnen verwalteten Kapitals. In den 1970er Jahren waren es weltweit weniger als eine Billion Dollar. Heute liegt diese Zahl irgendwo in der Größenordnung von 100 Billionen US-Dollar.

Sie sind also in relativ kurzer Zeit von einem Nichts zu etwas extrem Großen geworden.

Welche Rolle spielen „Fonds“ im Vermögensverwaltungsgeschäft?

Als Vermögensverwalter, der Kapital von Kunden aufnimmt, benötigen Sie ein Vehikel, mit dem Sie dieses Kapital bündeln und investieren können. Der Investmentfonds ist dafür das herausragende Werkzeug. Diese Fonds gibt es in verschiedenen Formen und Größen – Kapitalbeteiligungsfonds, Indexfonds, offene Investmentfonds – aber sie alle sind Geschöpfe der Vermögensverwaltungsbranche.

Wenn Sie beispielsweise lesen, dass BlackRock diesen oder jenen Vermögenswert gekauft hat, ist dies eine Abkürzung für einen von BlackRock verwalteten Investmentfonds, der den Vermögenswert gekauft hat. Das bedeutet eigentlich, dass die tatsächlichen Eigentümer des Vermögenswerts nicht die Vermögensverwalter sind, son-

dern die verschiedenen Anleger – und es kann Hunderte von ihnen geben –, die Geld für diesen Investmentfonds bereitgestellt haben. BlackRock kann einen kleinen Teil seines Eigenkapitals in seine Fonds stecken – in der Regel etwa 2 Prozent –, aber der größte Teil des Kapitals des Fonds stammt von Pensionskassen, Versicherungen und vermögenden Privatpersonen.

Der Fonds ist das Herzstück der Branche, weil er das Werkzeug ist, durch das Vermögensverwalter tun, was sie tun. Deshalb werden Vermögensverwalter oft als „Fondsmanager“ bezeichnet.

Vermögensverwalter wie BlackRock und Vanguard erhalten viel Aufmerksamkeit. Sie halten erhebliche Beteiligungen an Tausenden von Unternehmen. Aber Sie plädieren dafür, sich auf Vermögensverwalter zu konzentrieren, die „reale Vermögenswerte“ wie Wohnungen, Versorgungsunternehmen und Krankenhäuser direkt kontrollieren. Warum ist es Ihrer Meinung nach wichtig, diese Unterscheidung in Ihrer Analyse zu treffen?

Die konventionellen Vermögensverwalter investieren hauptsächlich in börsennotierte Finanzwertpapiere wie die Aktien von Unternehmen wie Apple und Google sowie die von diesen Unternehmen und von Regierungen begebenen Anleihen. In der Regel tun sie dies über sogenannte

„Indexfonds“, die die Wertentwicklung wichtiger Marktindizes wie dem S&P 500 nachbilden.

Es gibt einen guten Grund, warum diese konventionellen Vermögensverwalter viel Beachtung finden. Hier erfolgen die meisten Investitionen in Bezug auf die bloße Anzahl. Wenn Sie sich das Aktionärsregister eines großen US-amerikanischen börsennotierten Unternehmens ansehen, sehen Sie die BlackRocks und die Vanguard.

Ich verschiebe den Fokus aus verschiedenen Gründen. Zum einen haben konventionelle Vermögensverwalter wie BlackRock und Vanguard bereits viel Aufmerksamkeit als Eigentümer zeitgenössischer kapitalistischer Konzerne erhalten. Aber ich behaupte auch, dass ihre Bedeutung überbetont wird. Es wird manchmal gesagt, dass diese Firmen, weil sie 7 oder 8 Prozent aller großen Unternehmen besitzen, irgendwie die Weltwirtschaft kontrollieren. Ich glaube nicht, dass diese Firmen diese Art von Kontrolle haben, und auch nicht, dass sie die überhaupt wollen. Das ist nicht ihr Geschäftsmodell.

Ich meine, dass es einen ganzen *anderen* Bereich der Vermögensverwaltung gibt, der in jeder Hinsicht *viel* direkter für den Alltag der Menschen relevant ist als die Aktivitäten der BlackRocks und der Vanguard: Vermögensverwalter die „reale Vermögenswerte“ kontrollieren und besitzen, von denen wir ganz wesentlich abhängig sind, wie Wohnraum und Infrastruktur – Stromnetze,

WIE VERMÖGENSVERWALTER „DIE WELT AUFKAUFEN“

Brett Christophers zeigt, wie Vermögensverwalter wie BlackRock und Blackstone „die Welt aufkaufen“.

Derek Seidman

Wem gehört unsere Welt? Als Antwort auf diese Frage tauchte in den letzten Jahren immer wieder eine Gruppe von Finanzakteuren auf: Asset-Management-Unternehmen.

Diese Vermögensverwalter überwachen Investitionen in Anlagegüter im Wert von Dutzenden von Billionen Dollar auf der ganzen Welt. Die bekanntesten Vermögensverwaltungsgesellschaften sind die „Großen Drei“, BlackRock, Vanguard und State Street Global Advisors, deren Geschäftsmodell weitgehend auf sogenannten „passiven“ Indexfonds beruht; ihre Aktienanlagen machen sie zu den Top-Aktionären von Tausenden von Konzernen.

Aber die Vermögensverwalter halten nicht nur Finanzinstrumente wie Aktien und Anleihen. Sie werden zunehmend zu *di-*

rekten Eigentümern der „realen“ Vermögenswerte, die unsere Lebensgrundlagen prägen. Von Wohnungen über Krankenhäuser und Wassernetze bis hin zu Windparks verschlingen Vermögensverwaltungsunternehmen wie Blackstone, Brookfield und Macquarie die grundlegenden Dinge, auf deren Existenz wir alle angewiesen sind. Und mit ihrem Ziel, möglichst rücksichtslos und schnell große Gewinne zu erzielen, verheißt diese neue „Gesellschaft von Vermögensverwaltern“ nichts Gutes für die Menschheit.

Dies ist das Thema von Brett Christophers neuem, eindrucksvollen Buch „Our Lives in Their Portfolios: Why Asset Managers Own the World“, erschienen bei Verso press. Christophers zieht den Vorhang weg vor einer notorisch unsichtbaren Branche und entmystifiziert Vermögensverwalter, indem er klar und gründlich untersucht, was sie sind, welche Kräfte sie antreiben, gnadenlos Gewinne zu erzielen, und was all dies für unsere gemeinsame Zukunft bedeutet.

Parkursysteme, Mautstraßen, Krankenhäuser, Schulen, Ackerland und so weiter.

In dem Maße, in dem Vermögensverwalter Wohnraum und Infrastruktur besitzen, auf die wir angewiesen sind, und bestimmen, wie viel es für uns kostet, in diesem Wohnraum zu leben und diese Infrastruktur zu nutzen, bestimmen sie auch die Bedingungen, unter denen diese Vermögenswerte existieren; damit haben sie einen *großen* Einfluss auf unser tägliches Leben, über den bisher nicht viel gesprochen wurde.

Sie verwenden manchmal Worte wie „extraktiv“ und „kolonisierend“, um die Beziehung zwischen Vermögensverwaltern und den von ihnen kontrollierten realen Vermögenswerten zu beschreiben.

Können Sie das erläutern?

Während alle privaten Eigentümer versuchen, Gewinne zu erzielen, tendieren Vermögensverwalter dazu, *besonders* rücksichtslos und zielstrebig Gewinne aus den von ihnen beaufsichtigten Vermögenswerten zu ziehen.

Dafür gibt es strukturelle Gründe. Einer davon sind die enormen Gehälter in diesen Unternehmen. In einem Artikel in der *Financial Times* hieß es, dass das durchschnittliche Gehalt bei Blackstone jetzt bei etwa 2 Millionen Dollar liegt. Für Blackstone ist es nicht möglich, solche Gehälter zu zahlen, ohne ziemlich rücksichtslos Gewinne aus den Vermögenswerten zu erzielen, die sie besitzen. Als Vermieter kann man den Mietern keine Zahlungen stunden und gleichzeitig 2 Millionen US-Dollar an die Mitarbeiter zahlen.

Ebenso erheben die von Sachwerte-Managern verwalteten Investmentfonds im Vergleich zu den von BlackRock verwalteten Indexfonds *sehr* hohe Gebühren. Branchenüblich ist es, den Anlegern eine Managementgebühr von 2 Prozent pro Jahr und eine Performancegebühr von 20 Prozent zu berechnen. So hohe Gebühren kann man nur berechnen, wenn man den Anlegern sehr hohe Renditen verspricht. So hohe Renditen kann man nur liefern, wenn man sehr rücksichtslos und zielstrebig darauf bedacht ist, Gewinne herauszuholen. Als Vermögensverwalter ist man also allein durch die Natur seines Business gezwungen, sehr rücksichtslos zu sein.

Ein weiterer wichtiger Faktor sind die kurzfristigen Zeithorizonte des Sachwerte-Managements. Vermögensverwalter behaupten, engagierte und sorgfältige Verwalter von Wohnraum und Infrastruktur zu sein. Aber in Wirklichkeit werden ihre Investitionen in Sachwerte hauptsächlich über „geschlossene“ Fonds mit einer festen Laufzeit,

beispielsweise 10 Jahre, geschleust. Das bedeutet – und das ist einer der wichtigsten Punkte, die man über die gesamte Vermögensverwaltungsbranche wissen sollte –, dass Vermögensverwalter, wenn sie Wohnungen und Infrastrukturen kaufen, diese fast immer mit der Absicht kaufen, sie innerhalb von sieben oder acht Jahren oder sogar zwei oder drei Jahren wieder zu verkaufen, wenn sie einen großen Gewinn erzielen können.

Mit anderen Worten, sobald ein Vermögensverwalter in ein Wohnungs- oder Infrastrukturobjekt investiert, ist das Allererste, was er denkt: „Wie können wir den Wiederverkaufspreis so schnell wie möglich maximieren?“ Spricht man über Wohnen, bedeutet das, die Mieten so schnell und so hoch wie möglich zu erhöhen. Es bedeutet, die Betriebskosten zu minimieren, und sich z. B., statt Geld zu investieren und ein guter Vermieter zu sein, lieber an Flickwerk-Lösungen bei der Wartung von Vermögenswerten zu halten.

Können Sie mehr darüber sagen, wie das menschliche Grundbedürfnis nach Wohnraum unter die Herrschaft der Vermögensverwalter gefallen ist und welche Auswirkungen dies hat?

In den frühen 1990er Jahren begannen Vermögensverwalter, sich deutlich in die globalen Wohnungsmärkte einzukaufen, was jedoch nach der Finanzkrise 2008 Fahrt aufnahm. Plötzlich hatte man riesige Bestände an „notleidenden Wohnungen“ wegen massiver Zwangsvollstreckungen, besonders in den USA. Viele Wohnungsbestände wurden schnell verfügbar und sehr billig. Zu ihrer ewigen Schande ermöglichte die US-Regierung es großen Vermögensverwaltern, große Mengen an Wohnraum zu sehr günstigen Bedingungen zu erwerben.

Seitdem sind die Investitionen von Vermögensverwaltern in den Wohnungsbau nur noch stärker gewachsen. Es überrascht nicht, dass die Mieten in den USA und international immer mehr gestiegen sind. An vielen Orten wird nicht genug neuer Wohnraum gebaut, also steigen die Mieten, und das ist etwas, in das Vermögensverwalter gerne investieren wollen. Die Regierungen haben die Vermögensverwalter nicht davon abgehalten, jede Menge Wohnraum aufzukaufen. Tatsächlich haben sie es aktiv gefördert.

Die Auswirkungen all dessen waren sehr negativ: Auf der einen Seite schnell steigende Mieten für Wohnungen, die unter die Kontrolle von Vermögensverwaltern geraten sind, und auf der anderen Seite schädliche Entwicklungen auch bei anderen Aspekten des Wohnungswesens, etwa

Zwangsräumungen. Wenn Sie sich die Räumungsraten in einer bestimmten Metropolregion ansehen und Mietwohnungen von Vermögensverwaltern mit Mietwohnungen anderer Eigentümer vergleichen, sind die Räumungsraten in der Regel wesentlich höher, wenn die Eigentümer Vermögensverwalter sind.

Sie konzentrieren sich darauf, wie Vermögensverwalter einen Großteil unserer Infrastruktur erobert haben. Sie stellen die provozierende These auf, dass „der Übergang von fossilen Brennstoffen zu erneuerbaren Energien auch einen Übergang zur Vermögensverwaltergesellschaft darstellt“. Können Sie diese Behauptung näher erläutern?

Eine Sache, über die in Bezug auf die Energiewende fast nie gesprochen wird, ist, was sie in Bezug auf die Eigentumsverhältnisse bedeutet. Die Infrastruktur der auf fossilen Brennstoffen basierenden Energie auf der ganzen Welt ist in etwa zu gleichen Teilen zwischen dem öffentlichen Sektor und dem privaten Sektor aufgeteilt. Staatseigene Unternehmen sind Haupteigentümer von Vermögenswerten für fossile Brennstoffe. Aber wenn man sich Investitionen in saubere Energien wie die erneuerbaren ansieht, fehlt der Staat fast völlig. Es ist größtenteils eine Sache des privaten Sektors.

Beim Übergang von brauner zu grüner Energie gehen wir also zu einer Art von Infrastruktur über, die sich überwiegend in Privatbesitz befindet, und weg von der Art von Infrastruktur, die überwiegend öffentlich ist. Das sollte nicht überraschen. Privateigentum ist in den letzten 30 oder 40 Jahren zum Standard für neoliberale Politik geworden, als der Übergang zu grüner Energie begonnen hat.

Auf der ganzen Welt verlassen sich Regierungen mit verschiedenen Formen von Anreizen auf den Privatsektor, um grüne Energieinvestitionen aufzubauen. Und wo wird im privaten Sektor das meiste Kapital für Investitionen gehalten? Es wird von Vermögensverwaltern gehalten. Es ist also nicht verwunderlich, dass ein großer Teil der Investitionen in saubere Energie von Vermögensverwaltern getätigt wird, da sie über das meiste verfügbare Kapital verfügen, um diese Investitionen durchzuführen.

Zum Beispiel ist Brookfield Asset Management, über das ich schreibe, einer der weltweit größten Eigentümer von Vermögenswerten für saubere Energie jeglicher Art, nicht nur unter den Vermögensverwaltungskonzernen. Wenn Sie in die Wildnis von Schweden fahren, wo ich lebe, und Sie einen Windpark sehen, sind die Chancen ziemlich hoch, dass BlackRock der Besitzer ist.

Mit dem Übergang von fossilen Brennstoffen zu sauberer Energie gehen wir auch zunehmend zu dem über, was ich „Vermögensverwaltergesellschaft“ nenne. Und ich denke, wir sollten uns davor hüten. Wenn Vermögensverwalter zu Eigentümern von Infrastruktur werden, sind die Ergebnisse im Allgemeinen nicht gut für die Gesellschaft.

Auch wenn wir uns darauf verlassen, dass der Privatsektor im Allgemeinen und Vermögensverwalter im Besonderen die Energiewende vorantreiben, setzen wir de facto auf eine fortgesetzte staatliche Subventionierung dieser Investitionen. Vermögensverwalter sind risikoscheue Institutionen. Wenn es um saubere Energie geht, erwarten sie von den Regierungen, dass sie das Risiko dieser Investitionen durch Subventionen begrenzen, wie es beispielsweise die US-Regierung durch ihr Inflation Reduction Act (Gesetz zur Reduzierung der Inflation) getan hat. Indem die Gesellschaft in die langfristige Subventionierung sauberer Energie eingebunden wird, die sich in Privatbesitz von Vermögensverwaltern befindet, übernimmt der öffentliche Sektor einen Großteil des Risikos ohne jegliche Vergütung.

Die bekannteste alternative Vermögensverwaltungsgesellschaft könnte heute die Blackstone Group sein, die Sie in Ihrem Buch besprechen. Wie verkörpert Blackstone die wichtigsten Merkmale der Vermögensverwaltungsgesellschaft?

Blackstone ist zu einem Blitzableiter für eine breitere Kritik an Vermögensverwaltern und Private Equity geworden. Ein Grund könnte in den beteiligten Personen liegen. Stephen Schwarzman, der Blackstone 1985 mitbegründete und seitdem dessen CEO ist, ist eine hochkarätige und farbenfrohe Persönlichkeit. Er war ein ausgesprochener Befürworter von Donald Trump, was ihm viel Aufmerksamkeit einbrachte. Wann immer Politiker in den USA angeregt haben, gegen die Vermögensverwaltungsbranche vorzugehen, hat er sich sehr aggressiv gewehrt.

Es ist auch Blackstones schiere Größe. Es ist der weltweit größte Eigentümer von Wohnraum unter allen Vermögensverwaltungsunternehmen. Blackstone wurde nach der Gründung von Invitation Homes zum größten Eigentümer von Einfamilienhäusern in den USA.

Aber obwohl Blackstone eine sehr bekannte Vermögensverwaltungsgesellschaft ist, unterscheidet sie sich nicht grundlegend von anderen Vermögensverwaltern. Sie alle folgen der gleichen Art von Modellen. Blackstone schafft es, mehr Kapital von Investoren zu beschaffen, aber es geht nicht grundsätzlich anders vor.

Stellt die Vermögensverwaltungsgesellschaft für Sie eine grundlegend neue Form des Kapitalismus dar?

Ich glaube nicht, dass die an Bedeutung zunehmende Rolle der Vermögensverwalter im heutigen Kapitalismus eine neue *Form* des Kapitalismus darstellt. Ich glaube aber, dass das Hervortreten von Vermögensverwaltern der wichtigste Ausdruck der Rentier-Dimension¹ für den Kapitalismus von heute ist.

Es gab schon immer einen Aspekt des Kapitalismus, bei dem es darum ging, die monopolistische Kontrolle über wichtige Ressourcen oder Vermögenswerte zu erlangen und durch diese Kontrolle Renditen zu verdienen. In den letzten Jahrzehnten sind wir in eine Periode des Kapitalismus eingetreten, in der dieser Rentier-Aspekt besonders hervorgehoben wird und in der Rentiers viel mehr Macht und Gewinn als zuvor angesammelt haben. Die neoliberale Politik schuf die Voraussetzungen für eine Wiederbelebung des Rentiers, und Vermögensverwalter sind eine primäre Verkörperung dieser erneuten Rentierisierung des Kapitalismus.

Sie schildern überzeugend Macht und Reichweite von Vermögensverwaltern über unser Leben und wie sie strukturell angelegt sind, um Arbeiter und Mieter überauszubeuten. Was sollte dann getan werden, um ihre Macht in Frage zu stellen?

Ich glaube nicht, dass Vermögensverwalter im Moment sehr verwundbar sind. Ein Teil ihrer Stärke liegt darin, dass sie für viele Menschen weitgehend unsichtbar sind. Und es ist ihnen gelungen, vielen politischen Entscheidungsträgern Sand in die Augen zu streuen. Sie haben die Regierungen irgendwie davon überzeugt, dass sie ehrbare Verwahrer der Vermögenswerte seien, die sie kontrollieren, und auch, dass sie normalen Rentnern helfen, gute Renditen auf ihre Altersvorsorge zu erzielen.

Wenn sie eine Schwachstelle haben, liegt es vielleicht daran, dass viele Untersuchungen zeigen, dass die Arten von Vermögensverwaltern, die ich in meinem Buch untersuche, *nicht* wirklich besonders starke Renditen liefern. Wenn man die von ihnen erhobenen Gebühren abzieht, deuten viele Untersuchungen darauf hin, dass sie im Durchschnitt keine viel besseren Renditen erzielen als ein Basis-Indexfonds. Und tatsächlich sind die Fälle von katastrophalem Versagen häufiger.

Gibt es Dinge, die getan werden können? Sicher. Das Offensichtliche ist, dass man sie einfach davon abhalten kann, bestimmte Arten von Dingen zu besitzen. Es gibt nichts, was Regierungen davon abhält zu sagen, dass

bestimmte Arten von Vermögenswerten einfach nicht im Besitz bestimmter Arten von Akteuren wie Vermögensverwaltern sein sollten. Man könnte es verbieten, und das würde wahrscheinlich auf viel Zustimmung stoßen.

Man kann auch reale Vermögenswerte für Investoren unattraktiv machen. Zum Beispiel begann Blackstone 2017 mit dem Kauf vieler Wohnungen in Berlin, aber dann führte die Berliner Stadtverwaltung neue Regeln ein, die die Möglichkeiten der Vermieter zu Mieterhöhungen beschränkten und in einigen Fällen sogar zu Mietzins-senkungen führten. Blackstone sagte sofort: „Okay, wir investieren nicht mehr in Berliner Wohnungen.“ So etwas kann man machen. Leider wurde etwa ein Jahr später das Berliner Mietgesetz aufgehoben, aber die Tatsache, dass Blackstone sagte, dass sie nicht mehr investieren würden, zeigt, dass man Maßnahmen ergreifen kann, um diese Vermögenswerte unattraktiv zu machen.

Derek Seidman ist Schriftsteller, Forscher und Historiker und lebt in Buffalo, New York. Er schreibt regelmäßig für *Truthout* und für *LittleSis*.

Brett Christophers ist Professor für Sozial- und Wirtschaftsgeographie an der Universität Uppsala in Schweden. Er ist Autor oder Mitautor von bisher fünf Büchern, darunter *Rentier Capitalism: Who Owns the Economy, and Who Pays for It?*

Übersetzung: Gerd Kersten

Copyright, *Truthout.org*. Reprinted with permission

¹ „Rentier“ im Sinne einer Person, die von Erträgen ihres Vermögens lebt. Siehe auch: https://en.wikipedia.org/wiki/Rentier_capitalism

NATO AUF EXPANSIONSKURS

Während die ukrainische „Frühjahrsoffensive“ bisher eher einem Debakel gleicht, in dem die ukrainische Bevölkerung als Kanonenfutter für westliche Interessen verheizt wird, legt die NATO auf ihrem Gipfel in Vilnius ihre strategischen Interessen offen.

■ **Galia Trépère**

„Unser Engagement für die Ukraine wird nicht nachlassen. Wir werden die Freiheit heute, morgen und so lange wie nötig verteidigen“, sagte Biden bei einem Treffen an der Universität von Vilnius nach dem NATO- und dem G7-Gipfel am 11. und 12. Juli. Die *Associated Press* berichtete, er habe „die Reaktion der USA und ihrer Verbündeten auf die Invasion in Moskau als Modell für die Bewältigung anderer globaler Herausforderungen, vom Klimawandel bis zum Erstarken Chinas, präsentiert und bekräftigt, die Positionen der Nationen seien stärker, wenn sie die breiteste und innigste Koalition errichten“.

Nach Bidens Worten ist der Stellvertreterkrieg, den die USA über das ukrainische Volk gegen Russland führen, Teil ihrer Offensive, um ihre Weltherrschaft aufrechtzuerhalten und weitere Bündnispartner anzubinden. Diese Offensive begann Anfang der 1990er Jahre mit dem Zusammenbruch der UdSSR und führte vom ersten Krieg gegen den Irak 1990/91 an der Spitze einer breiten Koalition, zu der auch die ehemalige UdSSR unter Gorbatschow unter der Schirmherrschaft der UNO gehörte, bis zur aktuellen Neuausrichtung in Europa und im asiatisch-pazifischen Raum, wobei ihr der russische Vorstoß, die Ukraine zu besetzen, zugute kam, nachdem die Kriege gegen den Irak und Afghanistan in einem Fiasko geendet waren. Die USA und ihre Verbündeten, die alten imperialistischen Mächte, sind also die Hauptkriegstreiber in der Welt.

Die westliche Propaganda versucht, ihre Politik zu rechtfertigen und ihre wahren Ziele zu verschleiern, indem sie den russischen „Imperialismus“ anprangert und sich auf das Recht der gewaltsam angegriffenen Ukraine auf Unabhängigkeit beruft. Die Entwicklung dieses reaktionären Krieges zeigt einerseits den Wahnsinn von Putins barbarischem Kriegsabenteuer und die blutige Sackgasse, in die er Russland geführt hat, offenbart aber auch die Politik und die militärische Eskalation der USA und ihrer Verbündeten, ihre wahren Ziele und ihre wirtschaftlich und militärisch dominante Machtposition. Der Militärhaushalt der USA beläuft sich inzwischen auf 860 Milliarden US-Dollar, 40 % der weltweiten Militärausgaben und die Zahl ihrer Militärstützpunkte auf 800 in über 70 Ländern.

Sie haben die ukrainische Bevölkerung nicht etwa dabei unterstützt, sich von dem mörderischen Krieg zu befreien, den Putin entfesselt hat, sondern sie vielmehr zum Kanonenfutter eines Krieges gemacht, den sie stellvertretend führen lassen, um ihre eigenen Großmachtinteressen zu verteidigen und ihre Hegemonie aufrechtzuerhalten, die es ihren multinationalen Konzernen ermöglicht, den Löwenanteil an der Ausplünderung der Völker und der Natur auf der ganzen Welt an sich zu reißen.

Viel Lärm um nichts

Der am meisten beachtete Tagesordnungspunkt des NATO-Gipfels war, ob die Ukraine in absehbarer Zeit in das

Bündnis aufgenommen würde, wie von Selenski vehement gefordert. Keines der NATO-Mitglieder war für einen sofortigen Beitritt, insbesondere nicht die USA, die dadurch gezwungen wären, vor Ort direkt in den Krieg einzugreifen. Aber einige Staaten, darunter die meisten Länder des ehemaligen Ostblocks, insbesondere die baltischen Staaten und Polen, forderten eindeutige Zusagen und einen Zeitplan für den Beitrittsprozess. Das Schlusskommuniqué mit den Worten „Die Verbündeten werden im Konsens eine Beitrittseinladung an die Ukraine aussprechen, wenn die Voraussetzungen für eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine erfüllt sind“ war äußerst vage. Daher zeigte sich Selenski auch sehr unzufrieden und irritiert, obwohl die Entscheidungen der NATO und später der G7 für ihn sehr vorteilhaft waren. Der Ukraine bleibt der übliche Integrationsprozess erspart, den alle osteuropäischen Staaten durchlaufen müssen, und es wurde ein NATO-Ukraine-Komitee eingerichtet, dessen erste Sitzung am Ende des Gipfels stattfand. Hierbei saß Selenski zwischen dem britischen Premierminister und dem türkischen Diktator Erdogan, nachdem er zuvor an dem Gruppenfoto der G7 zwischen Biden und dem japanischen Premierminister teilnehmen durfte.

Zwischen den G7-Staaten und der Ukraine wurde ein mehrjähriger Vertrag geschlossen, der die stückweise Lieferung von Militärgütern durch feste Verpflichtungen über einen längeren Zeitraum ersetzen und die Ausbildung von Zehntausenden ukrainischen Soldaten – 24 000 wurden bereits in EU-Ländern ausgebildet – vorsehen soll. Zudem bot Biden der Ukraine ein Vorgehen an, das dem, wie er ausdrücklich sagte, mit Israel vereinbarten Modell ähnelt, mit 3,8 Milliarden Dollar Militärhilfe pro Jahr über einen Zeitraum von zehn Jahren. Dieser Vergleich mit dem Staat Israel, dem bewaffneten Arm der USA im Nahen Osten und Henker des palästinensischen Volkes, sagt viel darüber aus, welche Rolle die USA der Ukraine zuweisen wollen: Die Bevölkerung soll als Kanonenfutter in einem grausamen Krieg den Interessen der Großmächte im Namen des Freiheitskampfes geopfert werden.

Ein schäbiger Handel

Dies ist ein „historischer Tag“, sagte NATO-Generalsekretär Stoltenberg, als er die Einigung zwischen Schweden und der Türkei kommentierte, die sich bis kurz vor dem Gipfel gegen die Aufnahme von Schweden in das Bündnis gesträubt hatte. Gemäß den Verpflichtungen, die Schweden auf dem vorherigen NATO-Gipfel in Madrid 2022 eingegangen war, stimmte es der Wiederaufnahme von

Waffenexporten in die Türkei zu. Vor allem aber hatte das Land schärfere Antiterrorgesetze erlassen, die sich ausdrücklich gegen die Kurd*innen der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) richten, und sie sofort in die Tat umgesetzt, indem es einen kurdischstämmigen Türken wegen „Erpressung und versuchter Terrorismusfinanzierung“ zugunsten der PKK verurteilte.

Einige Tage zuvor hatte Erdogan Selenski in Istanbul empfangen. Dieser war von dort mit fünf Kommandeuren des ultranationalistischen Asow-Bataillons zurückgekehrt, die nach dem Fall von Mariupol im Mai 2022 von den Russen gefangen genommen und in die Türkei gebracht worden waren, wo sie gemäß den Bedingungen einer mit Russland bei einem Gefangenenaustausch getroffenen Vereinbarung bis zum Ende des Krieges bleiben sollten. Erdogan, der sich bis dahin von den Sanktionen gegen Russland distanziert hatte, feilschte um seine Unterstützung für den Krieg und schob in letzter Minute die Forderung nach Wiederaufnahme des 2005 begonnen und seitdem stillgelegten EU-Beitrittsprozesses der Türkei nach. Er erreichte damit die Zusage Schwedens, sich für die Wiederaufnahme der Beitrittsverhandlungen einzusetzen.

„Ich bin bereit, mit Präsident Erdogan und der Türkei zusammenzuarbeiten, um die Verteidigung und Abschreckung in der euro-atlantischen Zone zu stärken“, sagte Biden anschließend und warf ein grelles Licht auf sein Verständnis“ von „Verteidigung der Freiheit“. Die hat für ihn nichts zu tun mit den demokratischen Rechten der kurdischen Bevölkerung, die vom türkischen Staat gewaltsam unterdrückt wird, und den Tausenden türkischen Journalist*innen, Intellektuellen und Beamt*innen, die Erdogan nach dem Putschversuch gegen sein Regime im Jahr 2016 ins Gefängnis werfen ließ, womit seine Diktatur noch weiter ausbaute. Dieser Kuhhandel zeigt, wie die Großmächte die Rechte der Völker, die sie zynischerweise zu verteidigen vorgeben, verschachern.

Mit der Aufnahme in die NATO haben Schweden und Finnland mit ihrer Tradition der Neutralität gebrochen, die sie noch vor dem Krieg hatten, so wie zuvor auf einer anderen Ebene auch Deutschland und Japan, die nun zu den kriegslüsternten Verbündeten der USA gehören. Die Integration neuer Länder in die diplomatisch-militärische Entourage der USA geht einher mit dem Aufstieg rechtsextremer Kräfte, dem Wiederaufleben alter Strömungen, die aus der Kollaboration mit den Nazis während des Zweiten Weltkriegs hervorgegangen

sind, und der Zunahme bellizistisch-nationalistischer Tendenzen.

Für „unsere Sicherheit“ ...

Während in Osteuropa die Staaten des ehemaligen Ostblocks, insbesondere die baltischen Staaten, eine Verstärkung ihres militärischen Schutzes vor Russland fordern, legte die NATO „regionale Pläne“ offen, „die sich auf eine Truppenstärke von 300 000 Soldaten mit einer umfangreichen Luft- und Marineunterstützung stützen“. Neben den USA mit einer Truppenstärke von 100 000 Mann spielen Polen und Deutschland sowie der französische Staat eine entscheidende Rolle.

Doch, wie Stoltenberg erklärte, „ist Sicherheit kein regionales, sondern ein globales Thema“. Folgerichtig waren zu dem NATO-Gipfel die Staats- und Regierungschefs von Australien, Japan, Neuseeland, Südkorea und der Europäischen Union eingeladen. „China ist nicht unser Gegner, und die Interaktion mit China sollte fortgesetzt werden“, aber „Pekings zunehmendes Machtstreben hat Auswirkungen auf unsere Sicherheit“. „Wir müssen daher Einigkeit zeigen, wenn wir die auf Regeln basierende internationale Ordnung bewahren wollen“, Regeln, die auf der Dominanz der USA und ihrer Verbündeten beruhen.

Das Schlusskommuniqué des Gipfels bekräftigt unmissverständlich die strategischen Ziele der NATO, die Ausweitung ihres Einflusses und ihrer Herrschaft über die Welt, in Übereinstimmung mit dem Willen der USA, ihre weltweite Hegemonie zu bewahren, die sie durch den Aufstieg und die Konkurrenz auf dem kapitalistischen Markt ehemaliger Kolonien bedroht sehen, die ihre Unabhängigkeit gegen die alten imperialistischen Mächte errungen haben und nun ihre Herrschaft über die Welt in Frage stellen: China, aber auch Brasilien, Indien ... Jeder nutzt die Rivalitäten, um im globalisierten Wettbewerb mitzuspielen, wie Modi, der indische Tyrann, Hindu-Fanatiker und Muslimfeind, der am 14. Juli mit großem Pomp von Macron empfangen wurde, der wiederum sein eigenes Spiel betreibt, indem er ihm 26 Rafale (Mehrzweckkampfflugzeuge [Anm. d. Red.]) verkauft hat. Der wird getrieben von der Hoffnung, nicht nur Dassault zu subventionieren, sondern auch eine Rolle in der indopazifischen Zone spielen zu können, die Schauplatz zunehmender internationaler Spannungen zwischen Peking und Washington ist.

Die neue internationale Ordnung des globalisierten Finanzkapitalismus, die von den USA und ihren Verbündeten festgelegt und durchgesetzt wurde, wird vor dem

Hintergrund wirtschaftlicher Instabilität destabilisiert, die durch Krieg und die Verschärfung der internationalen Konkurrenz und Spannungen noch verschärft wird. Dies wiederum führt zum Anstieg von Nationalismus und Militarismus, der die Welt mit einer Globalisierung des Krieges bedroht.

... sorgen nicht die Kriegsherren

Auch wenn der Krieg formal von Putin und der Invasion der Ukraine durch die russische Armee ausgelöst wurde, ist er im Grunde eine Fortsetzung der verschärften Konkurrenz zwischen den kapitalistischen Räufern, die sich um die natürlichen Ressourcen und die Früchte menschlicher Arbeit streiten, auf militärischem Gebiet. In der Ukraine und in Russland hat er bereits Hunderttausende von Toten und Verletzten gefordert, die für fremde Interessen zur Schlachtbank geführt werden. Er hat internationale Auswirkungen sowohl durch die Wirtschaftssanktionen als auch durch die galoppierende Militarisierung der Welt.

Wenige Tage vor dem Gipfeltreffen in Vilnius kündigte die US-Regierung an, der ukrainischen Armee hunderttausende Streubomben zu schicken, die jeweils einige Dutzend bis 600 kleinere Bomben enthalten, die sofort oder Jahre später explodieren können und die bereits im ehemaligen Jugoslawien, im Irak, in Laos, Kambodscha und im Libanon verheerende Schäden unter der Zivilbevölkerung angerichtet haben. Über verschiedene Kanäle – Staaten, Europäische Union, NATO, G7, die sogenannte Ramstein-Gruppe, benannt nach der US-Militärbasis in Deutschland, wo sie ihr erstes Treffen abhielt, und die rund 50 Länder umfasst – fließt Militärhilfe in die Ukraine.

Laut einem Artikel von *Les Echos* vom 11. Juli belaufen sich die „Zusagen für militärische Hilfe an Kiew insgesamt auf über 102 Milliarden Euro, wovon zwei Drittel aus NATO-Ländern stammen“. Bis Ende April 2023 wurden 230 westliche Panzer und 1550 gepanzerte Fahrzeuge geliefert. Vor kurzem gaben die USA grünes Licht für die (Weiter-) Lieferung von F16- und F18-Kampfflugzeugen, die sie an andere Länder geliefert hatten. Zudem ist die Ausbildung ukrainischer Piloten geplant. Daneben wurden auch Lieferungen von Hunderten von Kurz- und Mittelstrecken-Luftabwehrraketen sowie Langstreckenraketen aus Frankreich und Großbritannien angekündigt.

Die Europäische Union plant die Subventionierung von Waffenherstellern, um die Produktionskapazität ihrer Mitgliedsländer in den nächsten zwölf Monaten auf eine Million Geschosse pro Jahr zu erhöhen, damit die Europäer ihre Bestände auffüllen und die Waffenlieferungen an

die Ukraine fortsetzen können, die nach eigenen Angaben derzeit 5000 Geschosse pro Tag verbraucht. Die europäischen Mächte werden immer stärker in den Krieg hineingezogen, zumal die USA angesichts der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in den USA ihnen so viel Verantwortung wie möglich übertragen wollen, bis hin zu einer möglichen direkten Intervention von Ländern wie Polen. Der Preis dafür wird für das ukrainische Volk, das den Interessen der Großmächte geopfert wird, für die russische Bevölkerung, die der kriegslüsternden Diktatur Putins unterworfen ist, aber auch für die Menschen in Europa und dem Rest der Welt immer höher werden.

Die von den Großmächten geführten Kriege haben bereits unzählige Menschenleben gefordert und Hunderte von Regionen der Welt verwüstet, oft die ärmsten, über die man nicht spricht. Sie drohen, sich auf den gesamten Planeten auszudehnen. Das Recht der Völker ist unter der Herrschaft des senilen Kapitalismus ein leeres Wort. Die einzige Antwort auf diese Barbarei ist die Verbrüderung, der Aufstand der Arbeiter*innen und der Völker, um ihr eigenes Schicksal in die Hand zu nehmen, den herrschenden Klassen und den Kriegstreibern die Macht aus der Hand zu nehmen und der kapitalistischen Ausbeutung ein Ende zu setzen.

Dafür müssen wir unsere völlige Unabhängigkeit von Militarismus und Burgfrieden, von der offiziellen Kriegspropaganda und unserer eigenen Regierung behaupten, deren Lügen über die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker entlarven und bekämpfen, damit wir die Hände frei haben, um unsere eigenen Rechte zu verteidigen und mit einer Macht Schluss zu machen, die gegen uns Krieg führt.

aus *Démocratie révolutionnaire* vom 16.7.2023

Übersetzung: MiWe



VON LISSABON NACH KRYWYJ RIH

Das nachfolgende Interview wurde Ende Mai mit dem Gewerkschaftsaktivisten und Mitglied von Socialnyj Ruch (Soziale Bewegung) **Jurij Samoil** geführt. Wir bringen Auszüge.

Was sind – neben der Lohnfrage – die drängendsten Probleme der Linken, mit denen du gesprochen hast?

Jurij Samoil: In den europäischen Ländern, nicht nur in Frankreich, [...], treibt die Menschen die Anhebung des Renteneintrittsalters um. [...] Selbst wenn jemand einen gefährlichen Job hat, wirkt sich dies nicht wesentlich auf den Renteneintritt aus. In der Ukraine ist der Unterschied zwischen zwei Gehältern größer. Im Vergleich zu den westlichen Ländern sind wir immer noch dabei, „die Marke zu halten“.

Wir müssen für Lohnsteigerungen kämpfen, um auf das gleiche Niveau [wie in Westeuropa] zu kommen, unabhängig davon, ob wir in der EU sind oder nicht.

Einige Leute denken, dass sich die Änderungen der ukrainischen Gesetzgebung von den Änderungen der europäischen Gesetzgebung unterscheiden. In Wirklichkeit passen sie gut in das Gesamtbild der allgemeinen Angleichung der Sozialbereiche in Europa. Dies gilt für alle Aspekte der Arbeit, mit Ausnahme der Löhne, die die Eliten in den jeweiligen Ländern versuchen, niedrig zu halten. Manche hängen dem Irrglauben an, dass wir, wenn wir in die EU eintreten, umgehend die gleichen Löhne wie in haben werden. Doch das ist nicht möglich. Um das gleiche Niveau zu Frankreich oder Deutschland erreichen, müssen wir für Lohnerhöhungen kämpfen, unabhängig davon, ob wir Teil der EU sind.

Haben sie neben der Sorge um das Renteneintrittsalter noch über andere Probleme berichtet?

Sie setzen sich auch mit der Behauptung der Unternehmer auseinander, die Löhne seien wegen des Kriegs in der Ukraine eingefroren. Es stellt sich heraus, dass sie damit ein Narrativ befördern, das der Bevölkerung dieser Länder nahelegt, der Ukraine nicht zu helfen und sich auf die Seite unseres Feindes zu stellen.

Es stellt sich also heraus, dass sie die Situation für ihre eigene Bereicherung nutzen?

Ja, um des Profits willen. Ihnen geht es nicht um die Menschen. Es gibt noch ein weiteres Problem, das für die Linken in Europa von größter Bedeutung ist. Sie können sich nicht an die neuen Realitäten anpassen, sie denken in alten Mustern. Deshalb besetzen populistische Organisationen, nennen wir sie die neuen Faschisten, den freien politischen Raum. Die linken Organisationen, die ich kennengelernt habe, machen wenig mit jungen Menschen. Sie haben keine spezifische Jugendpolitik, solche Organisationen haben keine Zukunft.

Du meinst, sie beziehen die Jugendlichen nicht in gewerkschaftliche Aktivitäten ein?

Sie meinen, dass junge Menschen sich selbst engagieren und bilden sollten, wie ein Kind, das in einer Familie aufwächst. Ihrer Meinung nach ist jede Organisation eine große Familie (lacht). Sie verlieren junge Mitglieder. Die alten, ideologisch motivierten und gefestigten Aktiven gibt es zwar noch, aber sie sterben aus. Und sie kümmern sich nicht um die neuen Wähler*innen, also unterstützen

diese Leute irgendeinen Blödsinn. In der Ukraine ist es das Gleiche: Die Leute wählen ein Bild.

Es gibt noch ein weiteres Problem, das für die Linke in Europa entscheidend ist. Sie können sich nicht an die neuen Realitäten anpassen, sie kleben an den alten Erzählungen.

Wie hoch ist das Durchschnittsalter der Gewerkschaftsaktivisten?

Diejenigen, die ich getroffen habe, waren meist älter, sogar älter als ich. Ich habe auch Menschen mittleren Alters und junge Leute gesehen, aber nicht viele. In der polnischen Gewerkschaft Inicjatywa Pracownicza sind vorwiegend junge Leute. Es ist eine neue, dynamische und interessante Gewerkschaft. Die Mitglieder erklären, dass die IP eine anarchosyndikalistische Organisation ist. Das ist genau das Richtige für junge Leute. Sie sind auf eine gute Art revolutionär.

Und sie befassen sich mit neueren Arbeitsverhältnissen wie der prekären Arbeit bei Amazon?

Ja. Sie tun es, und sie sind gut darin, weil dort junge Leute arbeiten. [...]

In Deutschland sind es vor allem Rentner*innen. Dort ist die Situation generell traurig: Die rechtspopulistische Partei Alternative für Deutschland (AfD) hat der Linken die Wähler*innen weggenommen. Seltsamerweise halten die Bürger*innen die Partei für links. Sie unterscheiden die AfD nicht wirklich von der LINKEN. Die AfD arbeitet mit jungen Leuten, was die LINKE gar nicht tut. Ich habe ihnen gesagt, dass sie dies im Auge haben sollten. Wisst ihr, was der Vorteil der Sozialen Bewegung (Sotcialnyj Ruch) ist? Dass ich der einzige Ältere bin. Die anderen sind dreimal jünger (lacht) [...]

Welches sind die drängendsten Fragen des Klassenkampfes in der Ukraine? Und was hat sich deiner Meinung nach durch den voll entwickelten Krieg geändert?

Die Probleme der Arbeiter*innenklasse in der Ukraine haben sich verschärft, weil die Arbeiter*innen jetzt an der Front stehen. Es ist mehr Blut geflossen. Wenn ich mit denjenigen spreche, die an der Front kämpfen, stelle ich fest, dass die Menschen nur schwarz-weiß denken. Die Beziehungen in den Militäreinheiten verlaufen parallel zur Kapitalisierung der Gesellschaft. Ganz gleich, was sie behaupten: Die Armee ist in Schichten geteilt. Und das berührt einen Nerv. In meiner kleinen Gewerkschaft

kämpfen 200 Leute, und weitere 300 sind Verwandte von Gewerkschaftsmitgliedern. Deshalb drehen sich alle Gespräche in den Familien um den Krieg, die Front, die Soldaten und die Auswirkungen auf das Leben aller.

In Krywyj Rih gab es bereits mehrere Proteste gegen die Verhältnisse in den Militäreinheiten, und es ist klar: Sie ähneln den Protesten gegen die Verhältnisse in den Bergwerken. Etwas Ähnliches geschah in Kryvyj Rih am Vorabend des 1. Mai. Etwa tausend Frauen hatten sich versammelt, um herauszufinden, wie es ihren Ehemännern ging. Wir sprechen von den Stahlarbeitern, die jetzt im Krieg sind. Sie beschwerten sich über Korruption, Inkompetenz einiger Beamter und über Diebstahl. Es gab Fragen zur ungerechten Behandlung der einfachen Soldaten (Arbeiter, die zu Soldaten wurden) durch Offiziere (Topmanager). So wurden die Probleme der ukrainischen Zivilgesellschaft in der Armee übernommen.

Wir befinden uns jetzt seit über einem Jahr im Krieg. Zu Beginn der groß angelegten Invasion befanden wir uns in einem Schockzustand, aber jetzt sind wir in der Lage zu analysieren, was in der Armee vor sich geht, und wir müssen es analysieren. Ich möchte euch ein Beispiel geben. Als Aktivist erhielt ich einen Anruf zu folgendem Problem: Der Familie wurde mitgeteilt, dass ihr Mann getötet wurde und seine Leiche in der grauen Zone liegt. Da es aber unmöglich ist, die Leiche zu bergen, wurden die Zahlungen an die Familie eingestellt. Keine Leiche, kein Geld. Das ist Kapitalismus. Ein anderer Fall: Der Kommandant und die gesamte Einheit wurden getötet. Es gibt niemanden, der die Tatsache des Todes bestätigt. Könnt ihr euch die Situation vorstellen, in der sich die Familien befinden? Der soziale Kampf, so sehr sie auch versuchen, ihn zu verbergen, hat sich auf die Streitkräfte der Ukraine verlagert. Dort geschehen die gleichen Dinge, nur dass sie jetzt mit Blut vermischt sind.

Ist deiner Meinung nach das Verbot von linken Symbolen und Namen ein großes Problem für die linke Bewegung in der Ukraine? Siehst du das als ein Hindernis für die weitere Entwicklung der Arbeiter*innenbewegung und der Linken?

Saakaschwili bekämpfte einst die Gewerkschaften in Georgien¹. Nur die stärksten überlebten diese Repression. Jetzt sind die Gewerkschaften dort wieder voll funktionsfähig, Georgien ist zu einem der dynamischen Zentren der Gewerkschaftsbewegung geworden. Ich denke also, dass das Verbot von Symbolen letztlich den Rechten schadet.

Ich habe mit den Rechten gesprochen – man kann sie sogar als Faschisten bezeichnen – und sie haben mir gesagt: „Symoneko, Moroz und Co. sind keine Kommunisten. Die wirklichen Kommunisten seid ihr und die Soziale Bewegung“. Sie wissen also Bescheid, und egal, wie wir uns bezeichnen, werden wir für sie immer noch Kommunisten sein.

Das Verbot der Symbole zeigt nur, dass die Machthaber Angst vor uns haben. In Wirklichkeit ändert es nichts. Dieses oder jenes Symbol – wo ist der Unterschied? Es gibt eine Geschichte über einen Zollbeamten, der fragte, ob die Sterne auf Converse-Schuhen und Karlsberg-Bier kommunistisch sind (lacht). Die Leute, die linke Symbole verbieten, glauben, dass Rosa Luxemburg und Karl Marx russische Faschisten sind. Warum also überhaupt über sie reden?

Yurij Samoïl ist Mitglied der unabhängigen Bergarbeitergewerkschaft in Krywyj Rih und unterstützt seit Jahren den Kampf der Kolleg*innen im Bergbau und in der Metallindustrie. Im Frühjahr traf er Gewerkschaftsaktivist*innen in mehreren europäischen Ländern. (Das ist die Erklärung für den Titel „Von Lissabon nach Krywyj Rih“)

Übers.: Jakob S.

1 Unter der Regierung Saakaschwili fand eine beispiellose Deregulierung statt. Kontrollorgane wie die Arbeits-, Gesundheits- und Lebensmittelinspektion wurden abgeschafft. So wurde Georgien zum einzigen Land unter den 183 Mitgliedern der Internationalen Arbeitsorganisation, das keine funktionierende Arbeitsaufsichtsbehörde hat. Der Staat war somit nicht in der Lage, die Gesundheit und Sicherheit der Arbeiter*innen in den Betrieben zu überwachen. Gewerkschafter*innen wurden verfolgt. Georgien lag auf Rang 6 der Länder mit den schlechtesten Arbeitsgesetzen.

NEU bei ISP



Wolfgang Alles
Für Einheitsfront gegen Faschismus

Zur Politik und Geschichte der Linken Opposition ab 1930

Wissenschaft&Forschung 1
Aktualisierte Neuauflage
305 Seiten, 29,80 €
ISBN 978-3-89 900-001-6

Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Hermann Weber und einem Nachwort des Autors zum aktuellen Forschungsstand. Gegenüber der Erstausgabe wurden weiterhin Kurzbiographien von Mitgliedern der LO und der IKD sowie Abbildungen der Publikationen der LO und der IKD hinzugefügt.

1930 gründete sich die Linke Opposition der KPD (LO). *Wolfgang Alles* zeichnet mit seiner »Pionierleistung« (Prof. Dr. Hermann Weber) fundiert Politik und Geschichte der Linken Opposition der KPD ab 1930 nach. Die LO entwickelte eine realistische Alternative zu dem Versagen der Führungen von SPD, KPD und Gewerkschaften im Kampf gegen den Faschismus. Eine Alternative, deren Grundgedanken für den heutigen Kampf gegen die neuerliche faschistische Bedrohung sehr aktuell sind.

Neuer ISP Verlag GmbH

Tel.: (0721) 3 11 83

e-mail: neuer.isp.verlag@t-online.de

Internet: www.neuerispverlag.de

KEINE STREUBOMBEN – AUCH NICHT FÜR DIE UKRAINE

Fred Leplat setzt sich im Namen von Anti*Capitalist Resistance kritisch mit der umstrittenen Lieferung von Streumunition aus den USA an die Ukraine zur Bekämpfung der russischen Invasion auseinander. Dabei wägt er die Notwendigkeit eines bewaffneten Widerstands gegenüber den potenziellen humanitären Risiken dieser international geächteten Waffen ab.

■ Fred Leplat

Die Lieferung von Streumunition durch die USA an die Ukraine muss abgelehnt werden. Antikapitalisten und Internationalisten unterstützen vorbehaltlos das ukrainische Volk in seinem bewaffneten Widerstand zur Befreiung seines Landes von der völkermörderischen russischen Invasion. Aber die Unterstützung für die Ukraine ist nicht unbedingt unkritisch. Wir haben den Angriff der Selenski-Regierung auf die Arbeitnehmerrechte im Lande und ihre Unterstützung der neoliberalen Politik kritisiert. Jetzt müssen wir ihren Einsatz von Streumunition kritisieren.

Der Einsatz von Streumunition in Gebieten, in denen sich Zivilist*innen aufhalten, bedeutet einen unkalkulierbaren Angriff und eine Verletzung des Völkerrechts. Streumunition öffnet sich beim Anflug und verteilt Dutzende oder sogar Hunderte kleinerer sog. Bomblets über ein Gebiet von der Größe eines Häuserblocks. Viele dieser Bomblets explodieren beim ersten Aufprall nicht und hinterlassen Blindgänger, die wie Landminen wirken und noch Jahre oder sogar Jahrzehnte danach eine Gefahr für die Zivilbevölkerung darstellen. Aus diesem Grund wurde Streumunition von über 100 Ländern, die dem Überein-

kommen über Streumunition beigetreten sind, komplett verboten. Russland, die Ukraine und die USA haben das Übereinkommen jedoch nicht unterzeichnet.

Man kann verstehen, dass die Ukraine alle Waffen haben möchte, die für einen schnellen und entscheidenden Sieg gegen die russische Armee notwendig sind. Aber Sozialist*innen setzen sich seit Jahrzehnten für das Verbot von Streumunition sowie von Atom- und Chemiewaffen ein, und wir sollten unsere Position jetzt nicht ändern.

Der ukrainische Verteidigungsminister Oleksij Resnikow erklärt, dass Streumunition in erster Linie dazu dienen soll, die russischen Verteidigungslinien zu durchbrechen, dass sie nicht in städtischen Gebieten eingesetzt werden soll und dass nach dem Sieg die ukrainischen Gebiete entminiert werden sollen. Er verweist auch darauf, dass Russland in der Ukraine in großem Umfang Streubomben eingesetzt hat, und es daher für die Ukraine akzeptabel ist, sie ebenfalls einzusetzen. Diese Argumentation ist gefährlich, da sie zur Rechtfertigung des Einsatzes anderer Massenvernichtungswaffen wie nuklearer oder chemischer Waffen oder von umweltschädlichen Waffen wie Napalm oder Agent Orange verwendet werden könnte. Human

Rights Watch hat dokumentiert, dass auch die Ukraine Streumunition eingesetzt hat, wenn auch in viel geringem Umfang. Sie wurde zwar nicht in Städten eingesetzt, hat aber dennoch Tote und Verletzte unter der Zivilbevölkerung verursacht.

Human Rights Watch zufolge „ist die Streumunition, die die USA in die Ukraine zu schicken gedenken, mehr als 20 Jahre alt, streut über ein großes Gebiet und hat eine notorisch hohe Ausfallrate, was bedeutet, dass sie noch jahrelang tödlich sein kann.“ Das weitgehende Verbot von Streumunition kommt den USA entgegen, um alte Bestände loszuwerden, die nicht verkauft werden können und deren Entsorgung gefährlich und teuer ist. Für die Ukrainer*innen hinterlässt sie jedoch ein gefährliches Erbe. Noch immer sterben jedes Jahr Hunderte von Menschen auf der ganzen Welt durch nicht explodierte Streumunition.

Unabhängig von den militärischen Argumenten wird die Ablehnung der Bestimmungen des Übereinkommens über Streumunition es der Ukraine erschweren, mit völkerrechtlichen Prinzipien zu argumentieren. Wenn die Ukraine Waffen erhält, für die die meisten UN-Mitgliedsstaaten (einschließlich des Vereinigten Königreichs) ein Verbot anstreben, werden sie sich schwerer tun, die Solidarität und Verurteilung der illegalen russischen Besetzung durch diese Staaten zu gewinnen.

Solange die russische Armee nicht aufhört zu kämpfen und sich nicht zurückzieht, haben die Ukrainer*innen keine andere Wahl, als ihren bewaffneten Widerstand fortzusetzen. Es ist unwahrscheinlich, dass Russland die Kämpfe in absehbarer Zeit einstellt, wenn man die von Putin erklärten Ziele bedenkt, nämlich die Entnazifizierung und Entmilitarisierung der Ukraine und damit die Integration in die russische Einflusszone. Deshalb unterstützen wir ihr Recht, konventionelle Waffen und Minenräumungshilfe zu erhalten. Sie braucht auch nichtmilitärische Hilfe, insbesondere medizinische Hilfe und Unterstützung für die Flüchtlinge.

Viele Länder, die von einem viel größeren Land überfallen wurden, haben dennoch gesiegt, aber nicht nur mit militärischen Mitteln. Wenn die Ukraine die weltweite Solidarität aufrechterhalten will, sollte sie das von über 100 Ländern verhängte Verbot von Streumunition nicht brechen. Die Ukraine muss auch Kriegsgegner*innen in Russland unterstützen und Deserteure aus deren Armee aufnehmen. Der Wiederaufbau nach dem Krieg muss auf eine andere Ukraine mit wirtschaftlicher und sozialer Gerechtigkeit abzielen, nicht auf eine, in der die

Reichtümer des Landes dem westlichen Kapitalismus überlassen werden. Ein solcher Wiederaufbau würde den Ukrainer*innen die Hoffnung geben, dass die Befreiung ihres Landes mehr sein wird als nur ein Sieg über die russische Armee. Und die Ukraine braucht auch eine breite internationalistische Solidaritätsbewegung, die ihren bewaffneten Widerstand unterstützt, aber gleichzeitig den wachsenden Militarismus im Westen bekämpft.

aus *Anti*Capitalist Resistance* vom 10. Juli 2023
<https://anticapitalistresistance.org/ban-cluster-bombs-ukraine-is-no-exception/>

Übersetzung MiWe



413 MILLIARDEN FÜR DIE MILITARISTISCHE FLUCHT NACH VORN

Thierry Labica hat mit **Claude Serfati** ein Gespräch über das französische Militärbudgetgesetz LPM (loi de programmation militaire) und die damit einhergehenden Konflikte zwischen den imperialistischen Mächten geführt.

L'Anticapitaliste: Meine ersten beiden Fragen betreffen die unmittelbare Gegenwart: Was lässt sich über die unlängst erfolgte Verlautbarung des LPM-Gesetzes in Hinblick auf die Verteidigungspolitik unter Macron sagen? Handelt es sich dabei um eine konsequente Fortführung der bisherigen Politik oder um substanziell neue Weichenstellungen? Die zweite Frage bezieht sich auf die Ausführungen in deinem Buch *L'État radicalisé*, wo du an einer Stelle von einer zumindest relativen politischen Heterogenität von Teilen der Armee sprichst („Die Landstreitkräfte gelten als deutlich weiter rechts stehend.“). Hat das LPM-Gesetz bestimmte Einheiten des Militärs im Auge?

Claude Serfati: Wir erleben derzeit eine rasante Zunahme der Militarisierung Frankreichs. Aber „Militarismus“ und „Militarisierung“ sind fürs Erste große Worte. Zunächst einmal sei daran erinnert, dass es hier um ein Äquivalent von beispielsweise 300 000 Stellen für Pflegekräfte bzw. einer 20-prozentigen Budgeterhöhung geht. So gesehen folgt die zunehmende Aufrüstung keiner unvermeidlichen objektiven Logik; vielmehr handelt es sich um eine subjektive Entscheidung Macrons im Auftrag des Kapitals und (abgesehen von den wirtschaftlichen Aspekten) im Interesse Frankreichs als führende Weltmacht, die „ihren Platz behaupten“ muss. Solche Projekte laufen nun einmal über Geopolitik und Militär.

Und wenn man sich den enormen finanziellen Aufwand vor Augen hält, kann man annehmen, dass es nicht mehr um ein Weitermachen wie bisher geht. Somit sind alle bisherigen Aussagen über den Staatshaushalt hinfällig. Auch wenn dieser Aspekt in den Medien derzeit noch kaum beachtet wird, dürfte er bald in den öffentlichen Debatten auftauchen. Was über das Budget durchdringt, ist leider nicht falsch und sicher nicht zu unterschätzen. Die Lage des französischen Kapitalismus ist nämlich alles andere als rosig: Es gibt reale finanzielle Zwänge, mit Steuersenkungen auf der einen und einer Schuldenmechanik auf der anderen Seite. Daher wird es zu drastischen sozialen Einschnitten kommen müssen. Das lässt sich mit Äußerungen von Pierre Moscovici und dem Hohen Rat für öffentliche Finanzen (der Rechnungshof als Kontrollinstanz) belegen, denen zufolge es sich um eine „nicht ehrlich gemeinte“ Ankündigung handelt, und wörtlich, dass „Kürzungen bei anderen Posten erforderlich sein werden“. So viel zum ersten Punkt.

Was deine zweite Frage betrifft, nein, das LPM-Gesetz hat die gesamte Armee im Blick, nicht nur bestimmte Einheiten. Die vehementesten pro-militärischen Thinktanks haben übrigens bereits vor einigen Monaten mit Blick auf die Zukunft bemängelt, dass wir uns auf eine Art „*Bonsai-Armee*“ verlassen würden, und P. Folliot hat seinerseits als Mitglied des Verteidigungsausschusses (dem parlamentarischen Standbein des militärisch-industriellen

Komplexes) von einer „Stichprobenarmee“ gesprochen. La Vigie, ein Büro von „Strategieexperten“, kritisiert in ähnlichen Worten das Fehlen einer klaren strategischen Perspektive und versichert, dass man bereit ist, alles zu tun, ohne sich zwischen „Masse“ und „Kohärenz“ entscheiden zu müssen. Das sind zwei typische Ausdrücke der „Expertendiskussionen“ zu diesem Thema: „Masse“ bezieht sich auf eine klassische Variante des Kriegs (massiver Einsatz von Personal, Panzern usw.) und daher eher auf die Landstreitkräfte, während unter „Kohärenz“ die Stärkung des gesamten Systems verstanden wird. Die Mehrheitsmeinung tendiert dazu, dass Frankreich eher auf „Kohärenz“ setzt, obwohl es dafür *nie eine bewusste strategische Entscheidung gegeben hat* [Hervorhebung im Original]. „Kohärenz“ entspricht der Aufrechterhaltung des weltweiten Status quo, der sich auf militärische und zivile Atomkraft stützt, die folglich ausreichend finanziert werden muss, sowie auf ein Expeditionskorps, von dem man zwar weiß, dass es kaum zum Einsatz kommen wird, das aber im Zusammenspiel mit der Atomkraft ein Eckpfeiler der Größe Frankreichs ist und daher unbedingt beibehalten werden muss. Somit bleibt die dritte Säule: die Rüstungsindustrie, die ihr Recht einfordert. „Kohärenz“ bedeutet also, dass alle laufenden Programme unverändert fortgesetzt werden, selbst wenn sie keinen operativen Nutzen mehr haben.

Apropos Rüstungsindustrie: Gibt es einen zwangsläufigen Zusammenhang mit der Konjunkturpolitik? Und Zusatzfrage: Was sind die absehbaren Folgen für die Beschäftigung? Ich denke da an das Kapitel in *L'État radicalisé*, wo du ausführst, welche katastrophale Konsequenzen der französische militärisch-nukleare Etatismus für die Beschäftigung haben kann, obwohl man das im Allgemeinen nicht vermuten würde.

Ich war immer skeptisch, was die These von der Konjunkturbelebung durch Rüstungsausgaben betrifft. Erstens überwiegen die parasitären Effekte tendenziell die positiven Effekte, und zweitens, was noch wichtiger ist, treten diese Konjunkturbelebungs-effekte immer in bestimmten historischen Konstellationen auf. (Es handelt sich also nicht um Rezepte, die sich beliebig anwenden lassen.) Zum anderen waren sie vor allem typisch für die USA (insbesondere unter Reagan), denen es immer wieder gelingt, die Folgen für den Dollar auf den Rest der Welt abzuwälzen oder in die Finanzmärkte zu pumpen. Auswirkungen auf die Konjunktur lassen sich also nicht

leugnen, wobei enorme Summen auf dem Spiel stehen, selbst wenn sie sich über sieben Jahre verteilen: So sollen etwa 290 Milliarden in die Industrie fließen. Nicht zu vergessen die 40 Milliarden, die sofort in die fünf EPR-Reaktoren investiert werden sollen. Schließlich hängt das alles unmittelbar zusammen.

Jedenfalls werden die Folgen für den Staatshaushalt aufgrund der enormen Verschuldung katastrophal sein, denn wir werden in eine Spirale der Abhängigkeit von den Zinssätzen und den Bedingungen der Märkte für die Kreditvergabe geraten. Aber darüber hinaus, und das ist der Punkt, den du angesprochen hast, werden die Folgen für die gesamte industrielle Produktion verheerend sein, selbst wenn es einen Aufschwung in der Rüstungsindustrie beschränkter Aufschwung geben sollte, da die Mittel für industrielle Innovationen im zivilen Sektor fehlen werden. Bereits jetzt herrscht ein Mangel an Arbeitskräften, da diese laufend von der Luftfahrts- und Rüstungsindustrie abgezogen werden, und dieser Trend wird sich in Zukunft noch verstärken. Dabei sind es gerade die Fachkräfte, die bei einer allfälligen Reindustrialisierung eine Schlüsselrolle spielen werden. Die Vorzieheffekte auf den Staatshaushalt und die Industrie fallen meiner Meinung nach viel stärker ins Gewicht als der makroökonomische „Wirtschaftsaufschwung“.

Du hast die EPR-Reaktoren erwähnt, wo die Situation besonders kritisch ist. Stichwort: Abschaltungen kurz nach Inbetriebnahme, explodierende Kostenvoranschläge oder die Nichteinhaltung von Fristen aufgrund von Machenschaften aller Art.

In dieses Bild passt auch, dass man Unteraufträge vergeben und unqualifiziertes Personal eingesetzt hat, wobei das keineswegs im Widerspruch zur Privatisierung steht. Aber hier gibt es einen speziellen Aspekt – nämlich den Verlust qualifizierter Arbeitskräfte –, der eine These, die mir sehr am Herzen liegt, eindrücklich illustriert: Die Priorität für das Militär hat letztlich beträchtliches Know-how aus der zivilen Produktion abgezogen. Die Debatten um den Mangel an Arbeitskräften sind kein leeres Geschwätz. Das Problem gibt es wirklich. Ich habe soeben eine vergleichende Studie über die Industrie in Frankreich und Deutschland fertig gestellt, die ebenfalls den Niedergang der (verarbeitenden) Industrie aufgrund fehlender Arbeitskräfte anspricht. Die sozialen und politischen Gründe dafür sind bekannt: Es gibt Probleme bei der Ausbildung und bei den Löhnen, und die gesellschaftliche Verachtung für den Arbeiter kommt voll zum Tragen.

Trotzdem läuft der Waffenhandel gut, vor allem mit den Golfstaaten (insbesondere mit Saudi-Arabien) und mit Indien. Diese beiden Länder sind derzeit die größten Abnehmer [französischer, Anm. d. Übers.] Waffen. Frankreich verkauft diesen Staaten zwar weniger Waffen als die USA, aber das Geschäft ist zweifellos relevant. Kann man diesbezüglich beim LPM-Gesetz von einer direkten Unterstützung des französischen Außenhandels sprechen?

Ja, Waffenexporte waren schon immer ein unverzichtbarer Bestandteil der Produktion. Um die besagte „Kohärenz“ aufrechtzuerhalten, müssen wir eben seit den 1960er Jahren exportieren. Bereits 1961 hat der nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat DGA (Direction générale de l'armement) die Auffassung vertreten, dass unser Industriemodell davon ausgeht, ein Drittel der Produktion zu exportieren. Dieser Anteil ist seither in etwa gleich geblieben, sodass der Export – einhergehend mit einer Diplomatie des bedenkenlosen Waffenverkaufs – nach wie vor einen bedeutenden Faktor darstellt. [Der Rüstungskonzern, Anm. d. Übers.] Dassault konnte [sein Mehrzweckkampfflugzeug, Anm. d. Übers.] Rafale fast zehn Jahre lang nicht verkaufen. Also hat die französische Armee die Kosten für die entgangenen Exporteinnahmen übernommen. Das jüngste LPM-Gesetz sieht den Ankauf von weiteren 170 Rafales vor, was allerdings unter der ursprünglich geplanten Anzahl von 220 Stück bleibt. Das könnte ein Hinweis auf die inneren Widersprüche des Militarismus und seine Doktrin von der „Kohärenz“ sein, die mangels echter strategischer Entscheidungen darauf abzielt, „alles zu tun“. Daher sind Exporte unerlässlich, auch wenn als letzter Ausweg immer noch der französische Steuerzahler bleibt. Das Problem besteht darin, dass nur fünf Kunden 70 % der Ankäufe tätigen. Frankreich ist in erster Linie auf Indien angewiesen, das in den letzten zehn Jahren der größte Abnehmer war, gefolgt von den Emiraten an zweiter und Ägypten an dritter Stelle. Wie gesagt, es handelt sich um eine äußerst geringe Anzahl von Kunden. Die Ankäufe sind seitens dieser Regierungen politisch motiviert, vielleicht mit Ausnahme von Ägypten. Aber die anderen Staaten unterwerfen sich auf diese Art der französischen Diplomatie, wobei sich Saudi-Arabien neuerdings auch Russland oder anderen Anbietern zuwendet.

Ich glaube daher, dass die Voraussetzungen für Waffenexporte nicht gerade günstig sind, obwohl dieser Aspekt in der allgemeinen Aufregung über Waffenverkäufe manchmal untergeht. Jedenfalls verschärft sich der Wettbewerb

aus mehreren Gründen: Zum einen konkurrieren die Exportländer miteinander; zum anderen muss man sich an Bündnissen beteiligen, um Waffengeschäfte abschließen zu können. Nun ist der Handlungsspielraum von Frankreich in gewisser Weise durch die Nordatlantische Allianz, wo die USA das Sagen haben, beschränkt. Es bräuchte daher eine von den USA unabhängige Diplomatie, um jene Kunden (wieder) zu gewinnen, die gewisse Bedenken gegen Geschäfte mit den USA haben.

Unter diesen Bedingungen werden die Zeiten für französische Waffenexporte aus dem von mir genannten Grund – einer extrem begrenzten Anzahl von Kunden, die zudem aus politischen Erwägungen bei mehreren Anbietern kaufen – auch in Zukunft schwierig sein. Aber da kommt noch ein weiteres Argument hinzu: Ein unlängst erschienener Bericht des Rechnungshofs spricht nämlich von einer beträchtlichen öffentlichen Unterstützung für Waffenexporte. Also wird weiter exportiert werden. Und selbst wenn man Verluste einfährt, spielt das keine allzu große Rolle. Nichtsdestotrotz ist die Lage alles andere als ermutigend. Darauf können wir noch zurückkommen, wenn wir über die Produktionskosten im europäischen Kontext sprechen.

Wie würdest du das LPM-Gesetz in einen gesamteuropäischen Kontext einordnen? Überall in Europa steigen die Rüstungsausgaben, sogar in Ländern, die diese Ausgaben bislang eher niedrig gehalten haben. Vor dem Hintergrund des russischen Kriegs in der Ukraine sind einige Staaten der NATO beigetreten (und in Japan ist eine ähnliche Tendenz zu beobachten). Ist der aktuelle Krieg eine ausreichende Erklärung für diesen Trend?

Ich habe, was die Verteidigung betrifft, vor allem an die Stellung Frankreichs in Europa gedacht. Aber deine Frage bezieht sich anscheinend auf die Möglichkeit eines europäischen Imperialismus, der als Reaktion auf die russische Aggression in der Ukraine im Entstehen begriffen ist bzw. – je nach Theorie – bereits existiert.

Da nehme ich eher eine uneinheitliche Tendenz wahr. Man nähert sich zwar innerhalb der NATO aneinander an, aber Europa rückt dennoch nicht näher zusammen. Ich habe also nicht an diese Möglichkeit gedacht, aber vielleicht kannst du trotzdem ein paar Worte dazu sagen.

Ich habe in mehreren Publikationen die Vorstellung von einem europäischen Imperialismus ausgeschlossen, weil

ich die Existenz von Nationalstaaten, vor allem in Europa, für ein unverzichtbares Element bei der Analyse des Imperialismus halte. Etliche Marxisten haben von einem in Entstehung begriffenen europäischen Imperialismus gesprochen. Ich hingegen habe immer die Auffassung vertreten, dass es im Inneren Europas, selbst als es bis Ende der 1990er Jahre noch „friedlich“ war, mehrere Imperialismen gibt, von denen einige eher den militärischen (Frankreich, Großbritannien) und andere eher den wirtschaftlichen (Deutschland) Aspekt betonen. Europa als Ganzes hat jedoch keine einheitliche Linie in Verteidigungsfragen. Zwar lässt sich ein gewisses Maß an Geschlossenheit beobachten, da angesichts der russischen Aggression engere Beziehungen geknüpft werden, aber eine gemeinsame europäische Vorgangsweise wird durch die Existenz der NATO überschattet.

Es gibt also keinen Platz für eine unabhängige europäische Verteidigungspolitik. In diesem Zusammenhang lohnt es sich, die Entwicklung von Macrons Sprache seit 2017 zu verfolgen, wenn er von der strategischen Autonomie Europas spricht. Seine Reden waren übrigens eine Reaktion auf die französischen Generäle, die Macron aufgefordert hatten, seinen Ton in Bezug auf die Unabhängigkeit Europas zu mäßigen. Mit anderen Worten: Frankreich muss unbedingt in der NATO bleiben. Die Deutlichkeit der Generäle mag verwundern, aber sie wissen genau, was sie wollen: Sie wollen *der* Musterschüler innerhalb der NATO sein, und zwar deswegen, weil ihnen – wie ich vermute – klar ist, was es auf operativer Ebene bedeutet, voll in die Befehlsketten, in die Software, in die Kompatibilitätssysteme integriert zu sein. Daher ist insbesondere seit einem Jahr eine deutliche Kehrtwende zu beobachten: Frankreich versteht sich zunehmend als europäisches Standbein der NATO, obwohl Macron ursprünglich auf strategische Autonomie gesetzt hatte. Aber inzwischen hat er eingesehen, dass er, um weiterhin eine militärische Rolle spielen zu können, gezwungen ist, die Vorrangstellung der NATO anzuerkennen. Das hat strategische Konsequenzen für den Krieg in der Ukraine, aber auch eine industrielle Dimension.

Damit komme ich auf das LPM-Gesetz und auf die Frage der Exporte zurück. Frankreich hat gemeinsam mit Deutschland, das sich anfangs eher zurückhielt, zwei Leuchtturmprojekte auf den Weg gebracht, die beide ein Kampfflugzeug der neuen Generation mit integrierten Softwarekomplexen betreffen. Allerdings gibt es seit 2019 Spannungen; die Presse hat regelmäßig von einer bevorstehenden Aufkündigung der Zusammenarbeit berichtet.

Wir befinden uns eben nicht mehr im Jahr 1983, als Dassault die Regierung Maurois noch zwingen konnte, auf das europäische Kampfflugzeug zu verzichten, sobald sich abzeichnete, dass sich das Projekt für Dassault nicht rentieren würde. Dassault befürchtete auch, seine Rolle gegenüber Airbus Deutschland einzubüßen, als der Einfluss Deutschlands in technischer Hinsicht wie auf der Ebene des Managements zunahm – und das in einem Unternehmen (Airbus), das man in Frankreich etwas voreilig immer noch für ein französisches Unternehmen hielt. Die Rahmenbedingungen haben sich eben geändert, und Frankreich ist nicht mehr in der Lage, allein ein Kampfflugzeug auf den Markt zu bringen, der nun von Drohnen dominiert wird, auch wenn Airbus das Feld nicht räumen will. Das ist der Grund für die Spannungen der letzten drei oder vier Jahre. Es geht nach wie vor um etwa 150 Millionen Euro, die freigegeben wurden, was angesichts dessen, was erforderlich wäre, nicht viel ist. Das deutsch-französische Projekt (mit spanischer Beteiligung) wackelt also, während auf der anderen Seite die USA und England gemeinsam mit Schweden und vor allem mit Japan ein alternatives europäisches Kampfflugzeug entwickelt haben. Jedenfalls gibt es Stimmen in Deutschland, aber auch in Italien (das ebenfalls am britischen Projekt beteiligt ist), die die Möglichkeit von zwei europäischen Projekten ausschließen.

Dassault wird natürlich seine Verträge bekommen. Aber die Aufrüstung Deutschlands hat eine Illusion zerstört: Jahrzehntlang waren die französischen Regierungen der Überzeugung, dass Frankreich – unabhängig von seinem wirtschaftlichen Niedergang – im Zuge einer Militarisierung Europas die Führungsrolle einnehmen würde. Aber dem ist nicht so.

Hat diese Illusion zumindest teilweise mit der französische Vorrangstellung bei der Atomenergie zu tun?

Ja, aber sie lässt sich auch auf Erfahrungen zurückführen, die man mit französischen Waffen auf dem Schlachtfeld gesammelt hatte. Jedenfalls war man der irrigen Meinung, dass eine Aufrüstung Europas die Position Frankreichs stärken würde. Das hätte natürlich eine gewisse Emanzipation von der NATO vorausgesetzt, und hier liegt auch der Grund für die wiederholten Anspielungen auf die strategische Autonomie, die im Übrigen älteren Datums sind und nicht erst mit Macron begonnen haben.

Frankreich hat sich auf seine Verteidigungspolitik verlassen, um den Niedergang von Industrie und Staatshaushalt, der seine Position innerhalb Europas schwächt,

teilweise zu kompensieren. Aber gesamteuropäisch betrachtet steht dieser verteidigungspolitische Eckpfeiler auf wackeligen Beinen.

Wie lässt sich diese Entwicklung in einen etwas längeren Zeitraum einordnen? In deinem Buch *Impérialisme et militarisme, actualité du XXIe siècle* (Imperialismus und Militarismus, Aktuelles aus dem 21. Jahrhundert) stellst du mit Bezug auf die US-amerikanische Hegemonie fest, dass „Ende der 1990er Jahre“ eine Wende vollzogen wurde, die [...] „seit dem 11. September 2001 deutlichere Züge angenommen hat [und] genau darin besteht, dem Militär in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen ein noch stärkeres Gewicht zu verleihen“ (S. 120). Seitdem haben weltbewegende Ereignisse stattgefunden. Was kannst du uns über die aktuelle Situation und den militaristischen Rausch bezogen auf die letzten zwanzig Jahre sagen?

Mein Buch aus dem Jahr 2004 hat die neue Rolle Chinas (nach seinem Beitritt zur WTO 2001) für die Dynamik der Kapitalakkumulation, die dank Chinas zumindest bis 2007 einen Aufschwung erlebt hatte, leider nicht ausreichend beachtet. In meiner Prognose des Niedergangs hätte ich das berücksichtigen und meine Einschätzung relativieren müssen. Einige Jahre *nach* der Veröffentlichung kamen die späten 2000er Jahre, die von der Finanzkrise, den militärischen Verstrickungen der USA, dem Aufstieg Chinas, aber auch von den Ambitionen Russlands geprägt waren. Putin machte im September 2007 in Davos klar, dass Russland, nunmehr Teil des Weltmarkts, die von anderen Mächten diktierten Bedingungen nicht mehr akzeptieren würde. Nach [seiner Intervention in, Anm. d. Übers.] Tschetschenien kündigte er [Begehrlichkeiten in Bezug auf, Anm. d. Übers.] Georgien und die Krim an. Dann kam der „Arabische Frühling“.

Heute treten die Widersprüche des Kapitalismus als Antagonismus zwischen den USA und China in Erscheinung. Die langfristige Prognose bleibt aufrecht, muss aber aktualisiert werden, und zwar nicht bloß, indem man auf rückläufige Tendenzen des Kapitalismus und seine Schwierigkeiten aufgrund seiner Widersprüche, Mehrwert zu produzieren, hinweist, sondern indem man diese Dynamiken mit den geopolitischen und wirtschaftlichen Rivalitäten verknüpft. Daher komme ich immer wieder auf die Imperialismustheorien zurück. Die Ähnlichkeit im aktuellen Diskurs über gegenseitige wirtschaftliche Ab-

hängigkeiten und über den Einsatz von Handelsbeziehungen als Waffe (weaponization) mit dem Diskurs vor 1914 ist jedes Mal aufs Neue verblüffend.

Der Antagonismus zwischen China und den USA verdichtet auf bemerkenswerte Weise die Widersprüche des Kapitalismus in einem globalen Raum, der nicht mehr groß genug für die Ambitionen der Kapitalisten ist und der auch heute – trotz allem, was man wenig zutreffend die „transnationalen“ kapitalistischen „Klassen“ nennt – de facto in nationale Einheiten zerfällt. Was die Konkurrenz zwischen den Nationen betrifft, so haben wir es mit imperialistischen Kämpfen um die Vorherrschaft zu tun, hinter denen letztendlich eine militärische Logik steht. Daher liegen Wirtschafts- und militärischer Krieg heute so dicht beieinander.

Seit den 1990er Jahren machen sich die USA – konkret das Pentagon, das US-amerikanische Verteidigungsministerium – nachweislich ernste Sorgen um den Klimawandel, da das Netz aus fast 800 US-Stützpunkten inzwischen zu einem großen Teil von extremen Wetterereignissen bedroht ist, die die Infrastruktur beschädigen oder zerstören, Startbahnen überfluten usw. Aber auch die ununterbrochene Schiffbarkeit der Arktispassage (wichtig für die Überwachung der Küstengebiete gegenüber Russland) ist nicht mehr sicher. Kurzum, der Klimawandel ist seit dreißig Jahren ein Thema für die US-amerikanische Weltmacht, wobei es wenig überraschend nicht um den Erhalt des Klimas und der Menschheit geht, sondern um den Schutz vor dem Klima – mit dem Ziel, alle logistischen und operativen Kapazitäten auszuschöpfen, damit man wie bisher weitermachen oder sich sogar noch steigern kann: durch effizientere, grüne und nachhaltige Kriegsführung.

Daher meine Frage: Wird man sich nach Bekanntwerden der 413 Mrd. aus dem LPM-Gesetz im Fernsehen und in den politischen Kommentaren für die problematische Verflechtung von militärischen Belangen und Klimarisiken (nach wie vor massive Abhängigkeit von fossilen Energieträgern, Ausstoß von Treibhausgasen, Verschmutzungen aller Art), geschweige denn für die Gefahren für das Klima und das Leben auf der Erde interessieren? Mir ist darüber nichts bekannt. Wenn man etwas nachforscht, stellt man fest, dass die französische Armee gerade erst begonnen hat,

sich mit dem Klimawandel zu beschäftigen und ihre eigene Literatur zu diesem Thema zu produzieren. Hast du Gelegenheit gehabt, dich mit den Debatten innerhalb des Militär zu diesen Themen zu befassen? Kannst du sagen, welche Position die französische Armee zu diesen Fragen einnimmt? Und ob sie sich für den Weg interessiert, den die USA lange vor ihr eingeschlagen haben?

Wenn ich dir diese Frage stelle, denke ich auch daran, dass man die 413 Milliarden im Lauf von sieben Jahren für eine weitreichende Politik des ökologischen Übergangs hätte verwenden können anstatt das Geld für unproduktive und parasitäre Investitionen zu verschwenden, die zudem Mehrkosten für die gesamte Gesellschaft verursachen. Angesichts dieses militärischen Todesurteils für das Klima bleibt letztendlich das Gefühl, eine enorme Chance verpasst zu haben. Die Entscheidung zugunsten der Rüstungsausgaben hält an der bestehenden Logik fest und führt uns im Namen der „nationalen Sicherheit“ in tödliche Gefahren.

Ich habe erst unlängst damit begonnen, mir diese Aspekte in Hinblick auf ein zukünftiges Buch anzuschauen, wobei ich mich vorzugsweise auf die USA und die NATO beziehen werde. Aber dieses [französische, Anm. d. Übers.] Dokument zur Klima- und Verteidigungspolitik (*Stratégie Climat & défense*, 2022) gibt es tatsächlich, auch wenn es wenig aussagekräftig ist. So werden die darin enthaltenen Schätzungen des CO₂-Fußabdrucks von den wenigen Leuten, die etwas davon verstehen, als extrem unglaublich eingestuft.¹ Aber um auf deine Ausführungen zurückzukommen: Es stimmt, dass die NATO-Strategie die Klimaverschlechterung mittlerweile berücksichtigt, wobei in deren Literatur hauptsächlich ein Schlüsselwort auffällt: der Klimawandel als „Risikomultiplikator“. Und der Blickwinkel, den du andeutest, beleuchtet die Sachlage zutreffend: Es geht vor allem darum, sich gegen die Katastrophen zu wappnen, die uns angesichts dieser Verschlechterung drohen. Aus diesem Grund spreche ich von Umweltimperialismus. Der Ausdruck „Risikomultiplikator“, der jeder sozioökonomischen Substanz entbehrt, negiert die Verantwortung für die Klimazerstörung, indem er den Eindruck erweckt, es würde sich um rein äußere Zufälle handeln. Gleichzeitig werden zukünftige Umweltinterventionen vorbereitet, die auf die sogenannten „humanitären“ Interventionen aus früheren Zeiten folgen werden.

Angesichts dieses „Umweltinterventionismus“ darf man natürlich nicht vergessen, dass seit dem Kyoto-Proto-

koll von 1997 alle Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (COPs) auf ausdrücklichen Wunsch der USA davon Abstand genommen haben, die Verantwortung militärischer Aktivitäten für die Erderwärmung in das Protokoll aufzunehmen. Dabei ist das Militär, wie Untersuchungen von NGOs wie SGR (Scientists for Global Responsibility) und CEOBS (Conflict and Environment Observatory) in Großbritannien² zeigen, für 5,5 % der weltweiten CO₂-Produktion verantwortlich. (Wären die Armeen dieser Welt ein Staat, würden sie den vierten Platz in der Rangliste der ökologischen Fußabdrücke einnehmen.) Also ja, man ist sich des Problems durchaus bewusst, ordnet es aber militärischen Prioritäten unter. Ein stichhaltiger Beweis dafür findet sich in dem bereits zitierten französischen Bericht, der eine wie immer geartete Beeinträchtigung der vitalen Interessen der französischen Verteidigung dezidiert ausschließt.

Schließlich hast du von den Herausforderungen rund um die Arktis gesprochen, wo die Reichtümer dieser noch nicht erschlossenen Region darauf warten, ausgebeutet zu werden, was den Wettstreit um die „glänzenden“ Aussichten auf Kapitalakkumulation befeuern wird. Das wird zwar noch ein bisschen dauern, aber in jedem Fall gilt: „Nach mir die Sintflut!“ Und wenn man aus der Sintflut – unabhängig von (verteidigungs)politischen Aspekten – ein paar Profite schlagen kann, warum nicht! Bei den geopolitischen Rivalitäten um die Arktis geht es also auch um wirtschaftliche Ziele. Die Klimakatastrophe schafft neue Konfliktfelder, aber eröffnet aber auch neue wirtschaftliche Perspektiven.

Aus: *L'anticapitaliste* Nr. 147 (Juni 2023)

Übersetzung aus dem Französischen: E. F.

¹ Observatoire de l'armement (Beobachtungsstelle für Rüstung), Zeitschrift *Damoclès*: [https://www.obsarm.info/...](https://www.obsarm.info/)

² <https://ceobs.org/estima...>

DER AUTORITÄRE STAAT AUF DEM VORMARSCH

Die Zunahme des staatlichen Autoritarismus betrifft nicht nur Staaten wie Ungarn, Polen, Israel etc. sondern auch gemeinhin als demokratisch wahrgenommene wie Frankreich, wo unlängst die Umweltorganisation „Aufstände der Erde“ als „Terrororganisation“ verboten wurde. Mit dieser Entwicklung befasst sich das nachfolgende Interview, das **Antoine Larrache** mit **Mathieu Rigouste** geführt hat

[Vorbemerkung der Redaktion] Am 27. Juni 2023 wurde der 17-jährige Jugendliche Nahel Merzouk nach einer Verfolgungsjagd mit der Polizei im Pariser Vorort Nanterre von einem Polizisten erschossen, nachdem er sich einer polizeilichen Aufforderung widersetzt hatte. Die nachfolgend einsetzende Revolte in den Arbeitervierteln dauerte vier Tage und löste auch eine Debatte über Gewalt und Rassismus in der französischen Polizei aus. In einer Erklärung warf der UN-Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung am 7. Juli 2023 der französischen Polizei strukturellen Rassismus vor und forderte, den Fall des getöteten 17-Jährigen gründlich aufzuarbeiten.

Die Polizei reagierte ihrerseits mit einem regelrechten Krieg in den Arbeitervierteln mit einem Toten und Dutzenden schwer Verletzten. Und die juristische Repression folgte auf den Fuß: 3505 Festnahmen, davon 1373 allein im Raum Paris und 1278 Urteile mit 95 % Verurteilungen etc. Noch immer laufen die Ermittlungen, die zu weiteren

Festnahmen und Gerichtsverfahren führen werden. Diese Entwicklung ist keine Ausnahme, sondern fügt sich ein in das zunehmende repressive Vorgehen gegen die Umweltbewegung und gegen alle, die die verheerenden Auswirkungen des Staates und des von ihm verteidigten Systems in Frage stellen, ob bei Aktionen gegen den Zementriesen und Umweltverschmutzer Lafarge oder die gigantischen Wasserspeicher von Sainte-Soline oder eben gegen das rassistische Vorgehen der Polizei in den Arbeitervierteln.

L'Anticapitaliste: Welches Arsenal setzt die Polizei heute bei Demonstrationen ein? Wie sind der Einsatz dieser Waffen und die Festnahmen, die „präventiv“ oder während Demonstrationen erfolgen, politisch zu werten?

Mathieu Rigouste: Es besteht eine militärische und polizeiliche Kontinuität mit verschiedenen – insbesondere präventiven – Methoden wie Datensammlung, Erstellung von Listen, gelegentlichen Präventivfestnahmen oder Hausarrest, je nach Szenario.

Vor Ort setzen die Sicherheitskräfte unterschiedliche Maßnahmen ein, von der punktuellen Einkesselung mit

Einsatz von Tränengas über mobile Sperren rund um eine Demonstration bis hin zu Versammlungsverboten und automatischen Angriffen gegen bestimmte Kundgebungen. Dabei werden Tränengas und alle Arten von verstümmelnden Waffen eingesetzt, um die Menschen auseinanderzutreiben, in Schach zu halten, zu verletzen und die Kundgebung zu unterbinden. Und heutzutage wird alles durchgehend überwacht, mit Handkameras, Drohnen und via Kontrolle der sozialen Netzwerke.

Natürlich gibt es auch das gesamte Arsenal der sogenannten nichtletalen Waffen, die man besser als Gift- und Verstümmelungswaffen bezeichnen sollte, wie zum Beispiel Tränengas und Hartgummigeschosse. Elektroschocker werden während Demonstrationen seltener eingesetzt, können aber bei Festnahmen zur Anwendung gelangen.

Ebenfalls zu beachten sind der gesamte Justizapparat und die Kaskade von Inhaftierungen und juristischen Verfahren wie Festnahmen, sofortige Vorladungen, Polizeigewahrsam, verlängerter Polizeigewahrsam, Kriminalisierung durch die Medien und Versuche, juristisch gegen die Festgenommenen vorzugehen und sie maximal zu bestrafen. Man will dadurch Zahlen generieren und Stärke beweisen, aber auch Lebensläufe ruinieren und die Protestierenden zermürben und sie so vom Weitermachen abhalten.

In manchen Fällen wurden auch Kräfte der Opération Sentinelle und militärische Spezialeinheiten eingesetzt, um bestimmte Kontroll- oder Repressionsaktionen durchzuführen. Man muss sich dabei vor Augen halten: Jedes Mal, wenn soziale Bewegungen den von Gewerkschaftsbürokratien und Polizeikräften vorgegebenen Rahmen sprengen, wird es zu einer Zunahme der Intensität und der Militarisierung kommen. Denn eine der Hauptfunktionen der Finanzierung, der Organisation, der Ausbildung und der Aufrechterhaltung der Armee besteht auch darin, sie gegen Volksaufstände und revolutionäre Prozesse einsetzen zu können. Genau das wird in den Kolonialgebieten und in den Übungszentren für urbane Kriegsführung in Frankreich ständig erprobt.

Die Erklärung der politischen Bedeutung muss von unten, aus den Kämpfen kommen. Es ist an uns, zu analysieren, was dieses repressive System politisch bedeutet. Meiner Ansicht nach zeigen sich darin die strukturellen und systemimmanenten Dimensionen des rassistischen und patriarchalen Kapitalismus. Durch die gesamte westlich-imperialistische Moderne hindurch erwies sich die Demokratie dieses Systems als Rechtfertigungs- und Mystifizierungsregime.

Tatsächlich pflegten die rassistischen und patriarchalen bürgerlichen Führungen den Mythos der Demokratie, der Menschenrechte, der Unterscheidung zwischen Polizei und Armee, zwischen Friedens- und Kriegszeiten nur in bestimmten Phasen und gegenüber jenen Schichten des einfachen Volkes, gegen die keine repressiven oder kriegsrischen Maßnahmen nötig waren.

Heute befinden wir uns in einer Phase, die ich als sicherheitsimperialistisch bezeichne. In ihr wird das militärisch-polizeiliche Kontinuum vollumfänglich genutzt. Die weltweit agierende Bourgeoisie und die Bourgeoisien der imperialistischen Zentren greifen immer weniger auf das Schauspiel der Demokratie zurück, sondern setzen ganz klar auf ein System von Kapitalakkumulation, Machtkonzentration und Machtergreifung, und zwar mit allen notwendigen Mitteln.

Gibt es für dich ein Vorher und ein Nachher in Bezug auf den Verfassungsartikel 49.3 und warum?

Das hängt mit dem vorher Gesagten zusammen. Die immer häufigere und mittlerweile fast systematische Anwendung des Artikels 49.3, aber auch der Einsatz all der rechtlichen Instrumente, mit denen das bürgerliche Demokratie-Schauspiel umgangen werden kann, sind ein symbolträchtiger Meilenstein.

Diese rechtlichen Instrumente wurden gleichzeitig mit der Verfassung der Fünften Republik geschaffen, in einem Kontext von Kolonialkrieg, Konterrevolution und Krieg im Innern. Sie waren in allen Phasen vorhanden und wurden immer dann eingesetzt, wenn der Machtblock die Aufrechterhaltung der demokratischen Mythologie nicht mehr für nötig hielt, sondern darüber hinausgehen wollte. Und auch das fügt sich in eine Kontinuität ein. Wir sollten nicht auf den demokratischen Mythos hereinfallen: Die Anwendung purer Gewalt und die Unterdrückung des Volkswillens und aller Formen der Selbstorganisation, des Widerstands usw. sind Machtstrukturen, die für den kolonialen Bereich typisch sind.

Mit dem Artikel 49.3 und der autoritären Verschärfung im Zentrum des Imperialismus ist das System letztendlich dabei, jene Hauptmechanik ins Zentrum zu importieren und dort zu generalisieren, die es auch in den Peripherien und den Semiperipherien anwendet, nämlich die autoritäre diktatorische Beherrschung der Bevölkerung mit grausamsten Mitteln. Das ist die Normalität des weltweiten Systems und des Imperialismus. Man ist schlicht dabei, diese Normalität zu importieren und in den Zentren zu etablieren, und zwar gegen bestimmte Bevölkerungsschichten,

die Arbeiterklasse und Teile der sozialen Bewegungen, die dies bislang noch nicht zu spüren bekamen.

Wie lässt sich das alles in einen größeren Zusammenhang stellen, sowohl in Bezug auf die „Ordnungspolitik“ des französischen Staates im erwähnten Zeitraum als auch in Bezug auf die politische Phase, die wir gerade erleben?

Mit meiner Arbeit unterscheide ich mich ein wenig von einem Teil der angelsächsischen kritischen Geografie und insbesondere von den Arbeiten David Harveys, in denen er angesichts der Kriege im Irak und in Afghanistan von einem neuen Imperialismus spricht. Ich bin dabei, die Hypothesen, die ich für die Geschichte und den Fall Frankreichs entwickelt habe, zu überprüfen und sie mit einer globalen Geschichte der imperialistischen Zentren sowie einer globalen, langfristigen Geschichte der Aufstandsbekämpfung und des Sicherheitssystems außerhalb der Zentren zu vergleichen.

Dabei stelle ich fest, dass wir uns nicht in einem neuen Imperialismus befinden, sondern in einer speziellen Phase, die ich als „sicherheitsbezogen“ bezeichne, also ein Sicherheitsimperialismus oder eine sicherheitsbezogene Phase des Imperialismus. Denn es sind noch immer die gleichen Grunddynamiken, die die weltweite Expansion dieses Systems seit seinem ersten Stadium zwischen dem 15. und 17. Jahrhundert leiten: maximale Akkumulation, Machtkonzentration, Enteignung von Gebieten, Körpern und Kulturen, Entfremdung usw.

Das Weltsystem konzentriert sich auf die Form der Sicherheit. Diese Form betrachtet die Bevölkerung als Materie, die durch einen ständigen Polizeikrieg regiert werden muss. Dabei kommen verschiedene präventive und proaktive Dynamiken zum Tragen, die darin bestehen, die Ausweitung und Aufrechterhaltung des Systems zu ermöglichen. Es handelt sich um eine intensive Dynamik, bei der es darum geht, die Profitraten und das, was ich „Kontrollrate“ nenne, zu maximieren, wobei die Kontrollrate eng mit dem tendenziellen Fall der Profitrate verknüpft ist.

Meiner Ansicht nach gibt es diesen tendenziellen Fall der Profitrate, weil es einen tendenziellen Fall der Kontrollrate gibt: Im Lauf der verschiedenen Zeitabschnitte und Generationen organisiert sich der Widerstand des Volks immer wieder neu, sodass es für die Herrschenden wirtschaftlich und politisch immer mehr kostet, sich zu behaupten. Sie müssen sich ständig mit dem Wiedererstarken und der Neuorganisation von Widerstandsbewegungen, Revolten und Aufständen auseinandersetzen und sind gezwungen, ihre Machttechniken laufend zu optimieren.

Und schließlich wäre da noch die Stellvertreterlogik. Sie bildete zu allen Zeiten das Kernelement der Kolonialmacht und besteht darin, Schichten der beherrschten Klassen an der Aufrechterhaltung des Akkumulations- und Machtsystems teilhaben und mitarbeiten zu lassen. Natürlich handelt es sich dabei auch um ein Kernelement der Sicherheitslogik.

Abschließend sollte man sich klarmachen, dass diese Machtmuster nicht mechanistisch sind. Sie funktionieren nicht hundertprozentig und werden mitunter von opportunistischen Logiken gesteuert, bei denen die herrschenden Klassen teilweise sehr kurzfristig über ihre Strategien nachdenken. So zeigen sich in der Entwicklung des Sicherheitsimperialismus überall Lücken in den Kontroll-, Überwachungs- und Repressionssystemen, und im Gegenzug bestehen bei jedem Zahnradchen, jeder Mechanik Möglichkeiten des Eingreifens, der Blockade und der Sabotage. Außerdem manifestiert sich die Macht nie so, wie es die herrschenden Klassen herbeifantasieren. Man hat allen Grund, Widerstand zu leisten und sich zu organisieren, und man ist dazu auch in der Lage.

Seit 2011, seit den arabischen Revolutionen und den weltweiten Protesten von 2019 ist klar, dass die brutalen Einsätze von Militär- und Sicherheitskräften Menschenleben und Bevölkerungen zwar niederschlagen, aber nicht endgültig unterwerfen können. Wir müssen revolutionäre Bewegungen als sehr langfristige Prozesse denken, ähnlich wie es die zapatistische Bewegung tut, die auf 500 Jahre Widerstand blickt, oder die kurdische Revolution, die sich als Prozess von 5000 Jahren Widerstand versteht.

Es gilt, über einen sehr langen Zeitraum revolutionäre Strukturen und Kräfte aufzubauen, mit denen wir uns ständig neu organisieren können, um später die neue Gesellschaft zu entwickeln, die an die Stelle der jetzigen treten wird. Wenn wir in manchen Phasen Niederlagen erleiden, sollten wir diese als Kämpfe in einer sehr langfristigen revolutionären Bewegung begreifen.

Mathieu Rigouste, Soziologe und Essayist, unabhängiger Sozialwissenschaftler, Filmemacher und Aktivist. Er ist Autor mehrerer Bücher, darunter *L'ennemi intérieur : La généalogie coloniale et militaire de l'ordre sécuritaire dans la France contemporaine*, La Découverte, 2009.

aus *Revue L'anticapitaliste* Nr. 147 (Juni 2023)

Übersetzung: Alena W.

EIN SCHUSS VOR DEN BUG DER KLASSENKOLLABORATION

Die Stimmenthaltung der MES/PSOL-Abgeordneten Fernanda Melchionna und Sâmia Bomfim sowie des Abgeordneten Glauber Braga bei der Abstimmung über die Steuerreform demonstriert die Ablehnung einer Kollaboration mit der Bourgeoisie.

■ **Nationales Sekretariat der MES (Movimento Esquerda Socialista)**

Die beschleunigte Verabschiedung der Steuerreform (PEC 45/2019) in der Abgeordnetenkammer geriet den bürgerlichen und bürokratischen Eliten zum nationalen Festtag. Für die offiziellen Medien war damit ein Thema, das mehr als 30 Jahre lang umstritten war, abgeschlossen. Der Bankenverband Febraban und der Industrieverband des Bundesstaats São Paulo Fiesp hatten allen Grund zum Feiern – letztere bezahlte sogar eine zweiseitige Anzeige in *Folha de São Paulo*, um Druck auf die Abstimmung über den Text auszuüben. Selbst die notorisch unzufriedene Agrarindustrie hatte diesmal keinen Grund zur Klage. Der Gouverneur von São Paulo, neue Führungsfigur des Bolsonarismus, warb um Zustimmung und begrüßte die Schlussversion des Gesetzestextes.

Der Präsident der Abgeordnetenkammer, Arthur Lira konnte seine Position als heimlicher Regierungschef innerhalb des herrschenden Präsidentialregimes politisch ausbauen, indem er die Agenda des Kongresses diktierte und dort die Zustimmung zu dem Gesetz sicherte. Lulas Regierung wiederum durfte für sich reklamieren, eine jahrzehntelang blockierte Reform endlich auf den Weg gebracht zu haben. Die bolsonaristische Opposition stimmte mit überwältigender Mehrheit dagegen – auch wenn 20

PL-Abgeordnete den Gesetzentwurf unterstützten –, obwohl sie dem Gesetz inhaltlich voll zustimmten, da sie eine von ihnen so bezeichnete „Reform aus der Feder der PT“ nicht absegnen wollten. Dabei gingen sie darüber hinweg, dass der Text bereits seit vier Jahren im Kongress lag und seine Urheber aus rechten Kreisen stammen.

Fazit: Diese kurze Zusammenfassung zeigt, dass auf bürgerlicher Seite ein Konsens über die Steuerreform besteht, während sie für die Arbeiter*innen keine wirklichen Vorteile bringt, auch wenn sie der Bevölkerung als strategischer Fortschritt verkauft wird.

Zunächst muss gesagt werden, dass letztlich nicht über eine Reform, so wie sie seit drei Jahrzehnten diskutiert wird, abgestimmt wurde, sondern über einen Gesetzentwurf, der 2019 von der Abgeordneten Baleia Rossi, der Nationalpräsidentin des MDB, eingereicht und bis zur letzten Minute abgeändert wurde. Diese Änderungen wurden nicht zuvor diskutiert und stammen aus der Feder eines langjährigen Gefolgsmanns von Lira, dem Abgeordneten Aguinaldo Ribeiro von der PP. Unter anderem wurde eine Steuerbefreiung für religiöse Gemeinschaften quasi in allerletzter Minute in den Gesetzestext aufgenommen. Mit anderen Worten, diese Reform behält

nicht nur die Steuerbefreiung für die Kirchen bei, sondern weitet sie auch auf Organisationen aus ihrem Umfeld aus und schreibt sie in der Verfassung fest. Während Teile der Gesellschaft ein Ende dieser Steuervergünstigung fordern, von denen in Brasilien die kommerziell ausgerichteten Freikirchen profitieren, hält der Kongress, wenig überraschend, an diesen Privilegien fest und weitet sie sogar noch aus.

Auch die Banken und die Großindustrie haben die Verabschiedung der Reform nicht ohne Grund gefeiert. Mehr noch, sie waren aktiv daran beteiligt, sie durchzupfeitschen, weil der Text steuerliche Ausnahmen für das Finanzwesen vorsieht. Die neuen Steuern (CBS und IBS, „Beitrag zu Gütern und Dienstleistungen“ resp. „Steuer für Güter und Dienstleistungen“) gelten nicht für Banken. Aber es ist noch nicht bekannt, wie diese steuerlichen Ausnahmen für Banken aussehen, denn noch müssen sie durch ein ergänzendes Gesetz ausformuliert werden. Dann wird die Bankenlobby alles daran setzen, dass die Besteuerung der Banken, die bisher PIS / COFINS, ISS und IOF (verschiedene Quellensteuern) – wenn auch zu sehr niedrigen Prozentsätzen – zahlen, so bleibt wie vorgesehen oder sogar noch weiter reduziert wird.

Die Abschaffung der Umsatzsteuer IPI hingegen diene den Interessen der Großindustrie. Für die Agrarindustrie ist die Steuerbefreiung für Rohstoffexporte ein Sieg, da sie das Kandir-Gesetz, dessen fatale Auswirkungen Staaten wie Rio Grande do Sul sehr gut kennen, in der Verfassung weiterhin festschreibt. PEC 45 untersagt ausdrücklich die Besteuerung von Waren und Dienstleistungen, die für den Export bestimmt sind, und nährt damit den Irrglauben, die nationale Produktion aufzuwerten, während er in Wirklichkeit Brasiliens Rolle als Exporteur von Rohstoffen und Agrarerzeugnissen festigt. Auch der Bergbau profitiert von dieser Reform, also ein Sektor, der wie die Landwirtschaft von internationalen Konzernen beherrscht wird, die unser Land ausbeuten.

Mit der Verabschiedung der Reform wahrt die Agrarindustrie zudem die Aussicht auf eine Ermäßigung von bis zu 50 % der auf Pestizide erhobenen Steuern. In Artikel 8 des Gesetzentwurfs wurde diese Vergünstigung für „landwirtschaftliche Betriebsmittel“ beibehalten, und zwar in allgemeiner Form, ohne zu präzisieren, um welche Produkte es sich dabei handelt. Dadurch wird es ermöglicht, ein ergänzendes Gesetz zu schaffen, in dem festgelegt wird, dass das Gift, das sie in unsere Lebensmittel einbringen, ein „landwirtschaftliches Betriebsmittel“ ist.

Die nachteiligen Folgen dieser Reform liegen auch in der Unterlassung: In einem Land mit einem regressiven Steuersystem, in dem durch übermäßige Besteuerung des Verbrauchs diejenigen stärker belastet werden, die weniger haben, wurde eine Steuerreform verabschiedet, die daran nichts ändert. In einem Land mit der zweitgrößten Ungleichheit der Welt werden die Superreichen nicht stärker zur Kasse gebeten, und die seit 1988 in der Verfassung vorgesehene Steuer auf große Vermögen (IGF) wurde nicht in der Steuerreform berücksichtigt. Mit der Reform bleibt Brasilien neben Estland das einzige Land der Welt, das Gewinne, die als Dividenden an Aktionäre ausgeschüttet werden, nicht besteuert. In einem Land mit einem Höchstsatz von 8 % auf Erbschaften wurde nicht einmal eine schrittweise Erhöhung dieses Prozentsatzes vorgesehen, während selbst in den USA dieser Satz bis zu 40 % betragen kann.

Das bedeutet, dass durch die Reform nur die Form, nicht aber die Substanz unseres Steuersystems geändert wird. Damit sollen die positiven Aspekte der Reform nicht in Abrede gestellt werden. Die Vereinfachung unseres komplexen Steuersystems ist von Vorteil, da das Steuerwesen rationaler wird. Aber diese Vereinfachung dient nur den bürgerlichen Interessen, ohne die Logik des Systems zu ändern. Andere positive Aspekte, wie die Befreiung der Grundnahrungsmittel, werden in der praktischen Umsetzung aufgeschoben und bedürfen noch einer Regelung durch ergänzende Gesetze. Die Erhebung der IPVA (Steuer auf motorisierte Transportmittel) auf Jets und Yachten, ein grundlegendes Element der Steuergerechtigkeit, bleibt bloß virtuell und obliegt in ihrer Umsetzung den Bundesstaaten und damit deren bürgerlich dominierten Gesetzgebenden Versammlungen.

Teile der Linken haben argumentiert, dass man bei der Wahl zwischen einer Steuervereinfachung und dem Zuwarten auf eine Änderung des gesamten Systems für diese Reform stimmen müsse, um mehr strukturelle Veränderungen zu erreichen. Dieses Argument ignoriert die Tatsache, dass mit der Verabschiedung der Reform die politisch und wirtschaftlich Mächtigen gemeinsam für sich reklamieren können, dass Brasilien endlich eine Steuerreform auf den Weg gebracht hat, als wäre dadurch das Thema für immer erledigt. Gerade so als ob das Steuerproblem des Landes darin bestünde, fünf Steuern abzuschaffen und durch zwei neue zu ersetzen. Dabei spielen die Mainstream-Medien mit ihrer oberflächlichen Berichterstattung zu diesem Thema eine wichtige Rolle, wobei sie selbst von dem 50-prozentigen Steuerrabatt für

den nationalen journalistischen und audiovisuellen Sektor profitieren.

Angesichts dieses Szenarios war die Enthaltung von Fernanda Melchionna, Sâmia Bomfim und Glauber Braga von der PSOL die richtige Entscheidung, um im Kongress eine unabhängige Position zu vertreten, statt in das Loblied der Eliten einzustimmen oder das Kalkül der Bolsonaroisten zu übernehmen. Die Stimmenthaltung war in diesem Zusammenhang die bestmögliche Positionierung und diente als Warnung und Kritik daran, dass diese Reform nur die Form, nicht aber die Substanz ändert. Es war ein Aufruf, in der Gesellschaft für die Besteuerung von großen Vermögen und Dividenden zu mobilisieren. Eine Demonstration dafür, dass für die Verteidigung der Arbeiterrechte politische Unabhängigkeit von den Vertretern des Finanz- und Industriekapitals vonnöten ist, ohne damit das Spiel der extremen Rechten zu betreiben, die für noch mehr Steuererleichterungen für die Bourgeoisie plädiert hatten. Die Mehrheit der PSOL-Abgeordneten hat dafür gestimmt und sich damit leider in die Allianz zwischen Exekutive, Kongress und Großbourgeoisie eingereiht. Am schlimmsten aber war nicht das Abstimmungsverhalten, sondern so zu tun, als hätte die Arbeiterklasse damit einen großen Sieg errungen.

Quelle: <https://movimentorevista.com.br/2023/07/reforma-tributaria-abstencao-e-um-alerta-contra-a-colaboracao-de-classes/>

Übersetzung: MiWe



In Gedenken an Hugo Blanco Galdós (1934–2023)



Hugo Blanco

Wir Indios

Der Kampf der Indigenas gegen rassistische Unterdrückung und die Zerstörung ihrer Umwelt

Aus dem Spanischen von Ulla Varchmin
Mit einem Vorwort von Michael Löwy

175 Seiten, 19,80 €
2011, ISBN 978-3-89900-137-2

In diesem Buch analysiert der bekannte peruanische Bauernführer den Kampf der Indigenas gegen rassistische Unterdrückung, Landraub und Umweltzerstörung, mit dem er bis in hohe Alter verbunden war.

Neuer ISP Verlag GmbH

Tel.: (0721) 3 11 83

e-mail: neuer.isp.verlag@t-online.de

Internet: www.neuerispverlag.de

DSCHENIN – DAS BEMÜHEN UM WIDERSTANDSFÄHIGKEIT

Der wiedererstarke Widerstand in Dschenin zeigt, dass ein kleines Flüchtlingslager mit begrenzten Möglichkeiten eine ganze Armee aufhalten und die eigene Widerstandsfähigkeit bewahren kann.

■ **Abdaljawad Omar**

Carl von Clausewitz hatte eine einzigartige Theorie der Fähigkeit zum Widerstand. Er schmähte diejenige Kriegsführung, die in tragischer Weise von den Soldaten verlangte, im Angesicht des Feindes zu sterben, statt sich zu verstecken oder sich zurückzuziehen. Er propagierte ein anderes Verständnis von Konfrontation und Rückzug, eines, das nicht die Konfrontation als wahrhaft heroischen Akt der Tapferkeit verherrlichte und den Rückzug als Akt der Feigheit beschimpfte. Clausewitz entwickelte neue Prinzipien für den Guerillakrieg, die die Fähigkeit des Widerstands, zu überleben und sich neu zu erfinden, als das entscheidende Ziel ansahen und somit die Entscheidung, zu kämpfen oder sich zurückzuziehen, als Teil desselben dynamischen Konzepts begriffen, das die Langlebigkeit des Widerstands in den Vordergrund stellte.

In den vergangenen zwei Jahren hat der Widerstand im Westjordanland um seine Existenz und um sein Überleben gekämpft. Es gibt eine Reihe von Gründen, weshalb das Flüchtlingslager Dschenin nicht nur weiter existiert, sondern auch gewachsen ist und sich weiterentwickelt hat¹. Einer dieser Gründe ist die unmittelbare Besorgnis, die die Entstehung der „Höhle der Löwen“ (arab.: *Arin al-Usūd*)² in Nablus für den israelischen Geheimdienst (Schabak, auch als Schin Bet bekannt) aufgrund der Nähe von

Nablus zu den nördlichen Siedlungsblöcken im Westjordanland hervorgerufen hat, denn eine bewaffnete Präsenz in Nablus stellt eine größere Gefahr für das tägliche Leben der Siedler in diesem Gebiet dar. Deshalb konzentrierte sich die Strategie der Besatzungstruppen zur Aufstandsbekämpfung auf die Region Nablus und war zumindest anfänglich halbwegs erfolgreich bei der Eindämmung des Phänomens. Die „Höhle der Löwen“ geriet nämlich ins Wanken, zum einen wegen der Zermürbung und zum anderen wegen der Unfähigkeit, einen sicheren Zufluchtsort zu errichten, den sie mit verschiedenen Verteidigungsmitteln befestigen konnte.

Der zweite Grund für den relativen Erfolg von Dschenin liegt in den organisatorischen Beziehungen in dem Lager und in der Fähigkeit, interne Konflikte einzudämmen. Damit gelang es, den Widerstand vor Interventionen seitens der Palästinensischen Autonomiebehörde zu schützen, etwa der Verbreitung von Gerüchten, dem Schüren von Misstrauen oder sogar dem Ködern von Widerstandskämpfern. Mit anderen Worten: Das Vorhandensein bestimmter sozialer und politischer Bedingungen im Flüchtlingslager Dschenin trug zur Herausbildung eines allgemeinen sozialen Bewusstseins bei, das den Widerstand stärkte und jedem politischen Diskurs, der ihn zu untergraben versuchte, die Stirn bot.

Der dritte Grund ergab sich aus der Antwort auf die spezifische Taktik des Feindes, die bewaffneten Gruppen einzudämmen und zu besiegen (blitzartige Interventionen, bei denen in erster Linie Spezialkräfte auf der Grundlage spezifischer Informationen eingesetzt wurden). Diese Operationen, die nur sporadisch stattfanden, konnten der Widerstandsfähigkeit keine entscheidenden Schläge versetzen. Die Armee verzichtete auf großangelegte Verhaftungsaktionen in Nablus und Dschenin, weil sie ihre Soldaten nicht opfern wollte, aber auch, weil sie befürchtete, dass der Kampf auf die gesamte palästinensische Gesellschaft übergreifen würde, und weil sie vermeiden wollte, dass die von ihr durchgeführten kaltblütigen Tötungen verurteilt würden. Sondereinsatzkommandos boten sich daher als eine, wenn auch langsame Lösung an. Dies gab dem Widerstand die Möglichkeit, im Flüchtlingslager Dschenin eine ganze Infrastruktur aufzubauen.

Schwere Infanterie, heftige Bewegung

Nachdem sie die „Höhle der Löwen“ in Nablus eingedämmt hatten, wandten sich die Militäreinheiten dem Flüchtlingslager Dschenin zu und führten mehrere Operationen am Rand des Lagers und gelegentlich auch innerhalb des Lagers durch. Dabei waren sie jedes Mal mit neuartigen Widerstandsmethoden konfrontiert: immer größere Sprengfallen, heftiger Beschuss seitens des Widerstands und auch Angriffe aus dem Hinterhalt. Dies machte das Lager zu einem schwierigen Terrain, insbesondere vor dem Hintergrund der von der Armee oft gepriesenen „operativen Freiheit“, d. h. der Möglichkeit, sich überall im Westjordanland frei zu bewegen.

Aus diesem Grund wurde die jüngste Intervention zwar als begrenzte Operation heruntergespielt, aber sie erforderte dennoch den Einsatz von 1000 Soldaten, was übrigens die Truppenstärke war, die 2002 in der Schlacht von Dschenin³ eingesetzt wurde. Im Zusammenhang mit dieser Operation findet jedoch auch ein politischer Kampf statt, bei dem es darum geht, die Führer der Siedler zufriedenzustellen. Kurz gesagt, es gibt einen wachsenden Druck auf die Armee, so etwas wie einen Sieg feiern zu können, insbesondere was die operative Freiheit in Dschenin angeht, und die Forderungen der Siedlerführer, den Widerstand wirksam zu beenden, ohne auf bestimmte „Gesichtspunkte“ wie zivile Opfer oder die Notwendigkeit diplomatischer Absicherung mit Europa und den USA Rücksicht zu nehmen.

Diese Spannungen führten dazu, dass der Umfang der Operation heruntergespielt wurde. Daraus ergaben

sich Unsicherheiten der Armee bei der Bezeichnung der Operation. Man nannte sie „Operation Haus und Garten“, um die Siedlungen im Westjordanland zu schützen, und lehnte es auch ab, ihr überhaupt einen Namen zu geben. So schwankten die Behauptungen des Armeesprechers zwischen „die Kämpfer selbst ins Visier nehmen und eliminieren“ und „Ausschaltung und Zerstörung der Infrastruktur“ (der Widerstandsgruppen).

Außerdem wurde die Operation in Dschenin von verschiedenen Spezialeinheiten durchgeführt, darunter Maglan (eine Eliteeinheit, die hinter den feindlichen Linien operiert), Egoz (spezialisiert auf Guerillakrieg) und die Duvdevan (Spezialist für verdeckte Operationen). Das heißt: Die reguläre Armee ist nicht direkt mit dem Widerstand konfrontiert.

Die Armee hat auch versucht, mit der Expertise der Operation zu werben, indem sie die enge Abstimmung mit dem Geheimdienst und seine Einbeziehung in die militärischen Einheiten sowie die ständige Luftunterstützung für die Bodentruppen und das Vermeiden direkter Konfrontation mit dem Widerstand betonte. Direkte Scharmützel sind eher für die Widerstandsgruppen von Vorteil.

Im Grunde ist die Armee bestrebt, sicheren Abstand zu wahren, der es ihr erlaubt, die Luftwaffe oder andere Formen der Feuerkraft einzusetzen, die der des Widerstands überlegen sind. So begann die Operation mit einem Luftangriff; die meisten der Gefallenen waren entweder Opfer von Luftangriffen oder von Scharfschützen. Im Grunde genommen wurde die Armee zu einer langsamen und umständlichen Streitmacht, die inmitten eines überfüllten Flüchtlingslagers Verluste vermeiden wollte. Sie war vor allem darauf ausgerichtet, jede Konfrontation mit dem Widerstand nicht zu einer Schlacht werden zu lassen.

Wir können feststellen, dass die Aufblähung der Erfolge der Armee bei der Zerschlagung der Infrastruktur des Widerstands ein Zeichen der Schwäche ist, die sich aus der Einhaltung des unmöglichen Ziels ergibt, jegliche israelischen Opfer zu vermeiden. Die wirkliche Infrastruktur des Widerstands in Dschenin sind die Kämpfer und ihr Wille zum Widerstand. Das ganze Gerede von der Aufdeckung von Bombenlabors und unterirdischen Tunneln ist lediglich ein Versuch, relativ kleine Erfolge zu schönreden, wenn man bedenkt, dass die Armee den Nahkampf mit den Widerstandskämpfern vermeidet. Die Struktur des Widerstands lässt sich nicht durch das Beschießen von vier oder fünf Häusern, die Beschlagnahme von Sprengstoff oder die Zerstörung einiger Tunnel zerschlagen.

Die Gefahr der Operation liegt in dem, was danach

kommt. Wird diese Operation die Rückkehr von Spezialoperationen im Zentrum des Lagers ermöglichen und damit dem Feind die operative Freiheit geben, die er in den vorangegangenen Monaten verloren hatte? Und: Können damit auch wieder die allmähliche Eindämmung und die Ermordungen, die gegen die „Höhle der Löwen“ eingesetzt wurden, zur Anwendung kommen? Und schließlich, werden die Ergebnisse der Operation dem Feind helfen, zukünftige Operationen auf der Grundlage der gewonnenen Erfahrungen besser zu planen?

Die Fähigkeit zum Widerstand bewahren

Offenbar profitierte der Widerstand auch von der Beschaffenheit des Lagers – innerhalb der Häuser, ober- und unterirdisch –, die es ihm ermöglichte, vorzurücken und sich zurückzuziehen. Wenn er in direkten Kontakt mit den Streitkräften geriet, erlitt er keine größeren Verluste, sondern konnte sogar einige Scharmützel in Gang setzen, bevor er sich unverletzt zurückzog.

Hinzu kommt, dass der Widerstand nach allem Anschein keine Panik, Angst oder Zögern an den Tag legt, sondern eher ein Verständnis dafür, wann eine Konfrontation zu vermeiden ist, wenn sie nicht zu seinen Gunsten ausfällt, und wie die Kampfbedingungen zu gestalten sind, um die Fähigkeit zu bewahren, Militäroperationen zu behindern oder zu verzögern.

Im Kern ist die Situation im Lager folgende: Der Widerstand vermeidet es, sich auf eine „letzte Schlacht“ einzulassen – auch wenn die Kämpfer bereit sind, alles für den Widerstand zu opfern. Mit anderen Worten, der Widerstand zeigt ein Maß an kämpferischer Flexibilität, das von Kampffreife zeugt und die Fähigkeit einsetzt, dynamisch aufzutauchen, zu verschwinden und wieder aufzutauchen. Dies ängstigt den Feind und lässt die Armee davor zurückschrecken, ihre Soldaten einem möglichen Hinterhalt auszuliefern, der große Verluste zur Folge hätte. Der Sinn der Scharmützel liegt darin, den Vormarsch der Armee zu verlangsamen und ihre Bewegung zu behindern, die Kämpfe waren schnell und kurz und dienten dem Schutz der Widerstandskämpfer.

Wir haben es also mit einer Verteidigungsstrategie zu tun, die sich aus verschiedenen Elementen zusammensetzt, über große Flexibilität verfügt und vor allem darauf abzielt, das zu erhalten, was Clausewitz die Fähigkeit zum Widerstand nannte. Dies ist an sich schon ein Erfolg des Widerstands, auch wenn dabei kein einziger Soldat getötet wird. Er spiegelt die Tatsache wider, dass es dem Feind nicht gelungen ist, Widerstandskämpfer zu töten oder

festzunehmen, und ist insofern ein Sieg, als er die militärischen Operationen im Umkreis des Lagers erschwert.

In den sozialen Medien gibt es viel Kritik an der Aktivität der verschiedenen Widerstandsbewegungen außerhalb von Dschenin, die sich nicht am Kampf beteiligen oder das Lager unterstützen. Die meisten dieser Kommentare sind Ausdruck der Angst vor der Fähigkeit der Besatzungsmacht, den Widerstand in Dschenin auszulöschen. Es ist jedoch klar, dass den Feind die Gefahr umtreibt, dass der Gazastreifen oder der Libanon in den Kampf eingreift, wenn die Schlacht weitergeht (in seinen Operationsplänen ist dies sogar als mögliches Szenario benannt).

Es ist allerdings auch klar, dass der Gazastreifen noch immer unter den Folgen der vorangegangenen Kämpfe leidet und daher versucht wird, sich nicht an den Kämpfen zu beteiligen. Es scheint, dass das Flüchtlingslager Dschenin diese Art von Unterstützung bisher nicht benötigt – es reicht, wenn die Möglichkeit eines Eingreifens des Gazastreifens weiter besteht.

Wir wissen nicht, was die nächsten Tage bringen werden und wie sich der bewaffnete Widerstand in Dschenin entwickeln wird. Es ist auch nicht ganz klar, ob die Bedingungen des Engagements darauf beschränkt bleiben werden, dass beide Seiten versuchen, eine direkte Konfrontation zu vermeiden, oder ob die Dinge eskalieren werden. Die letzten Tage haben aber eine Momentaufnahme des wiederauflebenden Widerstands im Flüchtlingslager Dschenin gezeigt. Das Fortbestehen dieses Phänomens wird vielen, insbesondere den gegnerischen Kräften, Sorgen bereiten, schließlich offenbart es, dass selbst ein kleines Flüchtlingslager mit begrenzten Fähigkeiten und ohne viele Unterstützung eine ganze Armee dazu zwingen kann, im Schnecken tempo vorzurücken.

6. Juli 2023

Dieser Artikel erschien zuerst auf Arabisch auf *Ziber.com* und wurde von Mondoweiss mit Genehmigung ins Englische übersetzt.

Übers. aus dem Englischen: Jakob S.

1 Details unter: <https://mondoweiss.net/2022/11/inside-the-wasps-nest-the-rise-of-the-jenin-brigade/>

2 Siehe <https://mondoweiss.net/2022/11/the-story-of-the-lions-den/>

3 <https://mondoweiss.net/2022/04/remembering-jenin-20-years-after-in-the-shadow-of-ukraine/>

NACHRUF AUF ESTEBAN VOLKOV (1926–2023)

ES LEBE DAS GEDENKEN AN LEO TROTZKI, ES LEBE DER
KAMPF DER LINKEN OPPOSITION GEGEN KAPITALISMUS
UND STALINISMUS!

Wir nehmen Abschied von Don Esteban, der am 16. Juni im Alter von 97 Jahren verstarb, und verpflichten uns nicht nur, die Kontinuität der Arbeit des „Museo Casa León Trotsky“ in Mexiko zu unterstützen, sondern auch, weiter an der Fortführung der Mission seines Lebens mitzuwirken: das politische Erbe seines revolutionären Großvaters zu bewahren und zu verbreiten.

■ Büro der Vierten Internationale

Don Esteban Volkov, ein Enkel von Leo Trotzki, ist am Freitag, den 16. Juni, in Mexiko verstorben. Er war der letzte lebende Zeuge der letzten Jahre der Arbeit und des Mordanschlags auf seinen Großvater, den der stalinistische Agent Ramón Mercader am 20. August 1940 in dem Haus verübte, in dem die Familie des russischen Revolutionärs im Exil in Coyoacán lebte. Dieses Gebäude wurde 1990 von Don Esteban in das „Museo Casa León Trotsky“ umgewandelt.

Ein sehr wichtiges Kapitel in der Geschichte der Linken im 20. Jahrhundert schließt sich mit seinem Tod, denn Don Esteban war mehr als nur ein Enkel. Er war der bewusste Hüter des Erbes des Kampfes, der theoretischen Produktion und des politischen Widerstands seiner Eltern und Landsleute von der Linken Opposition der Sowjetunion. Daraus ergibt sich die Bedeutung seines Lebens, seiner unermüdlchen Stimme, die an Stalins Säuberungen und Verfolgungen einer ganzen Generation von Revolutionär*innen vor und nach 1917 erinnert hat; unermüdlch hat er an der Aufbewahrung von Dokumenten, Gegenständen und Erinnerungen der Familienangehörigen gearbeitet; außerdem hat er sich an dem Kampf zur Widerlegung der Diffamierungskampagnen

beteiligt, denen Trotzki – auch noch nach seinem Tod – und die Trotzki*innen jahrzehntelang ausgesetzt waren.

Esteban Volkov, geboren als Wsewolod Platonowitsch Wolkow, kam 1926 in Jalta (auf der Krim, damals eine Autonome Sozialistische Sowjetrepublik innerhalb der Russischen Föderativen SSR) auf die Welt. Seine Mutter war Sinaida Lwowna Wolkowa, geborene Bronstein, die erste Tochter von Trotzki und seiner revolutionären Gefährtin und ersten Ehefrau Aleksandra Sokolowskaja (Trotzki und Aleksandra hatten eine zweite Tochter, Nina). Don Estebans Leben, der in der Familie „Sjewa“ genannt wurde (eine Kurzform für Wsewolod), war geprägt von den Auswirkungen der 1920er und 1930er Jahre auf seine Kindheit.

Estebans Vater, Platon Iwanowitsch Wolkow (1898–1936), war Mitglied der von Trotzki geführten Linken Opposition. Er wurde unter Stalin zweimal verhaftet (1928 und 1935) und 1936 während der Periode der sogenannten Großen Säuberungen im Gulag umgebracht. Sinaida (1901–1933), ebenfalls eine oppositionelle Aktivistin, durfte Ende 1931 die UdSSR verlassen und zu ihrem Vater nach Prinkipo in der Türkei reisen, dem erstem Ort, an dem Trotzki sich aufhalten konnte, nachdem er Anfang 1929 aus

der Sowjetunion ausgewiesen worden war. Das stalinistische Regime hinderte Sinaida Wolkowa jedoch daran, in die UdSSR zurückzukehren, wo sie ihr erstes Kind, Aleksandra Moglina, zurücklassen musste. Sinaida nahm sich im Januar 1933 in Berlin das Leben, kurz bevor Hitler an die Macht kam, sodass ihr sieben Jahre alter Sohn ein Waise wurde. Nach einem Aufenthalt in einem Internat in Wien wurde der kleine „Sjewa“ 1935 von seinem Onkel Leo Sedow nach Paris geholt (Lew oder Leo Sedow war eines der beiden Kinder von Trotzki und seiner zweiten Frau Natalja Sedowa und wie sein Vater führend in der Strömung aktiv, aus der später der Trotzismus hervorgehen sollte). Nachdem Leo Sedow im Februar 1938 von der GPU (dem späteren KGB) ermordet wurde, gelang es Freunden seines Großvaters schließlich, Sjewa im August 1939 nach Mexiko zu bringen, wo er zu Esteban wurde.

Im Alter von 14 Jahren wurde er im Mai 1940 Zeuge eines Versuchs, seinen Großvater mit Schusswaffen zu ermorden, und im August desselben Jahres erlebte er die Ermordung Trotzkis, als er gerade von der Schule nach Hause kam. Laut seinen Freunden und Freundinnen, seiner Familie und allen, die ihn im Laufe der Jahrzehnte über diese Ereignisse sprechen hörten, war Don Esteban jedes Mal, wenn er davon erzählte, durch die Erinnerungen an diese Tage tief bewegt.

Der junge Russe wuchs in Mexiko auf, studierte Chemieingenieurwesen und gehörte zu denen, die die industrielle Herstellung der Antibabypillen entwickelten. Er heiratete und hatte vier Töchter. Im Jahr 1988 erhielt er von der damaligen Sowjetunion ein Visum, um sein Geburtsland zu besuchen. Dort traf er seine Schwester [Aleksandra Sacharowna Bachlalowa, geborene Moglina (1923–1989)] wieder, die in den 1920er Jahren tragischerweise von ihrer Mutter getrennt worden war. Sie litt damals an einer unheilbaren Krankheit und sprach nur Russisch – eine Sprache, die Esteban vergessen hatte. Die Geschwister brauchten einen Dolmetscher; Trotzki hatte an diese Eventualität gedacht, er hatte den jungen Esteban ermahnt, weiter Russisch zu lernen.

Trotz der Tragödien oder vielmehr gerade wegen der Verletzungen aus der Kindheit, kombiniert mit den Lehren, die er aus dem Familienleben gezogen hatte, war Don Esteban ein unermüdlicher Verfechter der Ideen der führenden Köpfe der russischen Revolution von 1917, ein Feind des Kapitalismus und des Stalinismus. Dies stellte er unter Beweis, indem er das heutige „Instituto del Derecho de Asilo – Casa Museo León Trotsky“ (Institut für das Asylrecht – Haus Museum Leo Trotzki) gründete, das er noch mit über neunzig Jahren leitete. Das „Institut für Asylrecht und öf-

fentliche Freiheiten“ war gegründet worden, um politischen Dissident*innen zu helfen, die wie Trotzki in Mexiko Asyl suchten, 1996 wurde es mit dem Museum zusammengelegt.

Dort, in Coyoacán, hielt Don Esteban Hunderte von Vorträgen. Er gehörte nie einer politischen Partei an, aber bei seiner Arbeit, um das Familienerbe zu bewahren und zu verteidigen, arbeitete er mit allen trotzkistischen Strömungen zusammen. 1988 nahm er an der Gedenkfeier zum 50. Jahrestag der Vierten Internationale teil, die von der Ligue Communiste Révolutionnaire, der französischen Sektion der Vierten Internationale, organisiert wurde und zu der 3000 Menschen kamen.

Wie die Mitarbeiter:innen des Museums bezeugten, war er die Seele dieses Hauses. „Ohne seine Dynamik und seinen Charakter wäre das Museum seiner Aufgabe nicht gerecht geworden. Alles, was wir heute als Institution sind, haben wir ihm zu verdanken“, heißt es in der Erklärung, die nach dem Tod von Don Esteban veröffentlicht wurde. „Sein Tod wird eine tiefe Lücke hinterlassen, die nur sehr schwer zu füllen sein wird.“

Der Familie, den Freun*innen aus aller Welt und den Mitarbeiter*innen des Museums gilt die ganze Solidarität der Vierten Internationale und ihrer Mitglieder. Wir wissen, dass Don Esteban in Coyoacán unersetzlich sein wird, aber wir glauben, dass sein Werk und das Erbe, das er bewahrt und verbreitet hat, noch sehr lebendig sind: in den unabhängigen Kämpfen der Ausgebeuteten und Unterdrückten überall auf der Welt gegen bürgerliche Konzerne und Regierungen; im unermüdlichen Kampf für den Aufbau von politischen Parteien und Organisationen, die für die politische Unabhängigkeit der Arbeiterklasse eingetreten; im demokratischen, solidarischen und theoretischen Kampf für den (Wieder-) Aufbau einer sozialistischen Strategie, auch einer ökologischen, antirassistischen und feministischen Strategie für eine Menschheit, die mehr denn je bedroht ist – eine Strategie, die auf der Selbstorganisation und Selbstregierung derer von unten beruht.

Don Esteban und sein Großvater werden in unserem Kampf weiterleben.

Büro der Vierten Internationale, 22. Juni 2023

Auf Englisch, Französisch, Griechisch und Kastilisch auf der Webseite der Vierten Internationale veröffentlicht. Siehe z. B. <https://fourth.international/fr/566/amerique-latine/527>

Übersetzt und bearbeitet von Wilfried

ÁNGEL HUGO BLANCO GALDÓS ¡PRESENTE!

Hugo Blanco wurde am 15. November 1934 in Cusco, Peru, geboren. Er starb am 25. Juni 2023 in Uppsala, Schweden. „Hugo Blanco hat ein Beispiel gegeben.“ Das sagte Che Guevara über die Phase in Hugo Blancos Leben, als er von 1958 bis 1963 zu einem zentralen Organisator der Bewegung für eine Agrarreform von unten in den Tälern La Convención und Lares der Provinz Cusco in Peru wurde. Die Bauern und Bäuerinnen bildeten dort bewaffnete Selbstverteidigungstruppen gegen ihre Unterdrückung.

■ Büro der Vierten Internationale

Zweifellos lassen sich aus dieser bedeutenden Periode in Hugos Leben viele Lehren für Revolutionär:innen in aller Welt ziehen, aber auch aus vielen anderen Phasen seines langen Lebens.

Wegen seiner Rolle als Organisator von „campesinos“ wurde Hugo Blanco [im Mai 1963] verhaftet. Die örtliche Polizei hatte den Befehl, ihn zu töten, während die Militärpolizei den Befehl hatte, ihn lebend zu fassen. Glücklicherweise war es die Militärpolizei, die ihn ergriff. Aber während seines Prozesses, der in Tacna [in der südlichsten Region von Peru] stattfand, weil der Staat annahm, dass er dort weniger Unterstützung hatte als in Cusco [im Zentrum des Andenhochlandes], forderte der Staatsanwalt die Todesstrafe.

Er wurde schließlich [im September 1966] zu 25 Jahren Haft verurteilt und in der Festung auf der Gefängnisinsel El Frontón gefangen gehalten. Dies war ein Teilsieg einer großen internationale Kampagne für seine Freilassung, die von der Vierten Internationale geführt und auch von bekannten Persönlichkeiten wie Simone de Beauvoir und Bertrand Russell unterstützt wurde. 1968 wurde er von der schwedischen Sektion

von Amnesty International zum Gefangenen des Jahres gewählt.

Während seiner Haftzeit, die etwa fünf Jahre dauerte, schrieb er viel. Eine Übersetzung eines Großteils dieser Arbeiten wurde 1972 von Pathfinder Press als Buch mit dem Titel „Land or Death: The Peasant Struggle in Peru“ veröffentlicht. Seine Schriften sind unglaublich lebendig, sowohl dieses erste Buch als auch alles andere, was er seither über viele Jahrzehnte hinweg geschrieben hat; er vermittelt brillant die brutale Realität, in der die Grundbesitzer die landlosen Bauern unterwarfen, und wie sie ihnen eine Form von feudaler Leibeigenschaft aufzwingen. Die Tatsache, dass indigene Gemeinschaften gezwungen waren, auf dem Land zu arbeiten, das der Imperialismus ihren Gemeinschaften gestohlen hatte, ist ein wesentlicher Bestandteil der Demütigung, die zum Widerstand und an den Höhepunkten zur Rebellion führt.

Hugo Blanco, der aus einer politisierten Familie stammte, wurde 1951 als 17-Jähriger an der Universität in Cusco politisch aktiv und organisierte einen erfolgreichen Streik gegen einen diktatorischen Chef. Als er in Argentinien studierte, wurde er Trotzist und Mitglied der Vier-

ten Internationale; er war durch den Widerstand gegen den Putsch in Guatemala 1954 besonders stark beeindruckt. Er brach sein Studium ab und wurde ein Arbeiter und aktiver Gewerkschafter in La Plata in der Provinz Buenos Aires.

1957 kehrte er nach Peru zurück, nahm wieder eine Stelle in einer Fabrik an und stürzte sich in Lima in politische Organisationsarbeit. 1958 war er an der Organisation einer Demonstration gegen den Besuch des damaligen US-Vizepräsidenten Nixon in der peruanischen Hauptstadt beteiligt. Vielleicht um der Aufmerksamkeit der Polizei zu entgehen, die sich besonders für seine Aktivitäten interessierte, ging er in die Provinz La Convención in der Region Cusco; er wurde dort „allegado“ (Unterpächter) und begann mit gewerkschaftlicher Organisationsarbeit. Ohne dass die Arbeit, die er zuvor geleistet hatte, in irgendeiner Weise geschmälert werden soll, lässt sich feststellen, dass sich sein einzigartiger Beitrag zum revolutionären Kampf und zu radikalen Ideen in diesem Kontext entwickelt hat.

Hugo Blanco selber hat es in einem Interview aus dem Jahr 2020 so ausgedrückt: „Für mich persönlich ist das Wichtigste in meinem Leben der Kampf, damit das Land denen gehört, die es bewirtschaften, die Organisation dieses Kampfes auf demokratische Weise durch Entscheidungen in Versammlungen und die Forderung nach der Würde der indigenen und bäuerlichen Bevölkerung.“¹

Während Hugo Blancos Haftzeit wurde General Juan Velasco Alvarado im Oktober 1968 durch einen erfolgreichen Militärputsch Präsident von Peru. Er präsentierte sich als fortschrittlicher Befürworter einer Landreform. Er versuchte, mit Hugo eine Abmachung und bot ihm an, er werde ihn aus dem Gefängnis entlassen, wenn er Teil seines Landreformteams würde. Hugo entgegnete: „Ich werde Teil Ihres Teams sein, wenn wir nicht die Agrarreform machen, die Sie wollen, auch nicht die, die ich will, sondern wir fahren durch das Land, stellen Fragen und machen die Agrarreform, die die Menschen wollen.“

Velasco akzeptierte das nicht, stand aber unter großem Druck, so dass er Hugo Blanco schließlich 1971 nach Mexiko auswies. Im folgenden Jahr reiste Hugo Blanco nach Argentinien und von dort nach Chile, wo Allende an der Macht war. Während des Staatsstreichs gegen Allende im September 1973 flüchtete er in die schwedische Botschaft und fand Asyl in Schweden, wo er mehrere Jahre lebte.

1976 kehrte Blanco nach Peru zurück. Velasco war von General Francisco Morales Bermúdez abgesetzt worden, der den unter seinem Vorgänger ausgewiesenen Personen Amnestie versprach. Ein Jahr lang konnte Hugo durch das

Land reisen, doch am 3. Juli 1976, als die Proteste gegen die Austeritätspolitik zunahmen, wurde er verhaftet und nach Schweden deportiert.

1978 konnte er in seine Heimat zurückkehren; er kandidierte auf einer gemeinsamen linken Liste, der Frente Obrero Campesino, Estudiantil y Popular (FOCEP), die von der Partido Revolucionario de los Trabajadores (PRT), den peruanischen Viert-Internationalisten, unterstützt wurde, für die Verfassungsgebende Versammlung. Nachdem er gewählt worden war, wurde er erneut ausgewiesen; er unternahm eine Vortragsreise durch Europa, auf der er die Unterdrückung anprangerte und so viel Unterstützung erhielt, dass er schließlich zurückkehren und als Abgeordneter vereidigt werden konnte.

Im folgenden Jahrzehnt bekleidete Hugo verschiedene Mandate: von 1980 bis 1985 saß er für die Partido Unificado Mariateguista (PUM) im Kongress, von 1990 bis 1992 war er Senator der Izquierda Unificada, er wurde nach breiten Wahlkampagnen gewählt, die von der peruanischen Sektion unterstützt wurden. Bei der ersten Präsidentschaftswahl seit vielen Jahren trat Hugo Blanco 1980 für die PRT an.

1993 wurde er durch eine Kombination von Drohungen von Sendero Luminoso und von den Sicherheitsdiensten zur erneuten Flucht gezwungen; die nächsten vier Jahre lebte er in Mexiko. Der Aufstand der Zapatisten in Chiapas 1994 beeinflusste ihn stark. Danach kehrte er nach Peru zurück und nahm seine Arbeit zum Aufbau der Bauernbewegung wieder auf. 2006 begann er mit der Herausgabe des Monatsbulletins *Lucha Indígena*.

Viele revolutionäre Sozialist:innen haben im 21. Jahrhundert die Bedeutung des Kampfes für den Ökosozialismus angesichts der Umweltkatastrophe, mit der wir zunehmend konfrontiert sind, erkannt. Hugo vertrat die Ansicht, dass die indigenen Gemeinschaften zwar nicht den Begriff Ökosozialismus verwenden, aber seit 500 Jahren für den Ökosozialismus kämpfen.²

Die indigenen Völker der Anden und des Amazonas glauben, dass „die Menschheit eine Tochter und ein Teil von Mutter Erde ist. Wir müssen in ihrem Schoß in Harmonie mit ihr leben. ...Wir lieben und sorgen für Pachamama. Wir sehnen uns inbrünstig danach, unsere Wirtschaft durch Landwirtschaft und natürliche Medizin wieder auf ihre reiche biologische Vielfalt zu gründen, zusammen mit allen modernen Errungenschaften, soweit sie keinen Schaden anrichten.“

Hugo Blancos Gesundheit litt unter den vielen Schlägen, die er während seines jahrelangen Kampfes ertragen

musste. Im Jahr 2002 wurde er in Mexiko am Gehirn operiert und anschließend in Kuba behandelt. In den letzten Jahren seines Lebens verschlechterte sich sein Zustand erneut, und er starb nach kurzer, aber akuter Krankheit in Schweden.

Obwohl Hugo Blanco nicht als Mitglied der Vierten Internationale starb, gehörte er seit seiner Jugend in Argentinien und über viele Jahrzehnte hinweg Organisationen der Vierten Internationale an. Wir haben ihn immer als einen Genossen betrachtet wie er uns. Er selbst hat darauf hingewiesen, dass die Vierte Internationale jedes Mal, wenn sein Leben bedroht war, die Kampagne zu seiner Rettung angeführt hat.

Die meisten von uns haben von seinem Tod durch die Memes erfahren, die seine Kinder in den sozialen Netzwerken verbreitet haben – mit seinem lächelnden Gesicht und seinem markanten „sombbrero de paja toquilla“ (Strohhut), den Daten seines Lebens und den Worten von Bertolt Brecht:

*Die Schwachen kämpfen nicht.
Die Stärkeren kämpfen vielleicht eine Stunde lang.
Die noch stärker sind, kämpfen viele Jahre.
Aber die Stärksten kämpfen ihr Leben lang.
Diese sind unentbehrlich.*

Mit diesen Worten beginnt die Einleitung zu Hugo Blancos Buch *We the Indians (Wir Indios)*. Wir bedauern, dass wir nicht mehr in der Lage sein werden, mit Hugo Seite an Seite zu kämpfen oder uns persönlich mit ihm auszutauschen, aber wir sind sicher, dass seine Ideen und seine unermüdliche Entschlossenheit in den Herzen vieler Menschen so wie in unseren weiterleben werden.

Ángel Hugo Blanco Galdós ¡Presente!

28. Juni 2023

Quelle: <https://fourth.international/es/americ-latina/528>

Übersetzt und bearbeitet von Wilfried D.

1 <https://internationalviewpoint.org/spip.php?article6916>

2 Ebenda



Wer wir sind und was wir wollen

Die Vierte Internationale tritt für die Selbstorganisation der Ausgebeuteten und Unterdrückten zur Abschaffung des Kapitalismus und zum Aufbau eines ökosozialistischen Systems ein. Ihre Mitgliedsorganisationen eint die Überzeugung, dass dies ohne eine tiefgreifende und revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft nicht möglich ist.

Unsere Gründungsprinzipien stehen in der klassischen marxistischen Tradition: Demokratie, „die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein“; und Internationalismus, „der Sozialismus wird international sein oder er wird nicht sein“. In unserer Resolution von 1985 haben wir diese Prinzipien den neuen Herausforderungen angepasst.

Die Vierte Internationale ist auf allen fünf Kontinenten mit Organisationen in über 40 Ländern vertreten. Ihre Genoss*innen beteiligen sich am Klassenkampf und bauen soziale Bewegungen und Parteien auf, um die Schaffung einer revolutionären und emanzipatorischen Organisation für das 21. Jahrhundert voranzutreiben.

Als demokratische politische Strömung kommt sie alle sieben bis acht Jahre zu einem Weltkongress zusammen, auf dem ihre regelmäßig rechenschaftspflichtigen Führungsgremien gewählt werden: das Internationale Komitee als politische Führung und das Exekutivbüro.

Die Vierte Internationale unterhält ein internationales Forschungs- und Schulungsinstitut in Amsterdam (IIRE), das auch Kongresse in Asien unterstützt und politische Schulungen mit jährlichen Intensivkursen für Aktivist*innen aller Altersgruppen anbietet. Das IIRE organisiert auch Seminare zu Ökologie, Frauenbewegung, Wirtschaft, Rassismusbekämpfung, LGTBIQ und anderen Themen, in denen Aktivist*innen aus der ganzen Welt aus ihrer Praxis berichten, um unsere Analyse dieser Themen zu vertiefen und unsere kollektive Praxis zu stärken.

Die Vierte Internationale führt jedes Jahr ein internationales Jugendlager durch, das von den Jugendorganisationen ihrer europäischen Sektionen selbstorganisiert wird und jedes Jahr in einem anderen europäischen Land stattfindet.

<https://fourth.international/>

Betriebsräte im Visier

Zehnte Konferenz „Betriebsräte im Visier“ am 14.10.2023 in Mannheim

■ H. N.

Am Samstag, den 14. Oktober 2023, findet bereits zum zehnten Mal im Mannheimer Gewerkschaftshaus die bundesweite Konferenz „Betriebsräte im Visier“ statt. In immer mehr Unternehmen wird BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung als „normal“ angesehen. Nur in Einzelfällen gelingt den Gewerkschaften bisher die Organisation einer erfolgreichen Gegenwehr.

Das aktuelle Beispiel des Dosierpumpenherstellers ProMinent in Heidelberg rückt diese brandgefährliche Entwicklung in ein besonders grelles Licht. Dort wurde im Vorfeld der insgeheim geplanten Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland der gewerkschaftlich organisierte Betriebsrat erfolgreich zerschlagen. ProMinent ist nicht irgendein Betrieb. Einer der drei Geschäftsführer ist Rainer Dulger, seines Zeichens Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und damit höchster Vertreter des deutschen Kapitals. Die zuständige Heidelberger Geschäftsstelle der IG Metall schaut dem kriminellen Treiben bei ProMinent weitgehend passiv zu.

In der Einladung zur diesjährigen Konferenz heißt es: „Im Zentrum unserer diesjährigen Konferenz steht zum einen die Notwendigkeit, Solidarität auch überbetrieblich zu entwickeln. Zudem wollen wir uns mit erfolgreichen Methoden zur Verteidigung unserer Rechte im Betrieb befassen. Nicht zuletzt werden wir danach fragen, wie sehr das deutsche faschistische Arbeitsunrecht auch heute noch nachwirkt.“

Gegen das „Recht des Stärkeren“

Die Entschließung der letztjährigen Tagung hatte festgestellt: „Die Durchsetzung eines ‚Rechts des Stärkeren‘ in prominenten und weniger prominenten Firmen und Einrichtungen ist inakzeptabel und muss konsequent bekämpft werden. In der Öffentlichkeit werden diese kriminellen Machenschaften bisher jedoch nach wie vor viel zu wenig wahrgenommen und angeprangert. Das ermutigt die Täter, die zudem in der Regel weder rechtlich verfolgt noch belangt werden. Die gemobbten und gekündigten

Opfer müssen hingegen ihre Unschuld beweisen. Das ist ein nicht hinnehmbarer Skandal. Konstruierte ‚Abmahnungen‘, Verleumdungen und ‚Verdachtskündigungen‘ widersprechen elementaren Rechtsgrundsätzen. Sie sind umgehend zu unterbinden. Starke demokratische Gegenmacht ist die Voraussetzung, um Betriebsrats- und Gewerkschaftsbekämpfung stoppen zu können. Sie muss in den Betrieben und in der Öffentlichkeit entwickelt werden.“

Die Veranstaltung des Komitees „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ wird unterstützt von IG Metall Mannheim sowie DGB Baden-Württemberg, IG BCE Weinheim, Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt Baden (KDA), Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, ver.di Rhein-Neckar und work-watch Köln.

Die Konferenz soll nicht nur die dringend notwendige bundesweite Zusammenarbeit gegen BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung stärken, sondern vor allem ein solidarisches Forum zum persönlichen Erfahrungsaustausch und zur praktischen Hilfe anbieten.

Wegen des begrenzten Platzangebots ist eine rechtzeitige schriftliche Anmeldung an die Veranstalter erforderlich: Per E-Mail an solidaritaet@gegen-br-mobbing.de oder per Post an Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“, Speyerer Str. 14, 68163 Mannheim.

Unterstützt die Unterschriftenaktion gegen BR-Mobbing bei der Dulger-Firma ProMinent

Unterschreiben bitte bei <https://www.netigate.se/ra/s.aspx?s=1151263X385586598X71018>